

Michael Schwemmler
Zukunft der Arbeit in der
Informationsgesellschaft

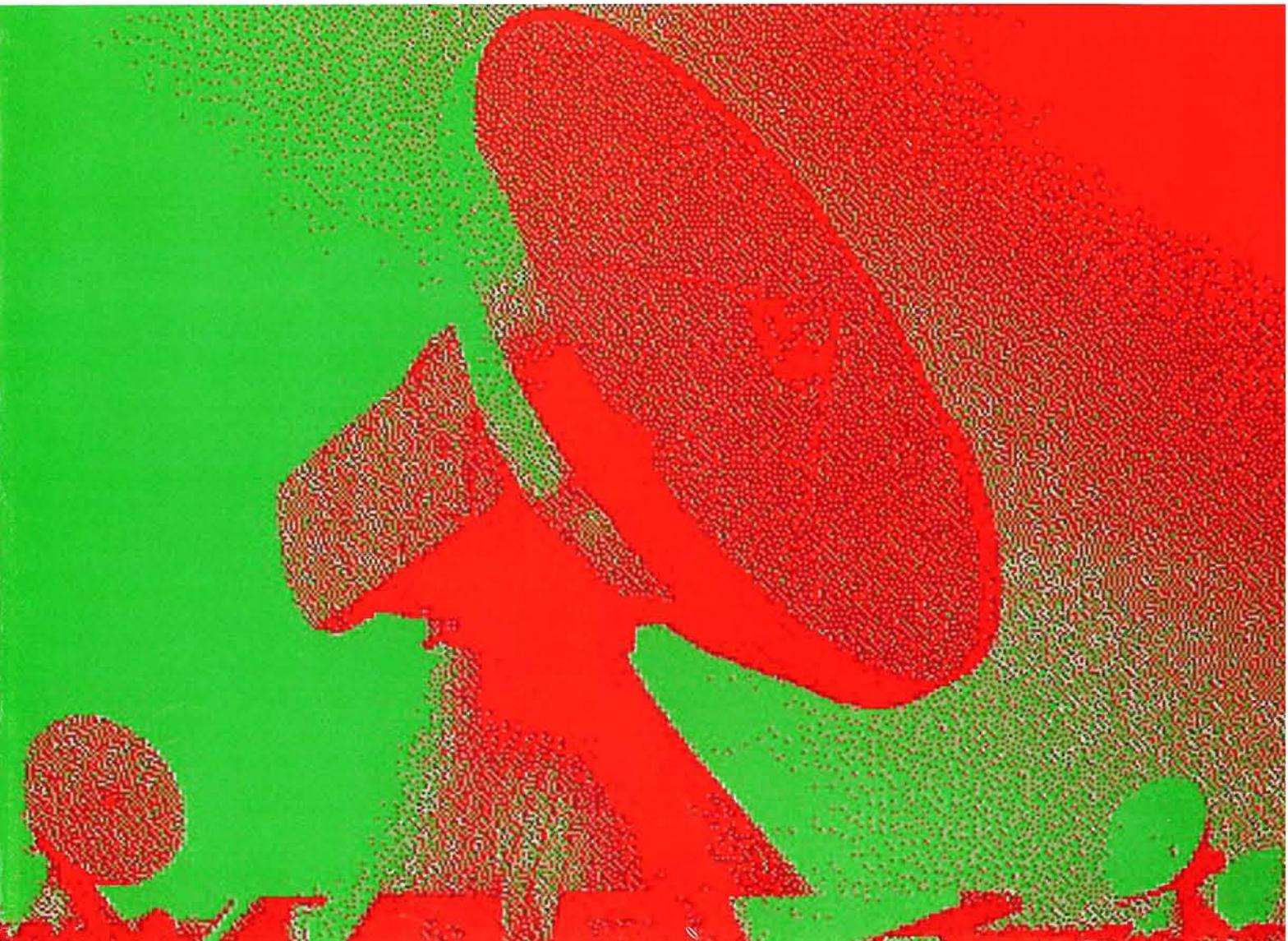
Rudolf Borchert
Das „Schweriner Modell“:
eine Chance für linke Politik

Ausgabe 6 | 98
Heft 104
9,50 DM
November |
Dezember 1998

Arno Vogel, Christa Liedtke
Öko-effiziente Dienstleistungen

Sigrid Skarpelis-Sperk
Optionen des MAI

POSTINDUSTRIELLER KAPITALISMUS?



von Thomas Westphal

T. Blair und G. Schröder haben anlässlich des Antrittsbesuchs des Bundeskanzlers in London eine Arbeitsgruppe zur politischen Konzeption des "dritten Weges" eingerichtet. Diese Arbeitsgruppe soll vom Industrieminister, Chefberater und "Prince of Darkness" Peter Mandelson für die britische, vom Kanzleramtsminister Hombach für die deutsche Seite geführt werden. Die Arbeitsgruppe soll überprüfen, inwieweit der deutsche Ansatz der "neuen Mitte" und der britische Ansatz des "new Labour" als gemeinsame Plattform des "dritten Weges" zwischen Vulgärliberalismus und dem alten Denken des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates tauglich ist.

Kurzum: Das Jahr 1998 markiert in Europa einen doppelten politischen Gezeitenwechsel. Zwanzig Jahre nachdem der europäische Siegeszug des Neoliberalismus in England begann, ist nunmehr die Sozialdemokratie wieder auf dem Vormarsch. Gleichzeitig hat die traditionelle Hauptströmung, der sozialdemokratische Reformismus, ausgedient. Innerhalb der europäischen sozialdemokratischen Familie hat nun die Suche nach dem politischen Erbe begonnen.

*

Was ist in diesem Zusammenhang nun vom Konzept des "dritten Weges" zu halten? Ist es überhaupt ein Konzept oder doch nur "heiße Luft", in dem das realpolitisch Machbare zum parteiideologisch Wünschenswerten aufgeblasen wird?

Nach allem, was von der britischen Insel zu uns herüber dringt, und nach dem, was in dem Buch "Aufbruch" von Bodo Hombach zu lesen ist, hat der aktuelle Diskurs des dritten Weges sein historisches Vorbild in den als "Technokraten" bezeichneten "brain trusts" der Roosevelt-Regierung. Die "Technokraten" des "new deal" waren sich darin einig, daß staatliche Eingriffe in den Wirtschaftsprozess notwendig seien, aber nicht, um Vermögen oder Einkommen gerechter zu verteilen, nicht

um kapitalistische Profitgier zu unterbinden, sondern um ein effizientes Funktionieren der amerikanischen Wirtschaft sicherzustellen, so daß der potentielle Wohlstand auch tatsächlich erzeugt wird und der amerikanischen Bevölkerung zugute kommt.

Der deutsche Kanzleramtsminister nennt das 57 Jahre später etwas einfacher und moderner "Angebotspolitik von links". Rund um diesen Ansatz gruppieren sich komplementäre Politikentwürfe für einen aktivierenden Sozialstaat, der auf gleiche Startchancen und Eigenverantwortung statt auf die "rundum-sorglos-Gesellschaft" setzt. Auf der britischen Insel wird dieser Gedanke mit dem Begriff des "welfare to work" ausgedrückt. In einer aufgemöbelten Form des Korporatismus (Bündnis für Arbeit) soll der Staat eine Konsensplattform für die gesellschaftlichen Gruppen zur Verfügung stellen, auf deren Basis Wettbewerb, Flexibilität und Konkurrenz erst richtig effizient werden. Der Staat bekommt also wieder eine politische Rolle zugewiesen, aber in deutlich modernisierter Form als dies in den 70er Jahren diskutiert wurde. Hombach u.a. übertragen aktuelle Managementinstrumente aus Industrieunternehmen auf staatliches Handeln und entwickeln ein dezentrales Verständnis von Staatsmanagement.

Kurzum: Auch wenn der Blairismus in England als "Thatcherismus mit lächelndem Gesicht" betitelt wird, die Politik der neuen Mitte ist nicht als simple Kopie des Neoliberalismus abzutun: Aus politökonomischer Sicht ist es vielmehr der Versuch der späten Sozialdemokratie, eine wirtschafts- und sozialpolitische Antwort auf die Trümmer des Neoliberalismus zu finden, ohne die Geister des traditionellen wohlfahrtsstaatlichen Klassenkompromisses wieder rufen zu müssen.

*

Die deutsch-englische Arbeitsgruppe dient nicht nur der konzeptionellen Weiterentwicklung des "dritten Weges". Mit ihr ist auch der Kampf um die ideologische Vorherrschaft innerhalb der sozialdemokratischen Politikelite in Europa offiziell eröffnet worden. In England existieren bereits seit längerem wissenschaftliche "brain trusts" rund um den Primeminister, um den "third way" auszubuchstabieren. In Deutschland wachsen die Konzept-Achsen zwischen Wissenschaftlern, Journalisten und Politikberatern langsam, aber stetig zusammen. Genannt sei hier nur der Austausch der Wissenschaftler des Max-Planck-Instituts in

Köln mit der Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung, sowie der sog. Reformwerkstatt der Wochenzeitung "Die Zeit" und der Wirtschaftsredaktion der Süddeutschen Zeitung. Mit der regierungsoffiziellen Arbeitsgruppe ist nun ein offizielles Forum zur Etablierung eines konzeptionellen Blocks geschaffen worden, der in dieser Form ohne Konkurrenz in Europa ist.

Auch wenn der Start der rot-grünen Bundesregierung sehr deutlich gezeigt hat, daß der dritte Weg in der Realpolitik noch längst nicht erkennbar ist, so stellt der ideologisch-konzeptionelle Anspruch des "dritten Weges" doch unverkennbare Herausforderungen an die klassischen linkssozialistischen Reformkonzepte. Schließlich berührt das gesellschaftspolitische Erbe des Neoliberalismus nicht nur die Hauptströmung der Sozialdemokratie, sondern auch die Konzepte und Strategien der linkssozialistischen Minderheiten.

Im Zuge der italienischen Auseinandersetzung um die Prodi-Regierung und der daraus folgenden Spaltung der dortigen Kommunistischen Partei, hat Rossana Rossanda die Frage an die gesamte Linke gestellt: Wie können wir auf den Trümmern des Neoliberalismus agieren, wie, mit wem und für welche Zielsetzung? Die "Staatslinke" der europäischen Sozialdemokratie ist mit dem Konzept des "dritten Weges" längst dabei, diese Fragen für sich zu beantworten. Aber weil uns die Antworten häufig nicht schmecken werden, besteht die Anforderung an uns selbst, die Fragen aus Italien zu beantworten.

*

Kurzum: Nicht die Debatte, rauf und runter, über das achtzehnte Öko-Steuer-Konzept, über den zwölften Niedriglohn-Vorschlag, über Transrapid-Strecken und über die wasserrechtliche Genehmigung von Garzweiler II ist unsere Aufgabe, sondern die rechtzeitige Erarbeitung einer alltagsrelevanten linkssozialistischen Reformkonzeption auf den Trümmern des Neoliberalismus in Europa. Eckpunkte dafür sind in zahlreichen spw-Papieren und Crossover-Konferenzen zusammengetragen worden, zuletzt in einem gemeinsamen Artikel für die Blätter für deutsche und internationale Politik (siehe Dokumentation in diesem Heft). Nun kommt es darauf an, diese Arbeit zu einer praktischen Philosophie zu verdichten. Dies wird im Mittelpunkt der kommenden spw-Arbeit stehen!

INHALT

Herausgeber/Herausgeberinnen:
Heinz Albrecht (Berlin)
Edelgard Bulmahn (Hannover)
Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)
Katrin Fuchs (Verl)
Christel Hanewinkel (Halle/S.)
Uwe Kremer (Dortmund)
Detlev von Larcher (Weyhe)
Susi Möbbeck (Magdeburg)
Peter von Oertzen (Hannover)
Horst Peter (Kassel)
Sigrid Skarpelis-Sperk (Kaufbeuren)
Andreas Wehr (Berlin)
Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:
Uta Biermann
Mirja Düwel
Stefanie Gerszewski
Barbara König
Ralf Krämer
Dirk Meyer
Reinhold Rünker
Joachim Schuster
Claudia Walther
Frank Wilhelmy
Rainer Zugehör

Redaktionssekretär
Ralf Krämer

Redaktions- und Verlagsanschrift:
spw-Verlag/Redaktion GmbH
Fresienstr. 26, 44 289 Dortmund
Telefon: 02 31 - 40 24 10 (Verlag)
02 31 - 40 14 11 (Redaktion)
Telefax: 02 31 - 40 24 16
E-mail: verlag@spw.de
redaktion@spw.de
Internet: http://www.spw.de

Geschäftsführung:
Olaf Schade
Hans-Peter Schulz
Joachim Schuster
Alfred Voges

Konto des Verlages:
Postbank Dortmund
Kto. Nr. 32443468, BLZ 44010046

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr
mit 60 Seiten pro Heft.

Jahresabonnement DM 63,-
(bei Bankeinzug DM 60,-)
ermäßigtes Jahresabonnement
für SchülerInnen, StudentInnen,
Erwerbslose DM 55,-
(bei Bankeinzug DM 52,-)
Auslandsabonnement DM 66,-

Abbestellungen mit einer Frist
von drei Monaten zum Jahresende.
Wir freuen uns über Manuskripte und
Zuschriften. Wenn möglich, sollen
Manuskripte per E-mail oder auf einer
MS-DOS/Windows-formatierten Diskette
mit einem Ausdruck geliefert werden.

ISSN 0170-4613
© spw-Verlag/Redaktion GmbH 1998.
Alle Rechte, auch das der Übersetzung,
vorbehalten.

Titelfoto:
Christian Kiel, Meerbusch

Satz und Gestaltung:
Ralf Schmitz, Leverkusen

Druck:
Nolte-Druck, Iserlohn
1-3 Tausend, Dezember 1998

Thomas Westphal
kurzum 2

MAGAZIN

Rudolf Borchert
Das „Schweriner Modell“: eine Chance für linke Politik 4
Regionaltreffen der ostdeutschen SPD-Linken am 9./10. Januar 1999 in Berlin 5
Stefanie Gerszewski, Lars Neumann
Vorwärts und reflektieren
20 Jahre spw – die Geburtstagsfeier im Willy-Brandt-Haus Berlin 6
spw-intern 8
Andreas Babler
Sozialdemokratie in Österreich – eine Standortbestimmung 8
Andreas Wehr
Die SPD hat sich außerhalb der Friedenspolitik Willy Brandts gestellt 11
Uwe Vorberg
„Wie Reichtum Armut schafft“ 12

BONN APART

Burkhard Winsemann
Die Modernisierer, der Fehlstart und das doppelte Desaster 13

POSTINDUSTRIELLER KAPITALISMUS?

Ralf Krämer, Joachim Schuster
Postindustrieller Kapitalismus? Einleitung zum Heftschwerpunkt 14
Ralf Krämer, Joachim Schuster
Dienstleistungsgesellschaft als Herausforderung gesellschaftlicher Regulation 15
Michael Schwemmler
Zukunft der Arbeit in der Informationsgesellschaft 21
Petra Drohsel
Dienstleistungsagenturen – Schlüssel zur Professionalisierung der Hausarbeit? 26
Arno Vogel, Christa Liedtke
Öko-effiziente Dienstleistungen 28
Rainer Rilling
Diese Seite der Politik befindet sich noch im Aufbau 31

MACHT - DEMOKRATIE - PROTEST

Reiner Braun
Die Chancen nutzen
Zur Rolle von Nichtregierungsorganisationen nach dem Regierungswechsel 36
Bundesweiter Ratschlag „Erneuerung braucht Perspektive“
am 29./30. Januar 1999 in Erfurt 37

CROSSOVER-DEBATTE - FÜR EINEN ÖKOLOGISCH-SOLIDARISCHEN „NEW DEAL“

Willy Brüggem, Dieter Klein, Thomas Westphal
Den Marktmechanismus planvoll nutzen?
Eine Reformperspektive für die blockierte Industriegesellschaft 38
Martin Künkler
Belebt Wettbewerb tatsächlich das Geschäft? Und: wessen Geschäfte? 43
Reiner Schiller-Dickhut
Von Konzernen lernen? ... führt zur Kommerzialisierung des Politischen 48
Thomas Ewald
„Ökosteuern“ in der Debatte - kritische Annäherungen von links 52
Edgar Göll
Lokale Agenda 21 - zwischen Sandkasten und Systemveränderung 54
Zweite Europäische Versammlung für Vollbeschäftigung
am 4./5. Februar 1999 in Brüssel 55

GLOBALISIERUNG UND POLITIK

Sigrid Skarpelis-Sperk
Optionen des MAI 58

Das Schweriner Modell: eine Chance für linke Politik

von Rudolf Borchert*

Seit dem 3. November ist die erste Koalition von SPD und PDS in einem deutschen Bundesland perfekt. Im Windschatten der Bonner Ereignisse wurde damit im Herbst 1998 in Mecklenburg-Vorpommern ein Stück Geschichte geschrieben, das ähnlich wie die Bildung der ersten rot-grünen Bundesregierung eine Zäsur in der deutschen Politik darstellt.

Tolerierung oder Koalition?

Voraussetzung war eine Änderung des politischen Klimas im Land. Dies schlug sich dann verzögert in neuen Mehrheiten nieder. Dabei spielten auch die Landtagswahlergebnisse vom 27. September eine wichtige Rolle. Die SPD wurde erwartungsgemäß mit 34,3 Prozent stärkste Partei. Die CDU hatte 7,5 Prozentpunkte verloren und war auf 30,2 Prozent, die PDS auf 24,4 Prozent gekommen. Die SPD verfügt damit im Landtag über 27 Sitze, die CDU über 24 und die PDS über 20 Sitze. Mit dieser Sitzverteilung wäre auch eine SPD-Minderheitsregierung, toleriert von der PDS, möglich gewesen, denn eine Fortsetzung der Großen Koalition mit der CDU wurde aufgrund großer politischer Differenzen schon früh ausgeschlossen.

So spitzte sich innerhalb der Landes-SPD die Diskussion auf die Frage zu: Tolerierung oder Koalition? Hierbei erwies sich Harald Ringstorff als erfolgreicher Machtpragmatiker, der die Einbindung der PDS in Regierungsverantwortung klug und konsequent einfädelt. Neben der eher spekulativen und fragwürdigen Zielsetzung, die PDS



durch Machtbeteiligung zu entzaubern und überflüssig zu machen, spielte dabei natürlich auch das Tolerierungsmodell Reinhard Höppners in Sachsen-Anhalt als Negativbeispiel eine wichtige Rolle. Denn wie die aktuellen Ereignisse dort beweisen, ist die Einbindung sowohl der PDS als auch der eigenen Partei in eine Koalitionsregierung zwingend notwendig, wenn man nicht zum Spielball der politischen Kräfte im Land werden will.

Mit Harald Ringstorffs pragmatischen Kurs konnten natürlich die Parteilinken gut leben, auch wenn es sicherlich für viele von uns dann doch sehr überraschend war, daß wir innerhalb der SPD klare Mehrheiten für die Bildung einer Koalitionsregierung mit der PDS hatten. Sicherlich ein Ergebnis kluger Taktik der Parteiführung, aber auch bedingt durch die politische und organisatorische Schwäche des rechten Parteiflügels, der mit den Resten des „Güstrower Kreis“ erst aktiv wurde, als alles schon entschieden war.

Programmatische Überschneidungen von SPD und PDS

Nicht überraschend sind die weitgehenden programmatischen Überschneidungen von SPD und PDS in Mecklenburg-Vorpommern, die die Koalitionsverhandlungen relativ einfach machten. Nur bei der Finanzpolitik stand die Koalitionsbildung noch einmal auf der Kippe, weil die PDS unrealistische Forderungen stellte, die dem Land neue, hohe Schulden aufgebürdet hätten. Hierbei zeigte sich dann aber, auch unter Einfluß der PDS-Bundesführung, wie politik- und

kompromißfähig die PDS inzwischen ist, wenn es gilt, durch die Regierungsbeteiligung in Schwerin in der breiten Öffentlichkeit eine ganz normale Partei in Deutschland zu werden.

Aufgrund der geringen Spielräume für praktische linke Politik im ostdeutschen Armenhaus „Meck-Pomm“ findet man dann auch im Koalitionsvertrag zwischen SPD und PDS nicht viele Essentials für einen grundlegenden Politikwechsel. Trotzdem gibt es einige Punkte im Vertrag, die für die Parteilinke sehr erfreulich sind, wenn sie dann auch noch verwirklicht werden. Dazu zähle ich vor allem folgende:

- den Einstieg in den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS), damit übernimmt Mecklenburg-Vorpommern eine Vorreiterrolle in der Entwicklung neuer Formen aktiver Arbeitsmarktpolitik;
- die Ablehnung der Transrapidstrecke von Hamburg nach Berlin;
- die Fortschreibung des Energiekonzepts und die stärkere Förderung regenerativer Energiequellen;
- die Festschreibung der Verbandsklage im Landesnaturschutzgesetz;
- die Schaffung eines eigenständigen Umweltministeriums;
- die Vorlage eines qualifizierten Armuts- und Reichtumsberichts;
- die Absenkung des kommunalen Wahlalters auf 16 Jahre und die Unterstützung aller Initiativen, den ausländischen Staatsangehörigen das kommunale Wahlrecht zu gewähren;
- die Erarbeitung eines Bildungsfreistellungsgesetzes;
- die Einführung der sechsjährigen Grundschule;

Aufgrund der geringen Spielräume für praktische linke Politik im ostdeutschen Armenhaus „Meck-Pomm“ findet man im Koalitionsvertrag zwischen SPD und PDS nicht viele Essentials für einen grundlegenden Politikwechsel. Trotzdem gibt es einige Punkte im Vertrag, die für die Parteilinke sehr erfreulich sind.

* Rudolf Borchert, MdL, Waren (Müritz), Mitglied des SPD-Landesvorstandes und des Sprecherrates des Warener Kreis der SPD-Linken Mecklenburg-Vorpommern

- der Kampf gegen den Rechtsextremismus wird als Querschnittsaufgabe höchste Priorität haben.

Veränderung der politischen Landschaft in Deutschland

Die Umsetzung des SPD/PDS-Koalitionsvertrages ist zwar wichtig, kann aber nur ein erster Schritt sein, um weitere wichtige Felder der politischen Erneuerung zu erschließen. Die eigentliche Chance des Schweriner Modells für die Linke liegt in der Veränderung der deutschen Politiklandschaft. Mit dem Wiedereinzug in den Bundestag in Fraktionsstärke und vor allem durch die Regierungsbeteiligung in Schwerin ist die PDS als ein Stück deutscher Normalität in der Parteienstruktur fest verankert. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, daß wir in Deutschland normale europäische Verhältnisse haben, d.h. links von der SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird sich mit der PDS eine linkssozialistische Alternative etablieren, die weiter an bundespolitischen Einfluß gewinnt. Die Schröder-Regierung wird die wirklichen zentralen Fragen der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Erneuerung vermutlich nicht lösen, zumal bisher nicht erkennbar ist, daß eine Korrektur der gesellschaftlichen Verteilungsverhältnisse ernsthaft in Angriff genommen werden soll.

Hinzu kommt, daß ein erfolgreiches Schweriner Modell (davon gehe ich aus) Pilotprojekt für weitere SPD/PDS-Regierungen in Ostdeutschland sein wird. Die Beteiligung der PDS an einer Bundesregierung ist deshalb

spätestens seit dem 03.11.1998 keine Utopie. Für die gesellschaftliche Linke in Deutschland ergeben sich damit Perspektiven und Spielräume, die offensiv genutzt werden müssen, wenn es z.B. gilt, die Grundwerte des demokratischen Sozialismus, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, so wie sie im SPD-Grundsatzprogramm festgeschrieben sind, nicht zur bloßen Phrase verkommen zu lassen.

Die panische Angst der Konservativen und des rechten Parteiflügels in der SPD vor der PDS ist verständlicherweise die Angst vor einem wirklichen Politikwechsel. Allerdings muß man akzeptieren, daß es für viele Menschen, vor allem aus emotionalen, subjektiven Gründen, noch sehr schwierig ist, die PDS als normale Partei zu begreifen. Aber auch dies wird sich seit den Ereignissen in Schwerin verändern. Parallelen zur Entwicklung der Grünen in Westdeutschland vom Bürgerschreck zur Regierungspartei sind durchaus sichtbar.

Die Verantwortung der SPD-Linken

In dieser neuen politischen Situation trägt die Parteilinke in Mecklenburg-Vorpommern eine besondere Verantwortung, so daß die Diskussion zur zukünftigen Rolle innerhalb der SPD zwingend erforderlich ist. Grundlage könnten dafür folgende Thesen sein:

1. Das Schweriner Modell muß erfolgreich sein, d.h. die SPD/PDS-Regierung braucht die Unterstützung der Parteilinken bei der Umsetzung des Koalitionsvertrages. Dazu gehört

auch ein kluges Krisenmanagement, um die Regierungsarbeit zu stabilisieren.

2. Neue Realitäten stellen neue Anforderungen an die Politik. Daraus ergibt sich die Aufgabe für die Parteilinke, programmatische Initiativen zu entwickeln, zu diskutieren, mehrheitsfähig zu machen und in reale Politik umzusetzen. Druck von links ist also unbedingt notwendig.

3. Die zukünftigen Auseinandersetzungen erfordern eine handlungsfähige Parteilinke. Demzufolge muß der „Warener Kreis“ politisch und organisatorisch weiter gestärkt werden. Die neuen, günstigen Rahmenbedingungen sind zu nutzen, um in der Partei neue Mehrheiten zu organisieren.

4. Die „brisante“ bundespolitische Bedeutung des Schweriner Modells fordert von der Parteilinke in Mecklenburg-Vorpommern eine stärkere Zusammenarbeit mit der SPD-Linken in der Bundespartei, von der man erwarten muß, daß sie sich offensiver der neuen Chancen für eine andere Politik bewußt wird. Dazu gehört nicht nur eine programmatische Offensive, sondern auch endlich eine Reorganisation auf Bundesebene.

Die Ereignisse in Schwerin im Herbst 1998 haben Geschichte geschrieben. Ob es nur eine kurze Episode der linken Bewegung bleibt oder wirklich als Chance für einen politischen Neuanfang nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern begriffen und genutzt wird, liegt auch an uns. Wir arbeiten für einen längeren, historischen Zeitraum.

Die eigentliche Chance des Schweriner Modells für die Linke liegt in der Veränderung der deutschen Politiklandschaft. Mit dem Wiedereinzug in den Bundestag in Fraktionsstärke und vor allem durch die Regierungsbeteiligung in Schwerin ist die PDS als ein Stück deutscher Normalität in der Parteienstruktur fest verankert.

spw

Regionaltreffen der Parteilinken in den ostdeutschen SPD-Landesverbänden

Samstag, 9. Januar 1999, 11 – 17 Uhr in Berlin, Rosenthalerstr. 13 (2. Stock):

- **Bilanz 8 Jahre deutsche Einheit**
Referent: Prof. Rolf Reißig, Leiter des BISS, Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien
- **Wie weiter mit der Erfurter Erklärung, und über die Notwendigkeit von sozialen Bewegungen 80 Jahre nach der deutschen Revolution**
Referent: Prof. Peter von Oertzen (angefragt)

Sonntag, 10. Januar 1999, ab 10 Uhr in Berlin-Friedrichsfelde:

- **Gemeinsame Teilnahme an der großen Manifestation zu Rosa und Karl**
Wir treffen uns 10.00 Uhr an der Gudrunstr. Nähe S-Bahn Lichtenberg (an der SPD-Fahne).

Anmeldung an R. Borchert, 03991-668639, oder B. Zimmermann, Hubertusallee 48, 14193 Berlin, 030-8916800



Vorwärts und reflektieren

20 Jahre spw – die Geburtstagsfeier im Willy-Brandt-Haus Berlin

von Steffi Gerszewski* und Lars Neumann

Stefan Schostok, Wolfgang Gehrcke (PDS-PV), Claudia Walther und Adrian Zimmermann (Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände) bei einer Talkrunde. Weitere Talkteilnehmer waren Frieder Otto Wolf (Grüner Europaabgeordneter) und Klaus-Uwe Benneter (stellv. SPD-Landesvorsitzender Berlin).

Der spw-Geburtstag, eine der wenigen Gelegenheiten, sich gemeinsam über die Bedeutung und die Perspektiven einer sozialistischen Linken auszutauschen, hat sicherlich bei vielen nicht nur den Wunsch, sondern auch den Willen geweckt, sich aktiver an der Entwicklung und Durchsetzung der realen Utopie zu beteiligen.

Feiern, Sekt schlürfen, Perspektiven entwickeln und zwanzig Jahre spw für die Zukunft fruchtbar machen – soweit die Einladungsversprechungen zur Geburtstagsfeier im Berliner Willy-Brandt-Haus. Jenseits der Tastache, daß wir nicht über ein Glas Sekt hinaus gekommen sind (Bier aber eh bevorzugen), stellten für uns aber ‚selbstverständlich‘ das Lernen aus der Vergangenheit und die Entwicklung sozialistischer Perspektiven die wesentlichere Aufgabe dar. Welche Perspektiven und Aufgaben bleiben nun aber nach einer großen Feier über?

Umbrüche des Kapitalismus und Perspektiven der Linken

„Nach zwanzig Jahren – Umbrüche in der kapitalistischen Weltwirtschaft und Perspektiven der Linken“ zu beurteilen und zu entwickeln kam an diesem Morgen zunächst *Michael Krätke*

zu. Er hat uns im Verlauf seines Vortrags dazu aufgefordert, Begriffe und Denkschemata, die sich inzwischen wenig bzw. unhinterfragt eingebürgert haben, neu zu überprüfen. In seiner Kritik moderner kapitalistischer Gesellschaften stellte er zudem ihre Gebrochenheit, Widersprüchlichkeit und Diversität ins Zentrum. Angesichts der „Vielfalt der Kapitalismen“ und ihrer Zukunftsaussichten stellt Krätke fest, daß „auf der Linken wie auf der Rechten heute einige Verwirrung und Unsicherheit über die nächste und weitere Zukunft des Kapitalismus herrscht.“ Gleichzeitig ist aber eine detaillierte Analyse der kapitalistischen Gegenwart dazu in der Lage, „sozialistische Potentiale im Kapitalismus“ (wie *Uwe Kremer* es später formulierte) aufzugreifen, weiterzuentwickeln und Handlungsoptionen zu generieren. Dafür war aber die Geburtstagsfeier bestimmt nicht der Schlußpunkt, sondern wenn überhaupt der Startschuß.

Thomas Westphal machte jenseits dieses Schwerpunktes, bzw. diesen ergänzend, darauf aufmerksam, daß zwar eine konsequente Auseinander-

setzung mit der ‚Politik des Dritten Weges‘ und Hombach-Schröderschen ‚Neuen Mitte‘ dringend notwendig ist – diese sollte aber nicht zum Selbstzweck werden. Vielmehr stellte er die Frage, welche gesellschaftlichen Felder zur Entwicklung eines aktuellen Sozialismus-Verständnisses ins Zentrum gerückt werden müssen. Alle drei Referenten – Krätke, Westphal und Kremer – haben gemeinsam den Einstieg in die Debatte einer sozialistischen Agenda im 21. Jahrhundert begonnen – die eigentliche Diskussion kam dabei aber viel zu kurz.

Von der Juso-Wohngemeinschaft ins Willy-Brandt-Haus

Das enggestrickte Programm sah im Anschluß einen Runden Tisch zu der Bedeutung und den Perspektiven der sozialistischen Linken in der SPD seit 1968 vor. Eigentlich hätte es darum gehen müssen, die verschiedenen Erfahrungen, die linke SozialdemokratInnen im Verlauf der letzten zwanzig (und mehr) Jahre haben machen können, zusammenzuführen und für die Zukunft gewin-

* Steffi Gerszewski, Dortmund, stellv. Juso-Bezirksvorsitzende Westliches Westfalen, Mitglied der spw-Redaktion; Lars Neumann, Juso UB-Vorsitzender in Bochum.

nen zu können. Heute kann dieser Versuch als nicht gelungen beurteilt werden. Die Auseinandersetzung und Diskussion um den Einsatz der Bundeswehr im Kosovo (und den Parteiaustritt Andreas Wehrs) waren sicherlich engagiert geführt – leider lagen sie aber voll neben der eigentlichen Fragestellung. Symptomatisch war die Debatte dann aber doch: Anstatt sich mit der Bedeutung und den Perspektiven einer sozialistischen Linken ernsthaft auseinanderzusetzen und nach vorne zu diskutieren, verzettelt sich die sozialistische Linke viel zu häufig in Einzeldiskussionen und versteht es nicht, diese strategisch zusammenzuführen. Anstatt eigene Perspektiven und Strategien zu entwickeln, arbeiten wir uns an der Anballung unglücklicher Taten anderer ab.

Am Abend stellte die Geburtstagsrede von Dieter Scholz sicherlich den Höhepunkt der Feierlichkeit dar. Nach der Debatte um Bundeswehreinsätze und Parteiaustritte gelang es ihm, den Blick darauf zu wenden, was wir in den letzten zwanzig Jahren gemeinsam erreicht haben – den weiten Weg von der 70er Wohngemeinschaft ins Willy-Brandt-Haus. Gleichzeitig hat uns das Geburtstagsständchen aber auch noch einmal verdeutlicht, wo ein Manko der Tagung und der Arbeit im spw-Zusammenhang insgesamt liegt. Es kann nicht ausschließlich darum gehen, nette Promitalks zu ermöglichen und große Veranstaltungen zu inszenieren. Es muß darum gehen, Gelegenheiten zu schaffen, die gemeinsame Entwicklung von Zukunftsperspektiven voranzutreiben und sich darüber zielorientiert auszutauschen.

„No more talks“

Hierfür ließ das dichte Programm der Tagung allerdings viel zu wenig Zeit und Raum. Perspektiven und Zukunftsstrategien sind auf der Tagung allenfalls vorgetragen worden. Die tatsächliche Suche, der Austausch, fand (wie immer?) erst nachts in der Kneipe statt. Hier hatten wir dann die Gelegenheit, Kontroversen durchzukauen, Entwicklungsansätze weiterzudenken oder auch für unsinnig zu erklären.

Ein Zusammenhang wie die spw, deren Aufgabe es sein muß, einerseits die Theoriebildung zu forcieren und andererseits Kampagnenfähigkeit zurückzugewinnen, muß in Zukunft viel häufiger solche Austauschgelegenheiten schaffen bzw. institu-



Diether Dehm mit seinen Gedichten und Liedern, begleitet am Klavier von Michael Letz, und Pablo Ardouin mit seinen chilenischen und lateinamerikanischen Liedern zur Gitarre leisteten einen wesentlichen Beitrag zum Gelingen der Feier.

tionalisieren. Sicherlich ist auch ein Ergebnis der Feiern, daß sich spw diesbezüglich in Zukunft einer Institutionen- und Formendiskussion stellen muß. Netzwerke werden nicht durch monatliche Sitzungen, Runde Tische und Talks organisiert. Dies bedeutet aber gleichzeitig nicht ein Zurück zum Berliner WG-Frühstückstisch und inzestuösen JUSO-Beziehungen, so sehr sie uns auch manchmal von Dieter Scholz schmackhaft gemacht wurden. spw wird die eigenen Strukturen in Zukunft deutlicher öffnen, stärker vernetzen (wie z.B. in der Crossover-Ar-

beit) und die eigenen Arbeitsprozesse transparenter darstellen müssen.

Der spw-Geburtstag, eine der wenigen Gelegenheiten, sich gemeinsam über die Bedeutung und die Perspektiven einer sozialistischen Linken auszutauschen, hat sicherlich bei vielen nicht nur den Wunsch, sondern auch den Willen geweckt, sich aktiver an der Entwicklung und Durchsetzung der realen Utopie zu beteiligen. Dieser Motivationsschub muß jetzt genutzt werden – nicht zuletzt durch die Entwicklung einer konsistenten Perspektive eines „Modernen Sozialismus“!

spw

Es muß darum gehen, Gelegenheiten zu schaffen, die gemeinsame Entwicklung von Zukunftsperspektiven voranzutreiben und sich darüber zielorientiert auszutauschen.

Bernard Pigneron von der Leitung der Gauche Socialiste in der PSF referiert über die sozialistische Linke in Frankreich. Neben ihm am Podium sitzt Michael Krätke, links Susi Möbbeck und Horst Peter.



spw intern

Liebe Leserinnen und Leser,

- Am Tag nach der 20-Jahr-Feier der spw fand in Berlin die jährliche Gesellschafts- und Vereinsversammlung der spw statt. Es wurde ein *Arbeitsprogramm* für das kommende Jahr diskutiert und beschlossen, das den Schwerpunkt in der konzeptionell-theoretischen Einmischung in fünf Bereichen setzt: Umbrüche in der Erwerbsarbeit und die Perspektive der Dienstleistungsgesellschaft; Regionalwirtschaft im Umbau; Wirtschaftsdemokratie und Staat; Medien, Parteiendemokratie und politische Inszenierung; Europäische Wirtschaftsunion und neuer Internationalismus. Diese Themen sollen in verschiedenen Arbeitsformen und in der Zeitschrift bearbeitet werden. Die Crossover-Zusammenarbeit soll weiterentwickelt werden zu einer gemeinsamen linken Zukunftsdiskussion, die mit den verschiedenen anderen Diskussions- und Aktionszusammenhängen der Linken verstärkt verknüpft werden soll.

Der *spw-Arbeitsausschuß* wurde neu zusammengesetzt. Neuer Vorsitzender ist *Thomas Westphal*. Die Vorsitzende der letzten Jahre, *Susi Möbbeck*, hatte für dieses Amt nicht wieder kandidiert und wurde mit herzlichem Dank verabschiedet, sie gehört dem Arbeitsausschuß aber weiter an. Die weiteren Mitglieder sind *Thorben Albrecht*, *Uta Biermann*, *Ulf-Birger Franz*, *Ralf Krämer*, *Uwe Kremer*, *Benny Mikfeld*, *Susi Möbbeck*, *Peter von Oertzen*, *Horst Peter*, *Joachim Schuster*, *Stefan Schostok*, *Claudia Walther*, *Frank Wilhelmy* und *Birgit Zoerner*.

- Auch in der *Redaktion* gibt es erneut personelle Veränderungen. Nach mehrjähriger Mitarbeit, die allerdings in diesem Jahr schon sehr unter Zeitproblemen litt, ist *Georg Schulze* aus der Redaktion ausgeschieden. Die Redaktion hat drei neue Mitglieder aufgenommen: *Stefanie Gerszewski* ist 28 Jahre alt, wohnt in Dortmund und hat kürzlich ihr Studium der Raumplanung mit dem Diplom abge-

schlossen, stellv. Juso-Bezirksvorsitzende und Mitglied des SPD-Bezirksvorstands Westliches Westfalen"; *Barbara König* aus Bonn ist 29, Politologin und arbeitet als Jugendbildungsreferentin beim Juso-Landesverband NRW; *Dirk Meyer* ist Historiker, 32 Jahre alt, kommt aus Bünde in Ostwestfalen und arbeitet als Referent im einem Landesministerium in NRW.

- *Andreas Wehr*, Mitherausgeber der spw, ist am 21.09.98 nach über 27-jähriger Mitgliedschaft aus der SPD ausgetreten. Wir dokumentieren sein Austrittsschreiben mit der politischen Begründung für diesen Schritt in diesem Heft. Die inhaltliche Position wurde auf der spw-Versammlung in Berlin ganz überwiegend geteilt. *Andreas Wehr* bleibt auch einer der Herausgeber der Zeitschrift; es bestand Einigkeit, daß eine Mitgliedschaft in der SPD keine notwendige Bedingung für die Wahrnehmung dieser Funktion ist.

- Der *Internetauftritt* der spw wird in den kommenden Wochen und Monaten Schritt für Schritt überarbeitet und ausgebaut werden. Die neue und leicht zu merkende Adresse unserer Website lautet <http://www.spw.de>. Die neue E-mail-Adresse des Verlags lautet verlag@spw.de, die Redaktion ist erreichbar unter: redaktion@spw.de. Guckt doch mal rein!

Die spw-Redaktion

Sozialdemokratie in Österreich – eine Standortbestimmung

von *Andreas Babler**

Ein außerordentlicher Bundesparteitag der Sozialdemokratischen Partei Österreichs SPÖ beschloß Ende Oktober 1998 ein neues Programm. In drei Großkapi-

teln wird versucht, den neuen programmatischen Kurs der Partei festzulegen. Dieser neue „offizielle“ Kurs der österreichischen Sozialdemokratie beinhaltet auch eine Absage an das Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus sowie das Fehlen des Verweises auf die marxistischen Wurzeln der Partei.

Einigkeit über alles!

Die österreichische Sozialdemokratie war in ihrer Geschichte schon immer sehr stark geprägt von einem Leitsatz der Einigkeit. Nicht nur die Zustimmung zur Beteiligung am 1. Weltkrieg stellt dies unter Beweis, sondern natürlich auch der Austrofaschismus mit dem Verbot der Partei verstärkte diese Tendenzen zur Einigkeit und Geschlossenheit. Die Linie der Organisation wurde seltenst bis nie von Basisstrukturen bestimmt,

sondern folgte dem Prinzip „von oben nach unten“. Beispiele könnten sehr viele aufgeführt werden. So war es 1934 vor der Machtübernahme der Austrofaschisten Otto Bauer, der mit seiner Fehleinschätzung über die politische Lage den kämpfenden GenossInnen die Unterstützung fehlen ließ, so war es Bruno Kreisky, der ein Atomkraftwerk bauen ließ und die anschließende Volksabstimmung über die Inbetriebnahme dessen verlor, so war es Vranitzky bei der Debatte über den Beitritt zur Europäischen Union und so war es schließlich auch Klima bei der Parteiprogrammdebatte des heurigen Jahres.

Das alte Programm

Bis zu diesem Parteitag hatte die SPÖ noch das Programm von 1978. Unter dem damaligen SP-Parteivorsitzenden Bruno Kreisky wurde ein Pro-

* *Andreas Babler* ist Verbandssekretär der Sozialistischen Jugend Österreichs

gramm erarbeitet, dessen Kern sich eindeutig auf die „Grundwerte und Grundsätze der Sozialisten“ aufbaute. Rund um die, als gleichrangig betrachteten, Begriffe Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität war ein ausgeprägtes Bekenntnis zur Beseitigung der Klassegegensätze und zur gerechten Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit vorhanden. Der Sozialismus wurde als internationale Bewegung dargestellt, in der Menschen auch „auf Grund von marxistischer oder anders begründeter sozialer Analysen“ für eine bessere Gesellschaft zusammenwirken. Der demokratische Sozialismus sollte die Verwirklichung der sozialen Demokratie sein. Ein wesentlicher Bestandteil des 78er Programms war auch eine ausführliche Analyse des Kapitalismus. Der reformistische Ansatz daraus sollte den zukünftigen Weg der Sozialdemokratischen Partei bestimmen und bestand im Groben aus den Überbegriffen – für qualifiziertes Wachstum, für eine gerechte Einkommensverteilung, für mehr demokratische Planung und Mitbestimmung, Chancengleichheit für alle im Bereich Bildung, vom Wohlfahrtsstaat zur sozialen Demokratie, für mehr soziale Sicherheit und Volksgesundheit, Ausbau der sozialen Rechte und Sicherheit, für die volle Gleichberechtigung und Selbstentfaltung der Frau, für die Weiterentwicklung der politischen Demokratie und der demokratischen Rechtsordnung, für eine umfassende Kulturpolitik sowie ein breites Bekenntnis zum Internationalismus und zur immerwährenden Neutralität Österreichs. Den Schluß des Programms bildete noch die Ansicht, daß die Verwirklichung sozialistischer Ideale in dieser Zeit mehr als die Verwirklichung bloßer politischer Vorstellungen ist, sie bedeutet die Erfüllung einer historischen Aufgabe.

Widerspruch zwischen Theorie und Praxis

Die Realpolitik sah allerdings anders aus. Bis zum heutigen Tage wurden im sozialdemokratisch regierten Österreich wohl kaum diese Grundvorstellungen in Angriff genommen bzw. realisiert. Die Krise der Verstaatlichten (die in Österreich sehr großen Bereiche der verstaatlichten Großindustrie, d.Red.) wurde sofort zum Anlaß genommen, eine große Privatisierungswelle zu starten. Die meisten ehemaligen staatlichen Unternehmen samt den Lehrwerkstätt-

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



ten wurden privatisiert und damit rationalisiert bzw. geschlossen. Die Sozialdemokratie beschloß die Flexibilisierung der Arbeitszeit im Handel, welche vor allem Frauen betraf, verkürzte die Karenzzeit (den Erziehungsurlaub, während dessen einkommensabhängiger Lohnersatz gezahlt wird, d.Red.), führte indirekte Studiengebühren mittels verschiedener Selbstbehalte ein und veranlaßte zwei Sparpakete auf Kosten der sozial Schwächeren. Schlußendlich sei noch die Herangehensweise der Sozialdemokratie an die jüngeren Entscheidungen betreffend der Europäischen Union erwähnt. In der Frage der Wirtschafts- und Währungsunion folgte die Sozialdemokratie dem „neoliberalen Dogma“ der Preisstabilität. Scheinbar ohne Bedenken glaubte sie jenen Theorien, die behaupteten, daß sich alle andere Dinge wie beispielsweise Beschäftigungsstabilität danach schon ganz von alleine einstellen werden. Die Kampagne der SPÖ-geführten Bundesregierung konzentrierte sich vor allem darauf, den Menschen zu erklären, daß sie durch die Umwechslung des Schillings in den Euro nichts verlieren werden.

Neues Programm – neue Politik?

Grundsätzlich wurde während des gesamten Diskussionsprozesses nie die Frage nach der Bedeutung, nach dem Sinn eines Parteiprogramms gestellt. Was ist nun dieses Programm?

Vorweg kann festgestellt werden, daß hiermit eine Rechtfertigung der SPÖ-Politik der letzten Jahre formuliert wurde. Mit humanistisch-schwammigen Formulierungen wurde versucht, dem Anspruch einer typischen Volkspartei gerecht zu werden. Das Herausstreichen des demokratischen Sozialismus als Begriff, der fehlende Hinweis auf eine Tradition des Marxismus sowie das Fehlen von klaren sozialistischen Forderungen überschattet den gesamten Text. All das mündet in einen nahezu abgeschlossenen Prozeß, weg von einer ehemaligen ArbeiterInnenpartei hin zu einer sozial orientierten Allerpartei.

Beispielsweise spricht das Programm von der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als höchstes politisches Ziel, von einer Gleichstellung der Frau, von möglichst viel Wohlstand für alle, von Mitverantwortung der BürgerInnen, vom solidarischem Miteinander der Generationen. So gibt es hier im Aufbau ja einige Ähnlichkeiten zur Struktur des alten Programms. Der Unterschied liegt allerdings in drei Bereichen. Zum einem in der schon vorher erwähnten grundsätzlichen Wegentwicklung von sozialistischen Grundzügen und von der konkreten Vorstellung des Sozialismus als die uns vorstrebende Gesellschaft. Zum zweiten in dem Fehlen einer sozialistischen Analyse des Stadiums der Gesellschaftsform in der wir leben spricht des Kapitalismus. Daraus ableitend fehlt schlußendlich auch die konkrete

Der neue „offizielle“ Kurs der österreichischen Sozialdemokratie beinhaltet eine Absage an das Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus. Alles in allem könnte dieses SP-Programm auch mit einigen kleinen Korrekturen als Regierungserklärung der Großen Koalition verwendet werden.

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



Beschreibung der, selbst reformistischen, Ansätze zur Verwirklichung der Ziele.

Beispielgebend sind die Formulierungen rund um die immerwährende Neutralität Österreichs. Diese wurde zur Zeit von Bruno Kreisky als ein Instrument zur aktiven Friedenspolitik verstanden und wurde in den letzten Jahren ständig ausgehöhlt. So wurde z.B. seitens der Bundesregierung erlaubt, NATO-Bergepanzer durch Österreich fahren zu lassen. Diese sogenannten „Bergepanzer“ begruben nachweislich irakische ZivilistInnen während des Golfkriegs unter sich. Heute finden wir im Parteiprogramm den Hinweis darauf, daß die Neutralität gut und wichtig sei, solange es kein besseres europäisches „Sicherheitssystem“ gibt. Alles in allem könnte dieses SP-Programm auch mit einigen kleinen Korrekturen als Regierungserklärung der Großen Koalition verwendet werden.

Die Rolle der Gewerkschaften

Neben der, zum Anfang beschriebenen, Einigkeits- und Geschlossenheitspriorität innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie gibt es noch andere Umstände, die zum Verständnis für die heutigen Prozesse darzustellen sind. Die SPÖ legte immer Wert auf einen integrierten und partnerschaftlichen Gewerkschaftsbund. Der ÖGB ist stark sozialdemokratisch dominiert und wird in die Parteistrukturen fix eingebunden. Beispielsweise stellen die Gewerkschaften historisch immer den/ die Sozialminister/in und hat eine bestimmte Zahl von Abgeordneten zum Nationalrat. Das in Österreich vorherrschende System der Sozialpartnerschaft hatte natürlich auch Auswirkungen auf die Entwicklungen nicht nur der Gewerkschaft, sondern damit auch auf die Realpoli-

tik der SPÖ. Diese „Partnerschaft“ basierte auf dem Prinzip der Verständigung und dem Ausverhandeln von Kompromissen zwischen Unternehmen und den einzelnen ArbeiterInnenvertretungen. So ist es auch gekommen, daß GewerkschaftsfunktionärInnen die in diesem Gremium ausverhandelten Kompromisse, wie beispielsweise Kollektivverträge, auch von ihnen selbst als „ihre“ Positionen gegenüber den ArbeiterInnen vertreten wurden. Diese Verschleierung der Klassengegensätze, führte zu einem immer unkämpferischeren ÖGB, der ja auch statistisch gesehen eines der Schlußlichter im Bezug auf Streikeinheiten aufweist. Weiters führte dieses träge System dazu, daß weder Gewerkschaft noch Partei sensibel genug auf „neue Fragen“, wie Atomkraftpolitik, Frauen, usw... reagierten.

Innerparteiliche Willensbildung – Möglichkeiten linker Kritik

Eine Analyse des Prozesses, der zum Beschluß dieses neuen Programms führte, läßt sich in kurzen Zügen darstellen. Viktor Klima wird SP-Parteivor-sitzender, Andreas Rudas neuer Bundesgeschäftsführer. Beide starten mit dem Anspruch, die SPÖ zu modernisieren. Aus dieser Motivation heraus sollte auch das alte Programm ersetzt werden.

Es wurde eine ExpertInnengruppe aus verschiedensten Bereichen – vor allem aus der Wirtschaft – eingesetzt, die nicht SPÖ-FunktionärInnen waren, um sich ein Konzept zu überlegen. Darauf erfolgte die Nominierung einer „6er Gruppe“ aus dem Parteivorstand, die den ersten Gesamtentwurf ausformulierte und präsentierte.

Die Führung der SPÖ lud sodann alle Strukturen ein, sich rege an der Parteiprogrammsdebatte zu beteiligen, und organisierte einige Diskussionsveranstaltungen. Die Beteiligung daran war durchaus beachtlich. Hauptsächlich linke Korrekturvorschläge wurden von den verschiedensten Orts- Bezirks- und Landesparteien übermittelt. Die Sozialistische Jugend forderte die Ablehnung des Gesamtprogramms und eine Neuausarbeitung, mit einigen zu behaltenden Forderungspunkten: Dieser Antrag stützte sich auf die Orientierung auf die marxistische Definition der Klassengesellschaft als Orientierungspunkt für das politische Handeln und unterstrich mit einigen Punkten, daß eine ausführliche Ana-

lyse des Kapitalismus samt den daraus folgenden Schlußfolgerungen für ein Programm unumgänglich sind. Resultat aus den gesamten Kritikpunkten war, daß eine Nachbesserung des Programms erfolgte, ohne dabei der im vorigen Kapitel beschriebenen Grundausrichtung des Textes zu widersprechen. Am Parteitag selbst hatte der Antrag 7 Gegenstimmen bei über 500 Delegierten. Ein Initiativantrag der SJÖ zum Bekenntnis der SPÖ zum demokratischen Sozialismus erreichte immerhin knapp 25% der Delegiertenstimmen.

Die gesamte Diskussion rund um das neue Parteiprogramm zeigte, wie schwach die Linke innerhalb der Sozialdemokratie ist. Neben dem Jugendverband gibt es derzeit nur einige linke QuerdenkerInnen.

Wege aus der Krise!

Ein Kurswechsel der Sozialdemokratie wird schwierig. Die SPÖ liegt in den Umfragen bei über 40% an WählerInnenstimmen und die Bundesgeschäftsstelle argumentiert dies mit dem neuen „Erfolgsimage“ der Partei. Die Sozialistische Jugend Österreichs SJÖ, welche selbst auch Richtungskämpfen zwischen Linken und Modernisierungsfaktionen ausgesetzt ist, ist in vielen Bereichen mit ihrer Kritik allein. Basisstrukturen der Partei und Gewerkschaft, die ja in der Diskussion teilweise Kritik formuliert hatten, zeigen sich nicht entschlossen genug, diesen Kurswechsel permanent einzufordern und hatten schließlich den Entwurf auch unterstützt.

Trotz alledem wird und kann eine Reform der Partei nur auf drei Ebenen einsetzen. Eine Orientierung auf außerparlamentarische Bewegungen im Friedensbereich (zur Zeit gegen NATO-Beitritt) oder im Sozialbereich (EuroMarsch), Bildungsarbeit innerhalb derjenigen Parteistrukturen, in welchen die SJÖ Einfluß hat, und eine verstärkte Kooperation mit kritischen GewerkschaftsfunktionärInnen. Diesen müssen wir ein politisches Betätigungsfeld, eine Struktur anbieten da sie von ihren höherrangigen FunktionärInnen an linker Kritik gehindert werden. Dazu wird es notwendig sein, linke GewerkschafterInnen in Plattformen zu organisieren. Die SPÖ hat realpolitisch gesehen in Österreich keine linke Parteienopposition. Deshalb liegt es an uns, den Versuch zu wagen!

spw

Mit der heutigen Zustimmung der SPD im Deutschen Bundestag zum möglichen Einsatz der Bundeswehr in Jugoslawien hat sie die fundamentalen Grundlagen ihrer Außenpolitik verlassen und sich zugleich außerhalb der Friedenspolitik Willy Brandts gestellt, sie gibt sich damit selbst auf. Da ich der Partei auf diesem Weg nicht folgen kann, erkläre ich hiermit meinen Austritt aus der SPD, der ich mehr als 27 Jahre angehört habe.

Völkerrechtliches Gewaltverbot und Gewaltmonopol der VN

Beim Umgang der Völkergemeinschaft mit Aggressoren, sowohl solchen, die sich nach außen richten als auch solchen, die – wie in der jetzigen Situation im Kosovo – gegen Minderheiten im eigenen Land vorgehen, hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg eine Praxis herausgebildet, die auf dem völkerrechtlichen Gewaltverbot und dem Gewaltmonopol der Vereinten Nationen beruht. Kodifiziert wurde das Gewaltverbot in der Charta der Vereinten Nationen, in der es heißt: „Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt“. Ebenso geregelt ist das Verfahren bei der danach verbotenen Androhung oder Anwendung von Gewalt. Der Sicherheitsrat beschließt über diejenigen Maßnahmen, „die zu treffen sind, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und wiederherzustellen.“ Diese Regelungen sind zivilisatorische Errungenschaften, hinter die nicht zurückgegangen werden darf.

In der Realität wurden diese völkerrechtlichen Regelungen allerdings, insbesondere von den großen Mächten, wiederholt mißachtet. Dies geschah etwa bei Militärinterventionen der USA in Staaten Mittelamerikas oder durch die Sowjetunion bei ihrem Einfall in Afghanistan. Auch der Angriff Frankreichs auf die Rainbow Warrior oder die jüngsten Militärschläge der USA gegen Einrichtungen im Sudan und in Afghanistan stellten Verletzungen der eindeutigen UN-Bestimmungen dar. In anderen Fällen wurde verhindert, daß Verurteilungen des Sicherheitsrats auch zu Sanktionsmaßnahmen führten, etwa gegenüber Indonesien im Ost-Timor Kon-

flikt oder gegenüber Israel aufgrund der fortbestehenden Besetzung fremden Territoriums.

Sozialdemokratie: die Stärke des Rechts an die Stelle des Rechts des Stärkeren setzen

Von der deutschen und internationalen Sozialdemokratie wurden diese Verletzungen aber stets als Aufforderung begriffen, die darin zum Ausdruck kommende Schwäche der Vereinten Nationen durch ihre gewollte Stärkung zu überwinden und damit der Geltung des Rechts immer wieder auf's neue zum Durchbruch zu verhelfen. Egon Bahr hat dieses Anliegen 1993 einmal wie folgt formuliert: „Wenn ich versucht habe, zu definieren, was Prioritäten deutscher Außen- und Sicherheitspolitik sein können, dann heißt es in ein System gebracht: Die Vorstellung, die Stärke des Rechts an die Stelle des Rechts des Stärkeren zu setzen.“

In der SPD hat es seit 1987 unter dem Begriff „Blauhelm-Debatte“ eine intensive und gelegentlich auch quälende Debatte um die Legitimität und Sinnhaftigkeit des Einsatzes militärischer Gewalt insbesondere bei Bürgerkriegskonflikten gegeben. In diesen Auseinandersetzungen wurde jedoch von keiner Seite bestritten, daß es sich immer und stets nur um Gewalt handeln darf, die durch eine zuvor erfolgte Entscheidung der Vereinten Nationen legalisiert wurde. Gerade die Befürworter von Kampfeinsätzen begründeten ihr Anliegen mit der gewünschten Stärkung der Weltorganisation. Mit dem Beschluß des Bundesparteitages vom 3. Dezember 1997 zur „Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik“ war diese Debatte vorerst beendet worden. Diese Entschliebung beruhte auf der fast zweijährigen Arbeit einer Schwerpunkt-Kommission unter Leitung von Rudolf Scharping. In ihr heißt es u.a. zur Aufgabe der NATO: „Wir halten daran fest, daß die NATO bei allen Einsätzen, die nicht ihren kollektiven Verteidigungsauftrag nach Artikel 5 des NATO-Vertrages betreffen, auf der Grundlage eines VN- oder OSZE-Mandats handelt, wobei im Falle militärischer Zwangsmaßnahmen ein VN-Sicherheitsratsmandat zwingend ist. Die NATO kann sich nicht selbst ein Mandat erteilen.“ Diese Aussage aus dem nicht einmal ein Jahr alten Parteitagsbeschluß ist mithin klar und eindeutig. Sie wurde vor dem Hintergrund des Konflikts im ehemaligen Jugoslawien formuliert und wäre auf

Die SPD hat sich außerhalb der Friedenspolitik Willy Brandts gestellt

von Andreas Wehr*

die jetzt eingetretene Situation anzuwenden gewesen.

Völkerrechtswidrige Kosovo-Entscheidung schafft Präzedenzfall

Bei dem durch die Entschliebung des Deutschen Bundestages jetzt möglich werdenden Kampfeinsatz der Bundeswehr in Jugoslawien fehlt es aber an einem Mandat der VN oder der OSZE. Auch die ganze Interpretationskunst des amtierenden Außenministers kann die nicht vorhandene völkerrechtliche Legitimation nicht ersetzen. Selbst wenn es aufgrund der jetzt eingetretenen Deeskalation im Kosovokonflikt nicht zu einem Militärschlag der NATO kommt, ist damit ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen worden. Keine Großmacht wird in Zukunft mehr den mühevollen und schwierigen Weg einer Abstimmung ihrer Position im Sicherheitsrat gehen, fühlte sie sich nur jeweils stark genug. Und was heute für die Weltmacht USA gilt, können morgen bereits die Nuklearmächte Rußland, China und Indien in Anspruch nehmen. Auch dort gibt es Interessenzonen und „nahes Ausland“, wo Konflikte möglichst unter Ausschaltung der Völkergemeinschaft im eigenen Interesse geregelt werden sollen. Im Ergebnis werden die Vereinten Nationen weiter geschwächt. Das nackte Faustrecht wird in internationalen Konflikten wieder Einzug halten. spw

*„Wir halten daran fest, daß die NATO bei allen Einsätzen, die nicht ihren kollektiven Verteidigungsauftrag nach Artikel 5 des NATO-Vertrages betreffen, auf der Grundlage eines VN- oder OSZE-Mandats handelt, wobei im Falle militärischer Zwangsmaßnahmen ein VN-Sicherheitsratsmandat zwingend ist. Die NATO kann sich nicht selbst ein Mandat erteilen.“
(SPD-Bundesparteitag 3.12.97)*

* Andreas Wehr, Berlin, Mitherausgeber der spw. Der folgende Text ist der Wortlaut des Schreibens vom 16.10.98 an den Landesvorstand der SPD Berlin, mit dem er seinen Austritt aus der Partei erklärt hat. Wir dokumentieren es, weil wir die politische Argumentation für wichtig halten, die Zwischenüberschriften wurden von der Redaktion eingefügt. Ergänzend verweisen wir auf den Beitrag von Dieter S. Lutz in spw 4/98.

„Wie Reichtum Armut schafft“

von Uwe Vorberg*

Besprechung zu: Karl Georg Zinn: *Wie Reichtum Armut schafft. Verschwendung, Arbeitslosigkeit und Mangel*, PapyRossa-Verlag, Köln 1988, 188 Seiten, DM 28,-

Gegen den in den großen europäischen Regierungs- und Oppositionsparteien dominierenden Marktradikalismus vertritt Zinn ein dreifaches Anliegen: *Erstens* soll Arbeitslosigkeit als historisch junges Phänomen makroökonomisch erklärt werden. *Zweitens* sollen in kritischer Auseinandersetzung mit der Neoklassik die Ursachen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und Ansatzpunkte für ein sozioökonomisches Reformprogramm zur Überwindung der Krise herausgearbeitet werden. *Drittens* will Zinn den Ideologiegehalt von Neoklassik und Wirtschaftsliberalismus analysieren.

Theoretische Grundlagen

Das Verständnis aktueller Krisenerscheinungen setzt zumindest Grundkenntnisse der politischen Ökonomie voraus. Da diese aber auch in weiten Teilen der Linken nicht mehr vorhanden sind, beginnt Zinn seine Abhandlung mit einer Einführung in die klassische Arbeitswerttheorie. Auf dieser Grundlage setzt er sich mit verschiedenen Krisentheorien auseinander: Überakkumulation und Nachfragemangel werden knapp vorgestellt und als hilfreich für die Erklärung *konjunktureller Krisen* bewertet. Die gegenwärtige *strukturelle Krise* müsse aber anders erklärt werden.

Dazu greift Zinn auf Keynes Langfristprognose der Stagnation, also einer über mehrere Konjunkturzyklen anhaltenden Tendenz zur Wachstumsabschwächung, zurück.

Die Ursache hierfür verortet er mit Keynes im abnehmenden Grenznutzen zusätzlichen Konsums. Dies bringe eine relative Sättigung der Nachfrage und zunehmende Ersparnisbildung hervor. Abnehmende Konsumneigung führe zu einer Einschränkung der Investitionen und damit zu Entlassungen. Auf Dauer bilde sich so ein stabiles Unterbeschäftigungsgleichgewicht heraus.

Ursachen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise

Der Boom der Nachkriegsjahre führte in der Bundesrepublik zu steigenden Einkommen. Die überproportional gestiegenen Einkommen der Oberschichten bildeten für Zinn schließlich den Auslöser für die seit Mitte der 70er Jahre langanhaltende Wachstumskrise. „Relative Sättigung und steigende Ersparnis auf hohem Einkommensniveau der Besserverdiener wirkten als Initialzündung der Stagnationskrise.“ (S. 85)

Der Nachfragerückgang bei höheren Einkommen löste eine Schwächung der Investitionstätigkeit aus, was zu Entlassungen führte. Dies bewirkte Einkommens- und Kaufkraftverluste auch bei den Masseneinkommen. Damit begann sich „eine Abwärtsspirale zu drehen, die sich nur durch entsprechend umfangreiche Staatsinterventionen hätte anhalten lassen.“ (S.86) Da diese unterblieben, verstärkte sich die Wachstumsabschwächung selbst. Die zunehmende Arbeitslosigkeit forcierte die Finanzierungsprobleme der öffentlichen Haushalte, was die staatlichen Handlungsspielräume verengte und eine Konsolidierungspolitik mit deflatorischen Wirkungen beförderte.

Zinn steht damit in der Theorie-tradition des linken Keynesianismus und teilt dessen Probleme: Zwar wird eine objektive Arbeitswertlehre vertreten, Krisenursachen werden aber ausschließlich auf dem Markt verortet. Zurückgehende Produktivitätsgewinne tayloristischer Arbeitsorganisation, sinkende Profitraten und die darüber erzwungene Kündigung des fordistischen Klassenkompromisses werden nicht zum Gegenstand der Analyse.

Zum Ideologiegehalt der Neoklassik

Trotzdem gelingt es Zinn, die Krisenanalysen des ökonomischen Mainst-

reams (hohe Arbeitskosten, Innovationschwäche, Anforderungen einer sich naturwüchsig vollziehenden Globalisierung) einer fundierten Kritik zu unterziehen. Warum sind die Erklärungsmuster der Neoklassik aber trotz ihrer offensichtlichen Defizite hegemonial?

Zinn verweist darauf, daß volkswirtschaftliche Kreislaufprozesse nicht so leicht popularisierbar seien wie das Argument der Neoklassik, zu hohe Arbeitskosten verursachten Wettbewerbsnachteile. Zudem qualifiziert er die Neoklassik als Rechtfertigungsideologie zur Durchsetzung bestimmter Interessen. Beides reicht nicht aus, um die seit den 70er Jahren in der öffentlichen Debatte vollzogenen Ablösung des Keynesianismus durch die Neoklassik zu erklären. Zinn gibt einen entscheidenden Hinweis: „Ideologische Macht basiert nicht auf völlig weltfremden Dogmen, sondern muß [...] den Anschein einer realitätstüchtigen Weltdeutung erwecken. Dies ist nicht möglich, ohne der Wirklichkeit der Alltagserfahrungen angepaßt zu sein.“ (S.26) Allerdings wird dieser Gedanke nicht weiter ausgeführt. Dies wäre aber zentral, um die Popularität des Marktradikalismus zu begreifen.

Ansatzpunkte für ein Reformprogramm

Zinn greift, gegen den historische Gedächtnisverlust, auf Reformpositionen aus der Weimarer Republik zurück, um daraus ein Reformprogramm zu entwickeln. Zentrale Elemente für eine Politik der Vollbeschäftigung seien die Förderung der Wachstumsbranche Umweltschutz, die Ausweitung sozialer, kultureller und medizinischer Dienstleistungen und eine Kombination von Arbeitszeitpolitik und Nachfragestimulierung. Dies verlange eine „Rückkehr zum beschäftigungspolitischen und sozialstaatlichen Interventionismus.“ (113)

Auf dieses Programm wird sich die Linke einigen können, nicht aber auf Zinns Grundannahme: „Die reichen Volkswirtschaften werden sich also auf Stagnation einrichten müssen.“ (73) Für die marxistische Linke wird es darum gehen, die genannten Reformelemente zu nutzen, um Voraussetzungen für eine neue Phase beschleunigter Akkumulation zu schaffen, ohne in einen unreflektierten Wachstumsfetischismus zurückzufallen.

spw

Auf Zinns Programmvorschlage wird sich die Linke einigen können, nicht aber auf Zinns Grundannahme: „Die reichen Volkswirtschaften werden sich also auf Stagnation einrichten müssen.“

* Uwe Vorberg ist Diplom-Sozialwissenschaftler und arbeitet als Unternehmensberater in Berlin

Kaum hatten sich SPD und Grüne in den Koalitionsverhandlungen auf ein einigermaßen umfangreiches, in drei Stufen umzusetzendes Steuerreformkonzept verständigt, begannen die Bonner Lobbyisten ihr Werk und kritisierten jeweils diejenigen Punkte auf der sogenannten Giftliste, die ihre Klientel betreffen. Bereinigt man diese Liste um alles, was als untragbar, arbeitsplatzvernichtend etc. gegebelt worden ist, erhält man ein leeres Blatt. Lautes Wehklagen ist der Job der Lobbyisten. Sie wären schlechte Interessenvertreter, wenn sie dies nicht täten. Besorgt (vor allem über die Gegenfinanzierung der Steuerreform) müßte man sein, wenn alles ruhig bliebe.

Modern ist, was die Wirtschaftsverbände freut

Einigen selbsternannten Modernisierern in der neuen Koalition ist diese grundlegende Erkenntnis noch nicht gekommen. Ihr Credo lautet: Modern ist, was die Wirtschaftsverbände freut. Bereits erste kritische Stimmen aus dem Unternehmerlager haben nach Medienberichten in der SPD-Fraktion die Bildung einer ad-hoc-Arbeitsgruppe provoziert, deren Existenz von den mutmaßlich Beteiligten allerdings dementiert wurde. Immerhin, Erfolg hatte die Phantom-Arbeitsgruppe. So ist, auch mit grüner Unterstützung, die angeblich mittelstandsfeindliche Einschränkung des Verlustabzuges weitgehend vom Tisch. Das Zauberwort mittelstandsfeindlich ist überhaupt oberster Garant lobbyistischen Erfolges.

Natürlich reicht das den Wirtschaftsverbänden noch nicht. Diese kriegen den Hals bekanntlich nie voll. Nunmehr üben sie sich in Erpressung. Arbeitgeberpräsident Hundt stellt nun unter anderem als Bedingung für die Beteiligung am Bündnis für Arbeit, daß die „gigantische Mehrbelastung“ der Unternehmen durch die Steuerreform im Umfang von 35 Mrd. DM in den nächsten 4 Jahren (also unter 10 Mrd. DM im Jahr) vom Tisch komme. Er verschweigt die zehnmal gigantischeren Steuerentlastungen, die seiner Klientel unter Kohl zuteil wurden, ebenso wie die Entlastung, die die im vorausseilenden Gehorsam zahlos gemachte Öko-Steuer mit der komplementären Rentenbeitragsenkung den Unternehmen bringen wird. Auch dies können sich die Unternehmen noch schöner ausmalen, durch eine vollständige Freistellung des produzierenden Gewer-

bes. Als sozialdemokratisches Sprachrohr für dieses Ansinnen hat sich dankenswerterweise Wolfgang Clement zur Verfügung gestellt.

Pseudo-Reform bei den 620-DM-Jobs

In einem solchen Umfeld wollen natürlich auch andere ihre Interessen berücksichtigt sehen. Die Bauern, deren steuerliche Unversehrtheit sich der neue Landwirtschaftsminister angeblich zusichern ließ¹, und die gebeutelten Jahreswagenkäufer in der Automobilindustrie, ebenso wie die Bewohner von mit elektrischen Nachtspeicheröfen beheizten Wohnungen.²

Und dann zuletzt noch die Pseudo-Reform bei den 620-DM-Jobs: Das Ergebnis der Verhandlungen wird den Trend zu geringfügigen Arbeitsverhältnissen insgesamt nicht stoppen und allenfalls bei der Bekämpfung groben Mißbrauchs helfen. Fiskalisch ergibt sich im wesentlichen eine Umwidmung der bisherigen Pauschalsteuereinnahmen zugunsten der Sozialversicherungssysteme, mit der Möglichkeit für Beschäftigte, durch zusätzliche freiwillige Beiträge Rentenanwartschaften zu erwerben. Sozialpolitisch geringfügige Fortschritte, arbeitsmarktpolitisch Fehlzanzeige, steuer- und finanzpolitisch nicht zu verantworten.

Wie hieß es im Wahlprogramm so schön: „Nicht alles, was wünschbar wäre, ist auch finanzierbar.“ Gerade diejenigen, die diese Formel in die sozialdemokratische Programmatik gebracht haben, um allzu hohe Ansprüche an Sozialstaatlichkeit zu blockieren, kümmern sich nun bevorzugt um die Wünsche der Unternehmer, und unterlassen alles, was die finanzielle Basis in sozialverträglicher Weise verbessern könnte, damit ja nicht der Anschein einer Umverteilung von oben nach unten entsteht.

Ohne Umverteilung keine rot-grüne Reformpolitik

Wer diesen Anschein vermeidet, vermeidet allerdings auch den Anschein einer konsequenten rot-grünen Reformpolitik, denn diese kann man angesichts der Ausgangsposition von Umverteilung gar nicht trennen. Wer glaubt, nach ihrem Ausscheiden aus der Bundesregierung die FDP incognito vertreten zu müssen, bringt Rot-Grün wirklich nicht voran – vielleicht ja auch mit Absicht. Wenn es den vielzitierten Fehlstart der neuen Mehrheit gegeben hat, dann liegt das sicher

Die Modernisierer, der Fehlstart und das doppelte Desaster

von Burkhard Winsemann*

nicht an schlechten Koalitionsvereinbarungen, sondern an der übergroßen Bereitschaft einiger, sich durch weitgehend unbegründete Kritik und das sattsam bekannte Gejammer der Wirtschaftsverbände verunsichern und unter Druck setzen zu lassen. Wohlwollend könnte man zu der Auffassung kommen, daß die neue Rolle noch geübt werden muß.

Die im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Tarifsenkungen bei Einkommensteuer und Sozialversicherung beibehalten, aber die Gegenfinanzierung durch eine breitere Bemessungsgrundlage bzw. die Öko-Steuer zerstückeln, kann man nur um den Preis einer Erhöhung des Defizits. Bei sich nicht weiter verschlechternder Konjunktur ist dies aber nicht unbedingt angezeigt; und wenn deficit, dann sollte deficit spending, also Ausgabensteigerung für ein Öko-ZIP, und weniger deficit reuening, also Einnahmensenkung, im Vordergrund stehen.

Hinzu kommt, daß der in der Steuerpolitik eingelegte Rückwärtsgang eine andere Initiative auch nicht gerade voranbringen wird. Eine höhere Kreditaufnahme wird nicht dazu beitragen, die Europäische Zentralbank von der Notwendigkeit niedrigerer Zinsen zu überzeugen. So erreicht man statt der doppelten Dividende das doppelte Desaster: Weniger Einnahmen durch kleinstmütige Steuerpolitik und höhere Ausgaben durch unnötig hohe Zinsen. spw

Gerade diejenigen, die den Finanzierungsvorbehalt in die sozialdemokratische Programmatik gebracht haben, um allzu hohe Ansprüche an Sozialstaatlichkeit zu blockieren, kümmern sich nun bevorzugt um die Wünsche der Unternehmer.

1 Der Gesetzentwurf entspricht dem aber nicht vollständig.

2 Für Strom für Nachtspeicherheizungen gilt nur der halbe Steuersatz.

* Burkhard Winsemann ist wiss. Mitarbeiter von Detlev von Larcher MdB.

Postindustrieller Kapitalismus?

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Ralf Krämer und Joachim Schuster*

Wenn von Entwicklungsperspektiven der entwickelten Gesellschaften in den nächsten Jahrzehnten die Rede ist, fallen vor allem zwei Bezeichnungen: Dienstleistungsgesellschaft und Informationsgesellschaft. Wenngleich sie sich überschneiden, betonen diese beiden Begriffe doch unterschiedliche Aspekte und Tendenzen, denen jeweils strukturprägende

Dienstleistungsgesellschaft und Informationsgesellschaft müssen im Zusammenhang miteinander diskutiert werden, weil es um dieselben Gesellschaften und Zeiträume geht.

Kapitalismus in den hochentwickelten Zentren (und in der BRD im besonderen) in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts.

Der Heftschwerpunkt soll einen Überblick über die Entwicklungstendenzen geben und eine kritische Einordnung und Bewertung der aktuellen Diskussionen ermöglichen. Dabei werden ökonomische, soziale und ökologische Perspektiven analysiert sowie Probleme und Möglichkeiten gewerkschaftlicher und politischer Gestaltung der sich verändernden Verhältnisse wie auch Probleme der Klassenformierung und der politischen Formierung der Linken angesprochen.

Regulierungserfordernisse und -möglichkeiten

Im ersten Artikel des Schwerpunkts versuchen wir, durch die Behandlung einiger grundsätzlicher Fragen zur politischen Ökonomie der Dienstleistungen einen Rahmen abzustecken und die Bedeutung gesellschaftlicher Regulation und Gestaltung herauszuarbeiten. Tertiärisierung und Informatisierung der Produktion sind dabei nicht als Ablösung industrieller Produktion zu betrachten, sondern als komplementär dazu. Die damit verbundenen Chancen zunehmender Planmäßigkeit und erweiterter gesellschaftli-



cher Gebrauchswertorientierung werden sich nicht von alleine realisieren.

Michael Schwemmler setzt sich mit der möglichen Zukunft der Arbeit in der Informationsgesellschaft auseinander. Als zentrale Probleme diskutiert er die Rationalisierung, die Globalisierung, die Zersplitterung und die Flexibilisierung der Arbeit, daraus ergeben sich als Hauptaufgaben eine aktive Beschäftigungspolitik, Qualifizierungspolitik und eine Modernisierung des Arbeits- und Sozialrechts, für die Eckpunkte formuliert werden.

Ein spezifischer Aspekt sind die bisher überwiegend in „Schwarzarbeit“ verrichteten Haushaltsdienstleistungen. Petra Drohsel stellt das Modell der Dienstleistungsagenturen und -gutscheine als eine Möglichkeit dar, solche Tätigkeiten in sozialversicherte Arbeitsplätze zu transformieren und bei der öffentlichen Subventionierung dieses Sektors soziale Kriterien einzubringen.

Soziale Innovation gefordert

Mit der ökologischen Dimension des Übergangs zur Dienstleistungsgesellschaft befassen sich Arno Vogel und Christa Liedtke. Entgegen einiger Erwartungen bringt die Tertiärisierung im Selbstlauf keineswegs eine Verringerung der Umweltbelastungen mit sich. Dies wird nur gelingen, wenn gezielt die Durchsetzung öko-effizienter Dienstleistungen vorangetrieben wird. Dies ist keine technologische, sondern in erster Linie eine Frage veränderter Organisation, Produktions- und Konsummuster, also sozialer Innovation.

Abschließend betrachtet Rainer Rilling die Entwicklung des Internets zu einem Massenmedium und räumt dabei mit beliebten Illusionen über die egalisierende, dezentralisierende oder demokratisierende Wirkung des globalen Netzes auf. Geld und Macht und ihre Konzentration strukturieren zunehmend auch das Netzgeschehen. Auch hier sind von der Linken Gegenmacht- und Gestaltungsstrategien gefordert.

Wir haben in diesem Heft bei weitem nicht alle wichtigen Fragen abdecken können, Beiträge in folgenden Heften werden die Thematik fortsetzen. Wie üblich sind wir an kritischen Repliken zu den in spw veröffentlichten Texten interessiert. Daß uns die mit der Entwicklung zum „Dienstleistungs- und Informationskapitalismus“ verbundenen Probleme und Herausforderungen in Zukunft immer wieder beschäftigen werden, steht jedenfalls außer Frage.

spw

* Ralf Krämer, Dortmund, Sozialwissenschaftler, und Joachim Schuster, Bremen, Politikwissenschaftler, haben den Heftschwerpunkt für die spw-Redaktion betreut.

In jüngerer Zeit wird immer wieder die Förderung von Dienstleistungen als eine wesentliche beschäftigungspolitische Perspektive beschworen. Oberflächliche Vergleiche mit den USA fördern eine „Dienstleistungslücke“ zu Tage, die durch eine entsprechende politische Förderung geschlossen werden müsse. Dabei könnten angeblich mehrere Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden. Es stellt sich natürlich die Frage: Was ist dran an den positiven Beschwörungen des Übergangs zur Dienstleistungsgesellschaft? Sind die Beschäftigungserwartungen berechtigt?

Wir haben große Zweifel an den beschäftigungspolitischen Wunderwirkungen. U.E. liegt die Bedeutung des Übergangs zur Dienstleistungsgesellschaft nicht in der Reduzierung der Massenarbeitslosigkeit, sondern in den qualitativen Veränderungen der Produktions- und Lebensweise, die damit einhergehen. Hier bedarf es erheblicher gesellschaftlicher und politischen Regulation, wenn diese Entwicklung im Sinne eines ökologisch-sozialen Umbaus genutzt werden soll.

Im folgenden werden wir uns daher zunächst mit einigen ökonomischen Grundlagen der Entwicklung auseinandersetzen. Darauf aufbauend werden die skizzenhaft Gestaltungsanforderungen sowohl für die Kombination von Dienstleistungen und industrieller Produktion als auch für die Entwicklung personen- und haushaltsorientierter Dienste umreißen.

Was sind Dienstleistungen?

Der Begriff „Dienstleistung“ umfaßt 1. eine Arbeit bestimmten Typs und 2. das Resultat bzw. Produkt dieser Arbeit. Dienstleistungen sind zunächst negativ bestimmt, nämlich dergestalt, daß es sich nicht um materielle Produktion handelt, das Produkt der Tätigkeit kein eigenständiges materielles Ding ist, das als solches in den ökonomischen Austausch eingehen könnte. Es gibt nun verschiedene Bedingungen, unter denen Arbeit und ihre Produkte als Dienstleistungen betrachtet werden:

1. wenn die Arbeitsgegenstände Menschen oder die Gesellschaft sind, also bei personenbezogenen und bei sozialen Diensten, z.B. Pflege, medizinischen Leistungen, Erziehung, Unterricht, Kosmetik, Sport, Kultur, Unterhaltung, Beherbergung, Gaststätten, Wachdienste, Sozialarbeit, Politik;
2. wenn die Arbeitsgegenstände sich nicht (als Produktionsmittel) im Besitz des Produzenten, sondern der Käuferin oder des Konsumenten der Dienstleistung befinden, also bei haushaltsbezogenen Dienstleistungen, einem Teil der unternehmensbezogenen Dienstleistungen, Transportdienstleistungen, Reparaturdienstleistungen;
3. wenn im wesentlichen gar nicht materielle Objekte oder Produkte be- oder erarbeitet werden, sondern Informationen oder Eigentums- oder Nutzungsrechte bearbeitet oder ausgetauscht werden, also etwa bei Verwaltungs- und Organisationsdienstleistungen, Text- oder Software- oder Musik- oder (künstlerischer) Bild- oder Filmproduktion, Wissenschaft, Forschung und Entwicklung, Finanzdienstleistungen, Vermietung, Beratung, Werbung.¹

Ob eine Produktion als materielle oder als Dienstleistung zu betrachten ist, kommt immer darauf an, was der wesentliche Inhalt der Arbeit bzw. ihr wesentliches Produkt ist, und das hängt wiederum entscheidend von der Ausdifferenzierung der Arbeitsteilung und insb. der geistigen bzw. „Kopfarbeit“ von der „Handarbeit“ ab.

Wirtschaftliche Bedeutung und Strukturen des Dienstleistungsbereichs

Angaben über die Entwicklung des Dienstleistungsanteils an der Wirtschaft oder an der gesellschaftlichen Gesamtarbeit

Dienstleistungsgesellschaft als Herausforderung gesellschaftlicher Regulation

Zur politischen Ökonomie der Dienstleistungen

von Ralf Krämer und Joachim Schuster*

beit sind also immer mit Vorsicht zu betrachten, weil sie sowohl Veränderungen der Struktur der gesellschaftlichen Arbeit in materieller Hinsicht als auch in Hinsicht auf ihre ökonomisch-soziale Organisationsform ausdrücken können.

Insgesamt ist allerdings eine durchgängige Tendenz zur Steigerung des Dienstleistungsanteils festzustellen. Wie stark diese Steigerung ausfällt, hängt aber erheblich davon ab, was betrachtet wird: Produktionswert, Bruttowertschöpfung, Nettowertschöpfung, Arbeitsvolumen, Erwerbstätige, sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Im Dienstleistungsbereich ist insb. der Anteil von Teilzeit und geringfügiger Beschäftigung höher. In konstanten Preisen betrachtet ist das Wachstum des Dienstleistungsanteils weniger dynamisch.

Von großer Bedeutung ist die Differenzierung zwischen verschiedenen Sektoren und die Betrachtung ihrer unterschiedlichen Entwicklungsdynamiken und des Strukturwandels innerhalb des Dienstleistungssektors. Besonders stark ist das Wachstum der unternehmensbezogenen und der marktvermittelten personen- und haushaltsbezogenen Dienstleistungen.

Auf Basis dieser sektoralen Betrachtung wird etwa im Vergleich mit den USA, aber auch anderen OECD-Ländern eine Dienstleistungslücke für Deutschland festgestellt. In der Tat ist auf dieser Betrachtungsebene in Deutschland ein außergewöhnlich hoher Beschäftigungs- wie Wertschöpfungsanteil des Industriesektor zu verzeichnen.

Neben der sektoralen Betrachtung, kann aber auch eine funktionale, tätigkeitstypenbezogene Perspektive gewählt werden, die die Struktur der gesellschaftlichen Gesamtarbeit in Bezug auf die konkreten Tätigkeiten betrachtet. Problematisch ist dabei, daß manche „Dienstleistungstätigkeiten“ genauso gut oder besser als materielle Produktion betrachtet werden könnten (Reparieren, Maschinen einstellen und warten, Leiten von Produktions-

Eine Studie des DIW kommt zu dem Schluß, daß die Tätigkeitenstruktur in den USA und Deutschland weitgehend identisch sind, selbst bei den sogenannten wenig qualifizierten Dienstleistungen.

* Ralf Krämer, Dortmund, Sozialwissenschaftler; Dr. Joachim Schuster, Bremen, Institut für angewandte Sozial- und Politikwissenschaft. Beide gehören der spw-Redaktion an.

prozessen). Dabei kommt dann für Deutschland 1995 ein Anteil von 82,6% der Erwerbstätigen heraus, deren überwiegende Tätigkeit eine „Dienstleistung im weitesten Sinne“ ist (Mikrozensus April 1995). Wichtig ist dieses Vorgehen aber für die Beurteilung internationaler Vergleichszahlen zur Bereinigung um rein organisatorisch-formale Unterschiede, wie das DIW hervorhebt. Bei dieser Betrachtung relativiert sich die „Dienstleistungslücke“ in Deutschland. Eine Studie des DIW kommt zu dem Schluß, daß die Tätigkeitenstruktur in den USA und Deutschland

Die Spreizung der Einkommen ist also wesentlich nicht durch unterschiedliche Arbeitsproduktivitäten bestimmt, sondern durch gesellschaftliche Regulierungen, Traditionen und Kräfteverhältnisse.

weitgehend identisch sind, selbst bei den sogenannten wenig qualifizierten Dienstleistungen – zumal wenn die in vielen Statistiken nicht auftauchenden „geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse“ (620/520-DM-Jobs) einbezogen werden. (DIW 1997 und 1998) Die häufig ins Feld geführten Unterschiede sind also

vor allem ein Problem unterschiedlicher Statistiken.

Zur Produktivität von Dienstleistungen

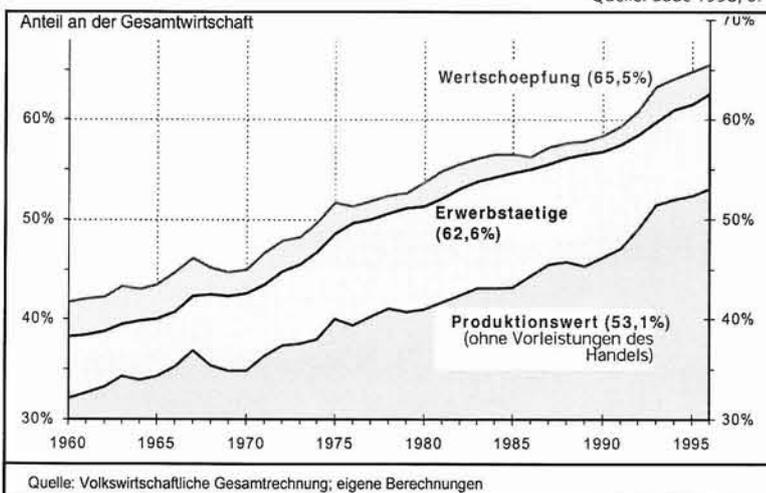
In der beschäftigungspolitischen Diskussion nimmt die Behauptung einen wesentlichen Stellenwert ein, daß viele Dienstleistungen wenig produktiv und deshalb niedrigere Löhne als in anderen Wirtschaftsbereichen angemessen und notwendig seien, um die Beschäftigung dort auszuweiten. Bei der Frage der Produktivität von Dienstleistungen geht es normalerweise um die Arbeitsproduktivität oder um die Erwerbstätigenproduktivität. Bei Produktivitätsvergleichen ist die Frage der Entwicklung im Zeitverlauf von der Frage des Vergleichs zwischen verschiedenen konkreten Arbeitstypen zu unterscheiden. Die erstere ist relativ unproblematisch zu lösen, solange es sich um gleiche Produkte handelt. In der Wirklichkeit ist dies aber keineswegs immer gegeben, vielmehr ist Produktivkraftentwicklung in der Regel auch mit qualitativer Veränderung der Produkte und mit neuen Produkten verbunden, so daß auch hier ein Produktivitätsvergleich nur eingeschränkt möglich ist. Ein direkter Vergleich der stofflichen/physischen Arbeitsproduktivitäten zwischen unterschiedlichen Produktionszweigen ist nicht möglich, weil die Zähler der Proportionen qualitativ unterschiedlich sind, qualitativ unterschiedliche Gebrauchswerte nicht quantitativ miteinander verglichen werden können.

Werden intersektorale Produktivitätsvergleiche vorgenommen, wird diese Problematik dadurch umgangen, daß im Zähler monetäre bzw. Wertgrößen eingesetzt werden, in der Regel die (Brutto-)Wertschöpfung. Tatsächlich verschiebt man auf diese Weise die Fragestellung dahin, wie sich die Marktpreise der verschiedenen Waren und Dienstleistungen und die bei ihrer Produktion entstehenden Einkommen unter den gegebenen (kapitalistischen) Bedingungen bilden.

Nimmt man die notwendigen Bereinigungen vor, bleibt es dabei, daß die Wertschöpfung wesentlich durch die Quantität der eingesetzten Arbeit bestimmt wird – es gibt eine starke Korrelation zwischen dem Arbeitsvolumen und der Nettowertschöpfung einer Branche, was man als empirischen Beleg der Arbeitswerttheorie betrachten kann. Wenn sich die Arbeitsproduktivität in einem Wirtschaftszweig nun überdurchschnittlich stark erhöht, führt dies nicht zu steigender Wertschöpfung, sondern zu relativ sinkenden Preisen dieser Produkte – je Produkteinheit sinkt die Wertschöpfung also. Was in der Tat beobachtet werden konnte, ist eine stärkere Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Industrie gegenüber den Dienstleistungen und infolgedessen eine relative Verteuerung der Dienstleistungen gegenüber den Industrieprodukten.

Die Ursachen für die relativ geringe und zurückbleibende „Produktivität“, eigentlich also geringe Wertschöpfung und Einkommen je Erwerbstätigen, in wesentlichen Dienstleistungsbereichen liegen also nicht in der Arbeitsproduktivität, sondern in gesellschaftlichen Bedingungen, die es den Arbeitenden in diesen Bereichen nicht ermöglichen, mit ihrer Arbeit ein angemessenes Einkommen zu erzielen. Konkret handelt es sich etwa um den niedrigen sozialen Status, die ungesicherten und häufig teilzeitigen Arbeitsbedingungen, niedrigen gewerkschaftlichen Organisationsgrad der Beschäftigten etc.. Zugrundeliegendes Hauptproblem ist im allgemeinen ein besonderes sektorales Überangebot insb. gering qualifizierter Arbeitskräfte unter Bedingungen von Massenarbeitslosigkeit, oft verbunden mit geschlechtsspezifischen und rassistischen Diskriminierungen. Die Spreizung der Einkommen zwischen verschiedenen Wirtschaftsbereichen und Beschäftigtengruppen innerhalb einer Gesellschaft ist also wesentlich nicht durch unterschiedliche Arbeitsproduktivitäten bestimmt, sondern durch gesellschaftliche Regulierungen, Traditionen und Kräfteverhältnisse. Dies wird an den ganz unterschiedlichen Strukturen und Ausmassen dieser Einkommensdifferenzen und ihrer Entwicklung zwischen verschiedenen Ländern, etwa USA im Vergleich zu Deutschland, deutlich.

Quelle: Bade 1998, S. 8



Werttheoretische Betrachtung

Neben der quantitativen Problematik gibt es die grundsätzliche Fragestellung nach der „Produktivität“ bzw. Wertschöpfungsfähigkeit von Dienstleistungen. Vielfach werden Dienstleistungen mehr oder weniger pauschal als „unproduktiv“ gegenüber den „produktiven“ Tätigkeiten in der materiellen Produktion betrachtet.

In der einfachsten Fassung werden Dienstleistungen deswegen als nicht wertschöpfend angesehen, weil Wert nur materiellen Dingen zugemessen wird, oft verbunden mit der Begründung, daß Dienstleistungen immer eine entsprechende materielle Produktion als ihre Basis voraussetzen, keine Gesellschaft nur von Dienstleistungen leben kann. Letzteres ist natürlich prinzipiell richtig, allerdings kann ebenso keine Gesellschaft nur aufgrund der Produktion im sekundären Sektor leben, sondern diese setzt entsprechende Primärproduktion (Agrarproduktion und Fi-

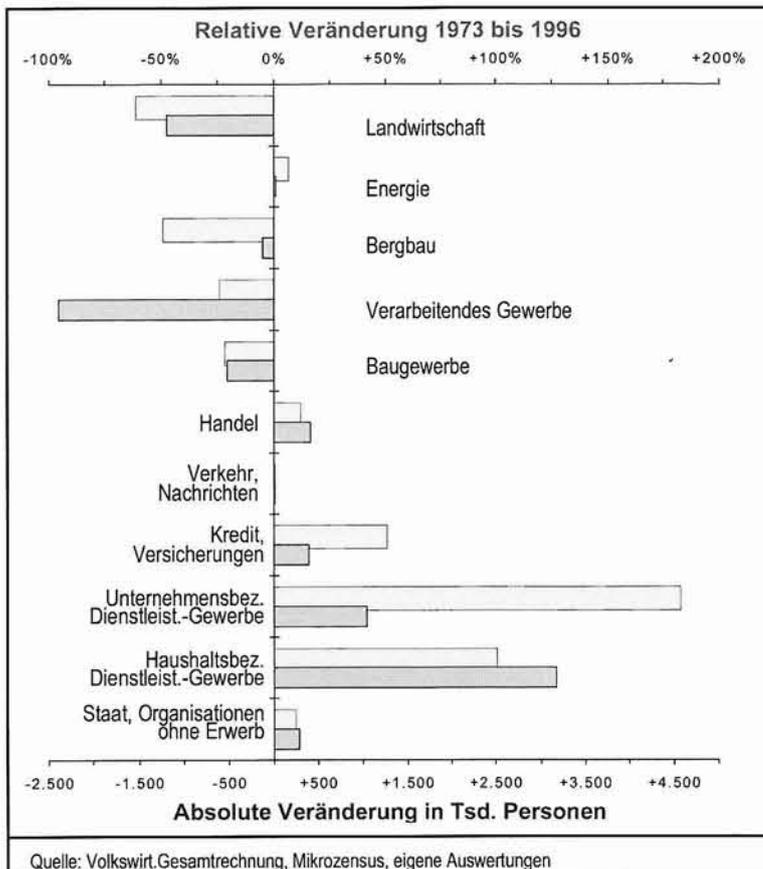
scherei, je nach Definition werden auch Bergbau und Energieerzeugung zum primären Sektor gezählt) voraus. Und ebenso wie die Entwicklung der industriellen Produktion die Basis für gewaltige Steigerungen der Produktivität der Primärproduktion war, so ist die Entwicklung qualifizierter Dienstleistungen die Basis für Produktivitätssteigerungen in der materiellen Produktion. So wie Marx (und andere) die mit der industriellen Revolution überholte bornierte physiokratische Sicht, daß nur Agrarproduktion produktiv sei, überwinden, ist heutzutage die Sicht, daß nur materielle Produktion produktiv sei, als borniert und überholt zu betrachten, als Ausdruck spezifischer Ideologie der in der materiellen Produktion tätigen.

In der Marx'schen Werttheorie wird die Problematik unter dem Gesichtspunkt ihrer spezifisch kapitalistischen Charakteristik betrachtet. Marx kommt es ausschließlich auf die gesellschaftliche Form und nicht auf den stofflichen Inhalt der Arbeit an oder darauf, ob die Arbeit zur Produktion von Gütern oder von Diensten verausgabt wird.² Zunächst erweitert er deshalb den Begriff der produktiven Arbeit für einen auf Kooperation beruhenden Arbeitsprozeß auf alle Tätigkeiten, die notwendige Bestandteile der Gesamtarbeit sind (vgl. MEW 23, S. 531), betrachtet sogar Leitungstätigkeit als „produktive Arbeit, die verrichtet werden muß in jeder kombinierten Produktionsweise“ (MEW 25, S. 397). Andererseits verengt er den Begriff der produktiven Arbeit, indem er ihn für die kapitalistische Produktion spezifiziert. Produktiv ist Arbeit hier nur dann, wenn sie Mehrwert für das Kapital produziert. Wenn dies gegeben ist, gelten auch Dienstleistungen als produktiv (vgl. MEW 23, S. 532). Diese Einengung spiegelt eine innerhalb des Kapitalismus dominante Sichtweise wider, sagt aber nichts über die gesamtwirtschaftliche Notwendigkeit oder gesellschaftliche Nützlichkeit dieser Arbeiten aus.

Gesamt- und regionalwirtschaftliche Bedeutung von Dienstleistungen

Bei einigen Diskussionen um die Frage, ob Dienstleistungen produktiv seien oder nicht, geht es aber in Wirklichkeit um etwas anderes, nämlich um die Rolle der Dienstleistungen für die wirtschaftliche Entwicklung einer Region oder eines Landes. Dabei kann nicht einfach eine – im wesentliche – einseitige Abhängigkeit der Dienstleistungssektoren von der materiellen Produktion unterstellt werden, sondern Ausgangspunkt müssen die Wechselbeziehungen und Verflechtungsstrukturen aller Produktions- und Dienstleistungsbereiche im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen oder regionalen Ökonomie sein, die einen funktionsfähigen Reproduktionszusammenhang bilden müssen. Dabei können nicht einfach einzelne Produktionsbereiche beliebig ausgeweitet werden, sondern es muß ein zahlungsfähiges gesellschaftliches Bedürfnis dafür bestehen oder gleichzeitig entwickelt werden, und es ist immer mit Rückwirkungen auf andere Produktionsbereiche verbunden – positiven durch Multiplikator- und Akzeleratorprozesse und negativen durch Substitution bzw. Verdrängung bisheriger Angebote. Dies gilt prinzipiell sowohl für Dienstleistungen wie für materielle Produktionen.

In der Regel bzw. gesamtwirtschaftlich besteht zwischen der Entwicklung der materiellen Produktion und der der Dienstleistungen ein positiver Zusammenhang, stärkeres Wachstum der materiellen Produktion ist mit stärkerem Wachstum der Dienstleistungen verbunden und umgekehrt, wobei das Wachstum der Dienstleistungen in den letzten Jahrzehnten über dem gesamtwirtschaftlichen lag und damit der Dienstleistungsanteil an der Gesamtwirt-



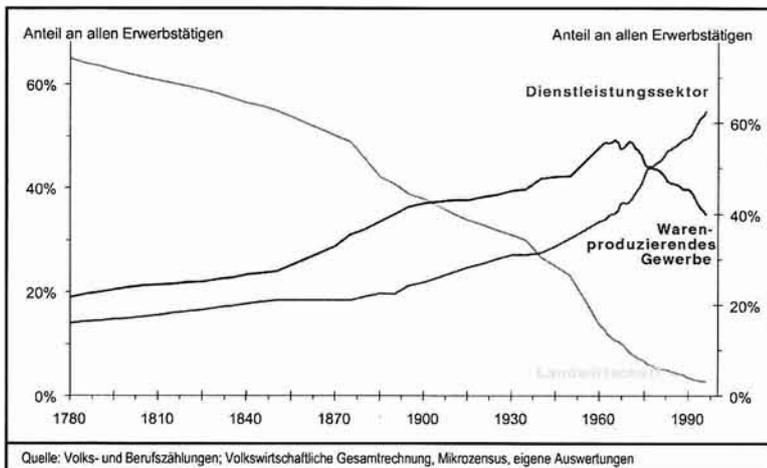
Quelle: Bade 1998, S. 9

schaft stieg. Ein großer und wachsender Teil der marktbestimmten Dienstleistungen sind Vorleistungen für die industrielle Produktion, aber insgesamt geht ein wesentlich höherer Anteil der Dienstleistungen in den privaten Verbrauch und als öffentliche Dienste in den Staatsverbrauch ein als bei der materiellen Produktion.

Dienstleistungen werden häufig als regional gebunden und von internationaler und überregionaler Verflechtung wenig berührt betrachtet. Dies ist nur zum Teil berechtigt. Zwar ist der Anteil der Vorleistungen am Produktionswert bei Dienstleistungen im allgemeinen deutlich niedriger als im Produzierenden Gewerbe, damit auch die importierten Vorleistungen im Verhältnis zur Wertschöpfung. Dienstleistungen werden auch in viel geringerem Maße als Güter exportiert. Allerdings steigt die relative Bedeutung des Exports und Imports von Dienstleistungen, die mittlerweile etwa ein Fünftel des Welthandels ausmachen, und wichtige Bereiche von Dienstleistungen werden zu erheblichen Anteilen exportiert. Von besonderer Bedeutung sind dabei Verkehrsdienstleistungen, Tourismus (Käufe von Ausländern im Inland werden als Export betrachtet), Patente und Lizenzen.

Im Inland gibt es weitere große Dienstleistungsbereiche, die nicht nur regionale Bedeutung haben: Freizeitdienstleistungen und Handel (insb. in Oberzentren), Gesundheitsdienste (insb. Heilbäder), Banken und Versicherungen, Wissenschaft (Hochschulen, Institute), EDV-Dienste und ganz wichtig überregionale Verwaltungs-

So wie früher die physiokratische Sicht, daß nur Agrarproduktion produktiv sei, ist heutzutage die Sicht, daß nur materielle Produktion produktiv sei, als borniert und überholt zu betrachten.



Quelle: Bade 1998, S. 1

und Leitungsfunktionen für den Staat (Bundes-, Landes- und Bezirksbehörden, Sozialversicherungen) und für große Unternehmen. All dies können ebenso wie materielle Produktionen Exportbissektoren einer regionalen oder sogar nationalen Ökonomie sein. Entscheidend ist, daß die Finanzmittel, mit denen die in diesen Sektoren produzierten Leistungen und insb. die dort erzielten Einkommen bezahlt werden, zu großen Teilen von außerhalb der Region zufließen, egal ob dies marktmäßig vermittelt ist oder ob staatlich überregional erhobene Abgaben in der jeweiligen Region verbraucht werden. Und all dies sind auch Sektoren, auf die sich ebenso wie auf Güterimporte Strategien regionaler Importsubstitution richten können.

Beschäftigungspolitische Bedeutung der Dienstleistungen im Strukturwandel

Bei der Abschätzung zukünftiger Entwicklung sind verschiedene Ansätze zu unterscheiden: bottom-up-Ansätze gehen von der Dynamik einzelner Dienstleistungen und Märkte aus, vernachlässigen aber ggf. gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge. Top-down-Ansätze gehen von den gesamtwirtschaftlichen Strukturen und Tendenzen aus,

sind aber im einzelnen nicht hinreichend fundiert und präzise. Es gibt Zwischenformen und Kombinationen dieser Ansätze, so differenziert Bade in mehrere Dienstleistungsteilsektoren und setzt deren Entwicklung in ein Verhältnis zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsdynamik.

Wachsende Dienstleistungsbeschäftigung wird danach nur begrenzt in der Lage sein, Beschäftigungsverluste in der materiellen Produktion zu kompensieren.

Eine Ursache des wachsenden Dienstleistungsanteils und der Hoffnung auf eine Kompensation von Arbeitsplatzverlusten in der Industrie durch wachsende Dienstleistungsbeschäftigung war bisher die geringere Rationalisierbarkeit dieser Tätigkeiten. Inzwischen mehren sich die Stimmen, die die Beschäftigungsperspektiven im Dienstleistungssektor erheblich skeptischer betrachten. Im Zusammenhang mit der Durchsetzung neuer Informations- und Kommunikationstechnologie in der Produktion aber auch im Alltag, werden erhebliche Arbeitsplatzgefährdungen durch Rationalisierung für wahrscheinlich gehalten. „Die

„Informationsgesellschaft“ hört keineswegs auf, „Arbeitsgesellschaft“ zu sein; sie wird aber verstärkt „Arbeitslosengesellschaft“.“ (Schmiede 1996, S. 538)

Rationalisierungsmöglichkeiten bestehen vor allem in Folge einer möglichen Optimierung der Produktionsketten und damit zusammenhängender Reduzierung einzelner Tätigkeiten. Gleichzeitig gelingt es mit den neuen Technologien, bisher für weitgehend nicht rationalisierbar gehaltene intellektuelle Tätigkeiten, etwa im Bereich kaufmännischer Tätigkeiten oder in der Logistik, in standardisierter Form zu automatisieren. Damit eröffnen sich in einem breiten Tätigkeitsbereich bisher nicht gekannte Rationalisierungsmöglichkeiten, deren Umsetzung bis heute erst am Anfang steht.

Eine interessante empirische Studie wurde dazu 1997 an der Universität Würzburg veröffentlicht (Vgl. Thome 1997). Das Forschungsteam hat versucht, die Rationalisierungspotentiale durch den Einsatz integrierter Informationsverarbeitung in verschiedenen Branchen mittels einer Analyse der jeweiligen Geschäftsprozesse abzuschätzen.

Die Ergebnisse der Studie offenbaren erhebliche Rationalisierungspotentiale. Nun darf nicht der Schluß gezogen werden, daß nun zwangsläufig ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit und eine Verringerung der Beschäftigtenzahl im Dienstleistungsbereich eintreten wird. Bei der vorliegenden Modellrechnung wurde die Annahme zugrunde gelegt, daß die Rationalisierungspotentiale mittelfristig umgesetzt werden. Dies muß keineswegs der Fall sein. Die Veränderungen der Arbeitsabläufe in den einzelnen Branchen und Unternehmen sind Gegenstand der Auseinandersetzungen zwischen der betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertretung und den Arbeitgebern. Zudem sind bei der Modellrechnung keine Sekundäreffekte berücksichtigt. Rationalisierungen könnten über Kostensenkung Wachstum induzieren, welches wiederum den Beschäftigtenstand steigern könnte. Schließlich sind keine positiven Beschäftigungseffekte, die in Branchen der Informationstechnik und -verarbeitung entstehen dürften, gegengerechnet.

Allerdings verweisen die Zahlen auf den Umstrukturierungsbedarf vieler Dienstleistungsbranchen. Damit wird es vollends absurd, den Dienstleistungssektor unhinterfragt als Beschäftigungswunder hochzuloben. Entscheidend ist vielmehr, die positiven wie negative Potentiale

Dienstleistungen werden häufig als regional gebunden und von internationaler oder überregionaler Verflechtung kaum berührt betrachtet. Dies ist nur zum Teil berechtigt.

Rationalisierungspotentiale bei Dienstleistungen		
Bereich	Statistisch insgesamt betroffene Beschäftigte	Kumulierte Zahl der einzusparenden Arbeitsplätze durch Einführung integrierter Informationsverarbeitung
Banken	772.000	474.000
Beratung / Überprüfung	844.000	293.000
Bildungswesen	914.000	249.000
Büroberufe	1.465.000	806.000
Gesundheitswesen	839.000	294.000
Handel	3.382.000	1.727.000
Öffentliche Verwaltung	2.604.000	1.200.000
Planung	194.000	64.000
Reinigung	835.000	138.000
Sonstige	1.609.000	304.000
Transport / Logistik	897.000	667.000
Vermietung	236.000	118.000
Versicherungen	660.000	390.000
Werbung	80.000	15.000
Summe	15.331.000	6.739.000

Thome 1997, S. 125

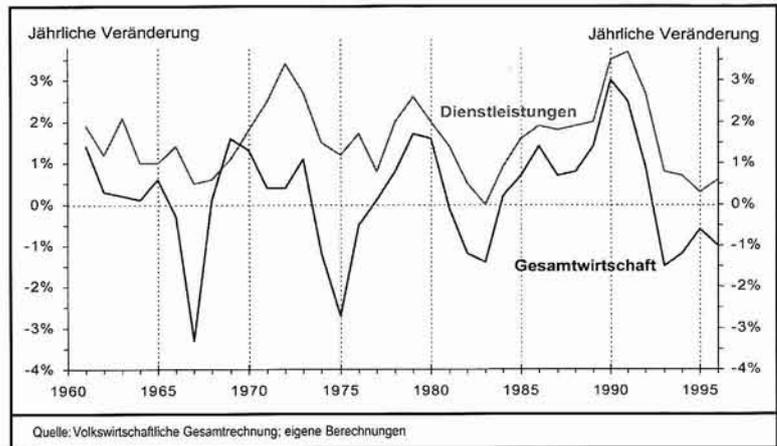
der Dienstleistungsbranchen zu erkennen und darauf einzuwirken.

Dienstleistungen – zentrales Element im Übergang zur Problemlösungswirtschaft

Das zur Zeit am dynamischsten wachsende Dienstleistungssegment sind die unternehmensorientierten Dienstleistung. Hierin kommt eine immer tiefergehende Verflechtung zwischen einer bestimmten Art von Dienstleistungen und industriellen Produktionsprozessen zum Ausdruck. Ein weiterer Indikator zur Messung der gegenseitigen Verflechtung und Abhängigkeit sind die Vorleistungsbeziehungen zwischen beiden Sektoren. Hier zeigt sich, daß der industrielle Sektor erheblich mehr Vorleistungen aus dem Dienstleistungsbereich bezieht, als er selbst dorthin abgibt. Werden beide Bereiche – industrieller Sektor plus Vorleistungen aus dem Dienstleistungssektor für den industriellen Bereich – zusammen betrachtet, relativiert sich die gängige These von der schleichenden Deindustrialisierung in Deutschland. „Der Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung, den dieser Sektor allein und zusammen anderen Sektoren im Vorleistungsverbund erwirtschaftet, ist in den letzten 20 Jahren nahezu konstant geblieben.“ (Grömling/Lichtblau/Weber 1998, S. 406)

Unstrittig ist gerade auch angesichts der empirischen Befunde, daß der Dienstleistungssektor für die materielle Produktion in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen hat. Hierin spiegelt sich einerseits eine Vertiefung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Dienstleistungen, die vormals im normalen Produktionsprozeß mit erbracht wurden, werden spezialisiert und ausgelagert (Outsourcing). Im Ergebnis zeigen sich zuvor nicht als solche erfaßte Dienstleistungen in den amtlichen Statistiken. Andererseits ist die verstärkte Verbindung von Dienstleistung und industrieller Produktion auch Ausdruck eines veränderten Kundenverhaltens und gestiegener Ansprüche. Gekauft werden nicht mehr nur bestimmte materielle Produkte, sondern gleichzeitig deren spezifische Aufbereitung bzw. spätere Wartung etc.. Nur Firmen, die in der Lage sind, ein Produkt zusammen mit den dazugehörigen Dienstleistungen anzubieten, kommen auf Dauer zum Zuge. Inzwischen wird allgemein von einer Verbreiterung dieses Wandels ausgegangen: „Die Produktion wird zwar weiter von Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland sein. Für die Wettbewerbssicherung der deutschen Wirtschaft kommt es im güterproduzierenden Sektor aber darauf an, möglichst schnell und effizient diesen Wandel von der reinen Produktfertigung zur integrierten Produkt- und Dienstleistungserbringung zu vollbringen.“ (Bullinger 1998, S. 39)

Tendenziell erhält mit dieser Entwicklung eine umfassendere Gebrauchswertorientierung Einzug in die Produktion. Es werden nicht mehr nur einzelne Güter hergestellt, die von irgendwelchen Käufern dann auf die unterschiedlichste Art und Weise verbraucht bzw. eingesetzt werden. Der Käufer formuliert bestimmte Anforderungen, die über das eigentliche Produkt hinausweisen, und sich am Bestimmungszweck des Produktes orientieren und dieses in einer spezifischen Weise prägen. In dieser Entwicklung liegen erhebliche positive Potentiale für einen sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft. Letztlich geht es „nicht nur um eine Debatte zur Komplementarität von Produkten und Dienstleistungen ..., sondern vielmehr um einen Wechsel der Paradigmen und um eine intelligente Verknüpfung von Industrie, Dienstleistung und Wissen.“ (Bullinger 1998, S.10)



Quelle: Bade 1998, S. 17

Eine derartige neue ‚intelligente Verknüpfung‘ bedeutet nichts anderes als eine Zunahme von Planmäßigkeit im gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozeß. Vor diesem Hintergrund ist entscheidend, an welchen Kriterien derartige Planungsprozesse ausgerichtet sind und welche Akteure und damit auch welche Interessen diese bestimmen. So bietet sich etwa unter bestimmten Bedingungen die Chance zur Steigerung der Öko-Effizienz, etwa wenn nicht nur einzelne Produkte – wie das Auto –, sondern ein bestimmter Nutzen – wie etwa Mobilität – angeboten und verkauft wird. (Vgl. dazu den Beitrag von Vogel/Liedtke in diesem Heft.) Umgekehrt steigt natürlich auch die Gefahr gesellschaftlicher Fehlentwicklungen und erheblicher Fehlinvestitionen. Bestrebungen zur Verbesserung von Mobilität gehen heute beispielsweise eher dahin, durch satellitengestützte Leitsysteme die Stauumgehung zu ermöglichen, statt durch den Ausbau alternativer Verkehrsträger bzw. die intelligente Vernetzung verschiedener Verkehrsträger insgesamt den umweltschädlichen motorisierten Individualverkehr zurückzudrängen.

In den Mittelpunkt wirtschaftlichen Handelns muß die Problemlösung entlang sozialer und ökologischer Bedarfserfelder treten. Hier eröffnet sich ein weites Feld gesellschaftlicher Regulation, wobei es auf einen integrierten Einsatz vielfältiger staatlicher Mittel ankommt, von der Schaffung günstiger Angebotsbedingungen für die Etablierung im

Quelle: Bade 1998, S. 18



Sinne einer derartigen „Problemlösungswirtschaft“ innovativer Unternehmen, über die Moderation unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen und durch die staatliche Rahmensetzung in Form von Auflagen sowie Ge- und Verboten bis hin zur Förderung und Schaffung produktbezogener und gesamtwirtschaftlicher Nachfrage.

Personen- und haushaltsorientierte Dienstleistungen

Die Tertiärisierung der Volkswirtschaft ist in den letzten beiden Jahrzehnten nicht primär auf den Ausbau wirtschaftsnaher Dienstleistungen zurückzuführen, sondern vor allem ein Resultat des Anwachsens der personen- und haushaltsorientierten Dienstleistungen – häufig auch als konsumorientierte oder soziale Dienstleistungen tituliert. Gemeint sind damit Dienstleistungen, die direkt von Personen bzw. Haushalten konsumiert werden, etwa Bildung, Gesundheitsdienste, Freizeitdienste. Dienstleistungen dieser Art sind relativ personalintensiv, für sie gilt am ehesten das als für Dienstleistungen charakteristisch erklärte – keineswegs aber immer zutreffende – uno-actu-Prinzip, nach dem Produktion und Konsum solcher Dienste zeitlich und örtlich zusammenfallen. Dies schränkt Rationalisierungsmöglichkeiten erheblich ein. Der Ausbau gerade dieses Dienstleistungsbereiches ist zum einen auf eine erhebliche Wohlstandssteigerung weicher Teile der Bevölkerung zurückzuführen, die nun in der Lage sind, bestimmte Dienste nachzufragen. Zum anderen stehen sie in engem Kontext mit der veränderten demographischen Struktur der Bevölkerung und veränderten Lebensweisen. Viele Tätigkeiten, die früher innerhalb von Familien erledigt wurden, müssen heute gesellschaftlich im Rahmen des öffentlichen Dienstes oder privatwirtschaftlich organisiert werden.

In den verschiedenen Staaten haben sich unterschiedliche Modelle der Organisation und Finanzierung dieses Segmentes herausgebildet. Folgt man Häußermann und Siebel, lassen sich drei Modelle identifizieren. Diese „unterscheiden sich darin, a) in welcher Form Dienstleistungen bereitgestellt werden und b) wie diese finanziert werden; daraus ergeben sich c) unterschiedliche Nebenfolgen bzw. Konflikte, die für das jeweilige Modell als typisch gelten können.“ (Häußermann/Siebel 1995, S. 65)

Sie unterscheiden erstens das schwedische Modell des integrierten Sozialstaates, in dem die Leistungen steuerfinanziert und fast ausschließlich als öffentliche Dienstleistung erbracht werden, zweitens das amerikanische Modell der integrierten Marktwirtschaft, in der soziale Dienstleistungen überwiegend privat erbracht und auch finanziert werden mit der Nebenfolge einer erheblichen sozialen Spaltung der Gesellschaft, sowie dritten den desintegrierten Sozialstaat in der Bundesrepublik, für den eine spezifische Mischung aus öffentlicher/steuerfinanzierter, selbstverwalteter/versicherungsfinanzierter und privater Leistungserbringung charakteristisch ist.

Unter dem Druck von Finanzierungsproblemen bei den Sozialversicherungen, die allerdings weniger auf strukturelle Systemmängel, sondern vor allem auf das Problem der Massenarbeitslosigkeit zurückzuführen sind, und der beschäftigungspolitischen Hoffnung, in Bereichen niedrigqualifizierter Arbeit erhebliche beschäftigungspolitische Potentiale erschließen zu können, gerät das bundesdeut-

sche Modell der Dienstleistungsgesellschaft unter erheblichen Veränderungsdruck. Von neoliberaler Seite, aber auch weit hinein in grüne oder sozialdemokratische Reihen wird die Schaffung eines mehr oder weniger stark staatlich alimentierten Niedriglohnssektors gefordert. Im Prinzip läuft das auf eine Übernahme von Teilen des amerikanischen Modells hinaus, in dem sich Reiche und der gut situierte Mittelstand Dienstleistungen kaufen können, die ausgegrenzte und benachteiligte Bevölkerungsgruppen zu Niedriglöhnen erbringen müssen, ohne daß diese sich dadurch eine eigenständige, auf Dauer sozial zumutbare Lebensperspektive erarbeiten können.

Wird ein derartiger Niedriglohnssektor nach amerikanischen Vorbild abgelehnt, dennoch aber die Auffassung vertreten, daß wesentliche Teile der in Rede stehende Dienstleistungen zu erschwinglichen Preisen für die breite Masse der Bevölkerung angeboten werden sollen, führt kein Weg an einer öffentlichen Subventionierung oder Finanzierung vorbei. „Wer in bestimmten Bereichen gesellschaftliche Grundbedürfnisse außerhalb von Marktpreisen anbieten will, sollte beim direkten Weg staatlicher Zuschüsse bleiben. Dieser Weg ist effizienter, dem Wert der Arbeit angemessener und ehrlicher als eine Pseudomarktwirtschaft über subventionierte Niedrigeinkommen.“ (Wiethold 1998, S. 39)

An dieser Stelle überschneiden sich die Debatten über die Förderung der Dienstleistungsgesellschaft und die Schaffung bzw. Förderung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors. Öffentlich geförderte Beschäftigung bezieht sich vor allem auf ökologische, soziale und kulturelle Bedarfsfelder, die bisher nicht privat erschlossen wurden, weil dafür kein marktgängiger Bedarf vorhanden war. Dabei handelt es sich zum überwiegenden Teil um Dienstleistungen und weniger um materielle Produktion. Die Etablierung eines solchen Sektors wird nur dann gelingen, wenn auch hier eine stärkere Ausrichtung an sozialen und ökologischen Bedarfen durchgesetzt werden kann und wenn die Bereitschaft besteht, notwendige staatliche Regulierungsleistungen zu entwickeln. Dabei geht es nicht um einen einfachen Ausbau des öffentlichen Dienstes. Im Gegenteil, die Durchsetzung und Organisation eines dauerhaft geförderten öffentlichen Beschäftigungssektors erfordert vielfältige Innovationen in der staatlichen Regulation. (Vgl. Crossover 1998 sowie die Beiträge in der Rubrik „Crossover-Debatte“ in diesem Heft.)

Fazit

Die Perspektive des Überganges in eine Dienstleistungsgesellschaft wird zur Zeit unter falschen Vorzeichen geführt. Ein Beschäftigungswunder ist nicht zu erwarten, auch wenn sicherlich einige Bereiche expandieren werden, dafür aber auch andere – zum Teil erheblich – schrumpfen werden. Auch in der Dienstleistungsgesellschaft wird es Strukturwandel geben. Ebenso ist es unsinnig, den Dienstleistungssektor gegen die Industrie auszuspielen. Wie nach wie vor der primäre Sektor ein unverzichtbarer Bestandteil der Volkswirtschaft ist, wird dies auch weiter für den Industriesektor gelten. Es kommt auf die Kombination der Sektoren an.

Die Bedeutungszunahme unterschiedlicher Dienstleistungstätigkeiten wird aber vor allem zu einem qualitativen Wandel der Wirtschaft und Gesellschaft führen. Die Entwicklung ist Ausdruck einer weiteren Vergesellschaftung der Produktion, wenn auch unter kapitalistischen Vorzeichen. Es kommt darauf an, in diesem Kontext eine viel stär-

Eine neue ‚intelligente Verknüpfung‘ von Industrie und Dienstleistungen bedeutet nichts anderes als eine Zunahme von Planmäßigkeit im gesellschaftlichen Produktionsprozeß.

kere Orientierung an ökologischen und sozialen Bedarfen durchzusetzen. Hier ergeben sich Gestaltungschancen, die im Sinne eines ökologisch-sozialen Umbaus genutzt werden können.

Chancen setzen sich nicht von alleine um. Die Debatte um die Dienstleistungsgesellschaft sollte genutzt werden zu einer Debatte über die qualitativen Anforderungen an wirtschaftliche Tätigkeit sowie einer partiellen Neubestimmung und Ausdehnung gesellschaftlicher und staatlicher Regulation. Die Perspektive besteht darin, eine neue (gegenüber den drei bei Häußermann/Siebel genannten) Variante sozial-ökologisch zukunftsfähiger (Dienstleistungs-) Gesellschaft zu gestalten, die existenzsichernde und sozial abgesicherte Arbeit für alle ermöglicht und soziale Dienstleistungen entsprechend den gesellschaftlichen und individuellen Bedürfnissen organisiert und dabei gesellschaftlich bedingte Ungleichheit zwischen sozialen Gruppen und zwischen den Geschlechtern abbaut (statt sie zu vergrößern). Die Durchsetzung weitreichender Arbeitszeitverkürzungen wird dabei unverzichtbar sein.

spw

Literatur:

Franz-Josef Bade (1998): Perspektiven der Beschäftigung im Dienstleistungssektor, Institut für Raumplanung an der Universität Dortmund, Arbeitspapier 161. Im Internet unter <http://rwp.raumplanung.uni-dortmund.de/ap161.pdf>
 Bullinger, Hans-Jörg (Hrsg.) (1998): Dienstleistung 2000plus – Zukunftsreport Dienstleistungen in Deutschland, Fraunhofer IRB Verlag, Stuttgart
 Crossover (1998): 3. Sektor und integrierte Arbeits- und Gewerbeförderung, in: spw 4/98
 DIW (1997): Rückstand beim Anteil der Dienstleistungstätigkeiten aufgeholt. Ein deutsch-amerikanischer Vergleich anhand von Haushaltsbefragungen, in: DIW Wochenbericht Nr. 34
 DIW (1998): Das Dienstleistungs-Puzzle: Ein aktualisierter deutsch-amerikanischer Vergleich, in: DIW Wochenbericht Nr. 35
 Grömling, Michael / Karl Lichtblau / Alexander Weber (1998): Industrie und Dienstleistungen im Zeitalter der Globalisierung, Deutscher Instituts-Verlag, Köln
 Häußermann, Hartmut / Walter Siebel (1995) Dienstleistungsgesellschaften, edition Suhrkamp, Frankfurt a.M.

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



MEW 23: Marx-Engels-Werke Bd. 23 (Karl Marx: Das Kapital I), Berlin 1962
 MEW 25: Marx-Engels-Werke Bd. 25 (Karl Marx: Das Kapital III), Berlin 1964
 Schmiede, Rudi (1996): Informatisierung und gesellschaftliche Arbeit – Strukturveränderungen von Arbeit und Gesellschaft, in: WSI-Mitteilungen, Heft 9
 Thome, Rainer (1997): Arbeit ohne Zukunft?, Verlag Vahlen, München
 Wiethold, Franziska (1998): Hoffnungsträger Dienstleistungssektor – Über Niedrigentgelte zu mehr Arbeitsplätzen? in: WSI-Mitteilungen, Heft 1

¹ Diese Bestimmung unterscheidet sich von den üblichen, vgl. etwa Bade, S. 2-5. Sie trifft auch auf den Handel zu, wenn man bedenkt, daß dessen wesentliche Leistung nicht das materiellen Operieren mit den Waren ist, sondern das Herbeiführen des Eigentümerwechsels.
² Marx betrachtet allerdings kaufmännische Arbeiten grundsätzlich als unproduktiv, weil sie für die kapitalistische Produktion insgesamt nur Unkosten darstellten. Diese Auffassung halten wir für wissenschaftlich nicht haltbar, eine genauere Auseinandersetzung ist hier aus Platzgründen nicht möglich.

Niemand zweifelt heute noch daran, daß sich „in den Industriestaaten gegenwärtig ein grundlegender Wandel vollzieht, der in seinen Wirkungen vergleichbar mit dem Übergang von der Agrargesellschaft zur Industriegesellschaft im letzten Jahrhundert ist.“¹ Allerdings ist diese weithin akzeptierte Analyse, die ja nicht weniger als den totalen Umbruch unseres gesamten gesellschaftlichen und ökonomischen Gefüges behauptet, bisher dort in bloßer Rhetorik steckengeblieben, wo es um die Konsequenzen der „digitalen Revolution“ für die Arbeitswelt geht. In den meisten politisch-programmatischen Texten zur Informationsgesellschaft wird das Thema „Arbeit“ allenfalls am Rande erwähnt und mit wenigen Sätzen – in der Regel zu den Entwicklungsperspektiven und -hemmnissen der Telearbeit – abgetan. Ein umfassendes politisches Projekt zur „Zukunft der Arbeit in der Informationsgesellschaft“ ist nirgendwo zu erkennen, obwohl längst klar sein mußte, daß die Arbeitswelt vor tiefgreifenden Umbrüchen steht, zu deren Bewältigung die vorhandenen Regulierungsmechanismen und -institutionen nicht ausreichen werden.²

Vor allem vier große, miteinander verwobene und sich wechselseitig beeinflussende Trends sind es, die die eta-

Zukunft der Arbeit in der Informationsgesellschaft

von Michael Schwemmlé*

bierten Strukturen der „industriegesellschaftlich“ geprägten Arbeitswelt ins Wanken bringen:

- die forcierte *Rationalisierung* von Arbeit, die Szenarien einer „Informationsgesellschaft ohne Arbeit“ vorstellbar werden läßt;
- die beschleunigte *Globalisierung* von Arbeit, die bis dato ohne weltweit wirksame Regulierung geblieben ist;

* Michael Schwemmlé, INPUT Consulting GmbH, Stuttgart

- die räumliche und soziale *Zersplitterung* von Arbeit, die die Bedeutung des Betriebs als Gravitationszentrum der Arbeitswelt zunehmend reduziert;
- die erleichterte *Flexibilisierung* von Arbeit, die das herkömmliche Normalarbeitsverhältnis in eine Vielzahl neuer, zum Teil prekärer Arbeitsformen zerlegt.

Natürlich wurzeln diese Trends nicht alleine in den technischen Veränderungen – Digitalisierung, Datenkompression, Vernetzung, Multimedia –, die gemeinhin zur Charakterisierung des informationsgesellschaftlichen Wandels herangezogen werden. Das neu erschlossene technische Potential ermöglicht, verstärkt und beschleunigt vielmehr bereits im Gang befindliche sozioökonomische Entwicklungen und macht diese so zum Teil erst real wirksam. Die neuen IuK-Techniken sind in diesem Sinne klassische „enabling technologies“ – gestaltungsoffen und gestaltungsbedürftig.

Rationalisierung – Informationsgesellschaft ohne Arbeit?

Die Frage, wie die Beschäftigungsbilanz von Multimedia und Datenautobahnen ausfallen wird, ist die am schwierigsten zu beantwortende und – angesichts weltweit grassierender Massenarbeitslosigkeit – zugleich brisanteste, die sich in Perspektive auf die Informationsgesellschaft stellt. Die in der ersten Multimedia-Euphorie gehandelten obskure Prognosen von Millionen neuer Arbeitsplätzen sind längst vom Tisch. Heute lassen sich drei unterschiedliche Positionen in der Diskussion ausmachen: Ratlosigkeit zum einen, ein äußerst verhaltener, auf ein Ergebnis von „Plus-Minus-Null“ hoffender Optimismus zum zweiten und bedrückende Szenarien von einem „Ende der Arbeit“ zum dritten.³

Ratlosigkeit kennzeichnet z.B. ein Gutachten, das das ifo Institut für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft erstellt hat. Die Schlußfolgerung des 155-Seiten-Werks lautet, daß sich „weder die Enthusiasten noch die Skeptiker bislang auf zuverlässige Quantifizierungen der zukünftigen Auswirkungen der Informationsgesellschaft auf die Beschäftigung stützen können.“ Verdienstvollerweise machen die ifo-Forscher auf erhebliche methodische Probleme bei der Bezifferung von Beschäftigungsfolgen der Informationsgesellschaft aufmerksam, die „sich nur durch kontinuierliche Forschung und durch die Zusammenfassung unterschiedlicher Forschungsansätze angemessen untersuchen“ ließen.⁴

Begrenzt optimistisch – wenngleich eher im Sinne einer langfristig möglichen Stabilisierung von Beschäftigung

denn in der Hoffnung auf relevante Arbeitsplatzzuwächse – äußert sich eine zweite Gruppe von Prognostikern. Kurz- und mittelfristig dominieren allerdings auch nach deren Analysen die Rationalisierungseffekte. So kommt z.B. Arthur D. Little in einer für das Bundes-

ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie gefertigten Studie, die positive und negative Beschäftigungseffekte für Deutschland zu saldieren versucht, zu dem Ergebnis, „daß TIME-Technologien (Telekommunikation, Information, Medien, Elektronik; d.Verf.) erst nach dem Jahr 2000 den Arbeitsplatzabbau auffangen können. ... In Anwenderbranchen ist bis zum Jahr 2000 per Saldo mit einem Beschäftigungsrückgang um ca. 760.000 Arbeitsplätze durch Rationalisierung und Verlagerung zu rechnen. Im Saldo werden TIME-Anwendungen in diesem Zeitraum zum Arbeitsplatzabbau mit ca. 14.000

Arbeitsplätzen beitragen; die Rationalisierungswirkungen durch TIME-Anwendungen übersteigen TIME-bedingte neue Arbeitsplätze in den Anwenderindustrien.“⁵

Vor dem Hintergrund ständiger Arbeitsplatzverluste selbst in den TIME-Branchen wird das Feld mehr und mehr von den ausgeprägten Skeptikern beherrscht. Jeremy Rifkin sieht im Blick auf die Ausbreitung der neuen IuK-Techniken „das Ende der Arbeit“ bevorstehen: „Das Informationszeitalter hat begonnen, und dank immer leistungsfähigerer Computerprogramme werden wir schon bald in einer Welt ohne Arbeit leben. Ob im Agrarsektor, in der Industrie oder im Dienstleistungsbereich – überall in der Wirtschaft wird automatisiert, überall wird menschliche Arbeitskraft durch maschinelle ersetzt. ... Das Verschwinden fester Arbeitsverhältnisse wird zum drängendsten sozialen Problem des nächsten Jahrhunderts werden.“⁶ Auch Ulrich Beck hat dieser These Nachdruck verliehen: „Der Kapitalismus schafft die Arbeit ab. Arbeitslosigkeit ist kein Randschicksal mehr, sie betrifft potentiell alle – und die Demokratie als Lebensform.“⁷ Und Hans-Peter Martin und Harald Schumann gehen davon aus, daß „20 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung ... im kommenden Jahrhundert ausreichen (würden), um die Weltwirtschaft in Schwung zu halten.“⁸

Selbst wenn die letztgenannten Prognosen überzeichnet sein sollten, so kristallisiert sich angesichts der radikalen „downsizing“-Strategien in nahezu sämtlichen Sektoren und Branchen der Volkswirtschaft immer mehr die ernüchternde Erkenntnis heraus, daß IuK-Techniken in absehbarer Zukunft deutlich mehr Arbeitsplätze kosten als generieren werden. Sämtliche Hoffnungen auf den „Jobknüller Multimedia“ sind verflogen. Die Massenarbeitslosigkeit wird sich allein durch einen forcierten technischen Wandel weder beseitigen noch entschärfen lassen, sie wird vielmehr zunehmen und – unterbleiben wirksame Gegenmaßnahmen – den Anteil der „Entbehrlichen der Arbeitsgesellschaft“⁹ in Größenordnungen steigen lassen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie existentiell gefährden. Deshalb sind koordinierte beschäftigungspolitische Initiativen im nationalen und im europäischen Rahmen notwendiger denn je:

- zur Umverteilung von Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung in allen Formen,
- zur Umsetzung von arbeitsplatzfördernden Innovations- und Investitionsprojekten, wie sie z.B. das Delors-Weißbuch der Europäischen Kommission vorsieht,
- zur Einführung beschäftigungsfreundlicher und gesellschaftlich sinnvoller IuK-Anwendungen im Bildungswesen, in der öffentlichen Verwaltung, in der Betreuung von behinderten Menschen, in der Gesundheitsvorsorge,
- zur berufsvorbereitenden und berufsbegleitenden Qualifizierung für neue berufliche Anforderungen und auch
- zur Verbesserung der Datenbasis und der Prognosekapazitäten auf dem Feld der Quantifizierung von Beschäftigungseffekten neuer IuK-Techniken, um auf der Basis verlässlicherer Vorhersagen arbeitsplatzfördernde Optionen besser erkennen und beschäftigungspolitische Interventionen präziser plazieren zu können.

Globalisierung – weltweite Arbeitsmärkte ohne Regulierung?

Ein zweiter, für die Veränderung der Arbeitswelt im Übergang zur Informationsgesellschaft charakteristischer Trend ist die forcierte Globalisierung der Arbeitsmärkte. Meist am Beispiel der Verlagerung von Softwareproduktion und Datenerfassung ins indische Bangalore beschrieben, steht die-

Globale Arbeitsmärkte erfordern globale Regulierungsmechanismen, durchsetzungsfähige supranationale Institutionen und internationale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitikern.

ser Trend für das qualitativ neue Phänomen der weltweiten raschen und wenig aufwendigen Dislozierbarkeit von Arbeit auf der Infobahn.¹⁰ Er führt zu einer epochalen „Wandlung auf den Arbeitsmärkten, die in einem echten Sinne zu weltweiten Arbeitsmärkten werden, zum ersten Mal in der Geschichte.“¹¹ Eine lange stabile „Annahme der Ökonomen ist für elektronisch übertragbare Arbeiten in der vernetzten Wirtschaft also nicht mehr haltbar: Auf einmal ist Arbeit international mobil“¹², ohne daß diese Mobilität mit riesigen Wanderungsbewegungen in die traditionellen industriellen Zentren verbunden wäre.

Um den noch immer defizitären Kenntnisstand über die informationstechnisch vorangetriebene Globalisierung der Arbeit zu verbessern, hat eine von der EU-Kommission eingesetzte Hochrangige Expertengruppe vorgeschlagen, „daß die EU in Zusammenarbeit mit der ILO die Initiative für eine breit angelegte, weltweite Studie zu den Auswirkungen der Informationsgesellschaft auf Handel, Investitionen und Verlagerungen ergreift.“¹³ Schon heute liegt der Handlungsbedarf bereits klar zutage und läßt sich in einem Satz zusammenfassen: Globale Arbeitsmärkte erfordern globale Regulierungsmechanismen, durchsetzungsfähige supranationale Institutionen und internationale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitiken.

Der Einstieg zu einer „Humanisierung der Globalisierung“, wie sie die ILO auf der 83. Internationalen Arbeitskonferenz gefordert hat, kann insbesondere durch wirksame – d.h. sanktionsbewehrte – internationale Mindeststandards im Rahmen der WTO gelingen. Der Vorstoß der EU-Kommission, weltweite soziale Mindestnormen wie die Koalitionsfreiheit, das Recht auf Kollektivverhandlungen, das Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit zum Verhandlungsgegenstand der WTO-Ministerkonferenz im Dezember 1996 in Singapur zu machen, zielt in die richtige Richtung, kann aber wohl nur ein erster Schritt sein. Gleiches gilt für die Bemühungen der ILO, z.B. für das im Juni 1996 angenommene Abkommen zum weltweiten Schutz von (Tele-) HeimarbeiterInnen. Gewerkschaften können sich jedoch gerade beim Thema Globalisierung nicht auf Appelle an Dritte beschränken: Daß die Moderierung und Begrenzung der Konkurrenz auf globalen Arbeitsmärkten ebenso wie die Interessenvertretung im Rahmen globaler Produktions- und Dienstleistungsprozesse eine völlig neue Qualität internationaler Gewerkschaftsarbeit und namentlich eine Stärkung der Gewerkschaftsbewegung in den Ländern der Dritten Welt verlangt, muß sich in diesem Zusammenhang von selbst verstehen.

Zersplitterung – Auszug der Arbeit aus den Betrieben?

Die neuen IuK-Techniken bringen es mit sich, daß Menschen auf elektronischen Netzen arbeitsteilig kooperieren, ohne zugleich gemeinsam am gleichen Ort versammelt zu sein. Sie ermöglichen und beschleunigen damit die Zersplitterung der Arbeitswelt, die sich räumlich dezentriert und sozial fragmentiert. „Die tausend Arbeitswelten der Informationsgesellschaft“¹⁴ sind Ergebnis

- der Forcierung von Outsourcing-Prozessen,
- der Herausbildung „virtueller Unternehmen“, d.h. meist nur temporär und projektbezogen über Datennetze verbundener Kooperationen unabhängiger Partner,
- der Verbreitung mobiler Arbeit, die nicht mehr an einen festen Arbeitsplatz im Betrieb geknüpft ist, sondern unmittelbar beim Kunden bzw. in telekommunikativer Anbindung an die Firma erledigt wird und
- der uns fast schon vertrauten, gegen alle Prognosen

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



jahrelang stagnierenden, nun wohl vor dem endgültigen Durchbruch stehenden Tele(heim)arbeit in ihren diversen Varianten.

Wenn es zutrifft, daß diese Entwicklung „das Großunternehmen im idealtypischen Grenzfall in so viele Einzelunternehmen auf(löst), wie es Arbeitende beschäftigt“ und „den gesamtbetrieblichen Zusammenhang als wesentlich komplexeren Verbund von individuellen Initiativ- und Profitcentern her(stellt)“¹⁵, dann wird der Betrieb als klassisches Gravitationszentrum der Arbeitswelt erheblich an Bedeutung und prägender Kraft einbüßen. Wenn sich betriebliche Kommunikationsprozesse zunehmend auf Datennetze verlagern, technisch vermittelt und zu großen Teilen asynchron stattfinden, dann bröckelt auch die traditionelle Plattform für rechtliche Regulierung, soziale Erfahrung, kollektive Identitätsbildung, Kooperation, Konflikt austragung und -moderation in der Arbeitswelt.

Der Trend zur Dekonzentration von Arbeit unterminiert damit all diejenigen Regulierungsmechanismen, die sich am Begriff und an der sozialen Realität des Betriebes festmachen. Dies gilt vor allem für das gesamte System der betrieblichen Mitbestimmung, auch für den klassischen Arbeiterschutz. „Wie will ein Betriebsrat im virtuellen Betrieb der Zukunft die ‚Betriebszugehörigkeit‘ im Sinne des BetrVG bestimmen?“¹⁶ Wie läßt sich die Einhaltung ergonomischer Standards im „home-office“ kontrollieren? Wie kann der Zugang von Betriebsräten zu elektronischen Unternehmensnetzen rechtlich hieb- und stichfest garantiert werden? Ohne eine umfassende Modernisierung des Arbeitsrechts werden sich solche Fragen nicht beantworten lassen. Dabei geht es auch, aber längst nicht nur um die rechtliche Regulierung von Teleheimarbeit. Soll die „Entbetrieblichung“ der Arbeitswelt nicht zum Ende herkömmlicher betrieblicher Mitbestimmung führen, so wird es insbesondere darauf ankommen, die gesetzliche Definition des Betriebsbegriffs im Sinne eines funktionalen – und nicht primär lokalen – Tätigkeitszusammenhangs zu erweitern.

Die Arbeitswelt in der Informationsgesellschaft droht aber auch allein schon aufgrund ihrer räumlichen Atomisierung unsolidarischer zu werden. Es ist eine offene Frage, wie unter den veränderten Bedingungen künftig noch die vielbeschworene „corporate identity“ entstehen und ver-

Wenn ArbeitnehmerInnen - freiwillig oder gezwungenermaßen - aus den Betrieben ausziehen, können Gewerkschaften nicht umhin, außerbetriebliche Anlaufstellen zu schaffen.

mittelt werden kann. Für die Gewerkschaften stellt sich die Aufgabe, neue Möglichkeiten der Kommunikation, Information und Solidarisierung zu erschließen, wenn die Betriebsversammlung, das Schwarze Brett, die Streikkundgebung vor dem Werkstor und das Betriebsratsbüro für einen wachsenden Prozentsatz von Beschäftigten keine bekannten oder zugänglichen Orte mehr darstellen. Die Orientierung auf alternierende, eine Mindestanwesenheitszeit im betrieblichen Zusammenhang garantierende Telearbeit ist hier von eminenter Bedeutung.

Aber da es kaum gelingen dürfte, alle „mobil“ Arbeitenden auch nur zeitweilig in den Betrieb zu holen, müssen Gewerkschaften zwangsläufig verstärkt zu diesen Beschäftigten gehen. Die „Virtualisierung“ von Gewerkschaftsarbeit, d.h. die zunehmende Präsenz gewerkschaftlicher Informations- und Beteiligungsangebote auf elektronischen Netzen wird von daher ebenso unumgänglich sein wie deren organisationalpolitische Regionalisierung: Wenn ArbeitnehmerInnen – freiwillig oder gezwungenermaßen – aus den Betrieben ausziehen, können Gewerkschaften nicht umhin, neben der klassischen betrieblichen Interessenvertretung wohnortnahe Anlaufstellen zu schaffen oder wiederherzustellen.

Flexibilisierung – was bleibt vom Normalarbeitsverhältnis?

Die Globalisierung der Arbeitsmärkte und die „Entbetrieblichung“ der Arbeitswelt tragen dazu bei, daß Arbeit in der

Die Modernisierung des Arbeits- und Sozialrechts im Hinblick auf die Erfordernisse der Informationsgesellschaft muß ein zentrales Projekt für den neuen Bundestag werden.

Informationsgesellschaft in vielerlei Hinsicht zunehmend weniger stabil verfaßt sein wird. Flexibilisierung und Deregulierung der Arbeitsverhältnisse sind Prozesse, die in ihren Entstehungsursachen vor allem interesselgeleiteten unternehmerischen und politischen Strategie-

gien und nicht primär der digitalen Revolution geschuldet sind. Sie gewinnen aber durch das neue technische Potential erheblich an Dynamik und Durchsetzungskraft.

Flexibilisierung wirkt in mehreren Dimensionen des Arbeitsverhältnisses, u.a.

- bei der Arbeitszeit, die, zumal bei räumlich dezentrierter Arbeit, immer weniger in das gängige „Nine-to-five-Korsett“, passen dürfte;
- bei der Entlohnung, die sich weniger an der Vergütung von Anwesenheit und stärker an der Honorierung von Ergebnissen orientiert;
- besonders gravierend und folgenreich beim Arbeitnehmerstatus, der sich tendenziell vom klassischen Normalarbeitsverhältnis entfernt und von diversen Varianten der instabil verfaßten Arbeit durchsetzt wird.¹⁷

- Diese Destabilisierung von Erwerbsarbeit hat zumindest zwei gravierende Konsequenzen – für die sozialen Sicherungssysteme zum einen, für das Kräfteverhältnis zwischen Arbeitgebern und abhängig Beschäftigten zum anderen. Soziale Sicherung stützt sich gerade in Deutschland zentral auf das Konzept des Normalarbeitsverhältnisses. Längere Phasen der Arbeitslosigkeit, der nicht sozialversicherungspflichtigen Erwerbsarbeit und der Unterbeschäftigung erhöhen die Anforderungen an die Institutionen sozialer Sicherheit bei gleichzeitiger Schmälerung ihrer Finanzierungsbasis. Was Arthur D. Little in einem Gutachten für den Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie als Empfehlung zurückhaltend formuliert, wird wohl zur nächsten Jahrhundertaufgabe für die Sozialpolitik werden: Weil die typischen Arbeitsformen der Informationsgesell-

schaft „tendenziell die Dauer von Beschäftigungsverhältnissen verkürzen“, müssen „die Mechanismen der sozialen Absicherung überarbeitet werden, damit nicht für einzelne Erwerbstätige unzumutbare Risiken entstehen.“¹⁸

Durch die gerade an der Infobahn nicht untypische „Wandlung des Arbeitnehmers zum Unternehmer“ erhöhen sich jedoch nicht nur die sozialen Risiken, es verschieben sich auch die Kräfteverhältnisse im Arbeitsleben: Andreas Zielcke hat eindrücklich beschrieben, wie „die oktroyierte rechtliche Unabhängigkeit häufig mit einer grausameren wirtschaftlichen Abhängigkeit und Unsicherheit einhergeht“, wie in Werk-, Dienst- und Projektvertragsverhandlungen „David und Goliath an einem Verhandlungstisch sitzen.“¹⁹ Es wird zu klären sein, wie sich das notwendige und sinnvolle Maß an Flexibilität, die ja in Teilen durchaus auch den Interessen von ArbeitnehmerInnen entspringt, mit dem gerade in solchen Abhängigkeitsverhältnissen objektiv gegebenen Schutz- und Sicherheitsbedarf der Beschäftigten, unabhängig von ihrem formalen Rechtsstatus, verknüpfen läßt. Sicherlich muß hierzu die Reichweite der überkommenen Regulierungsmechanismen vergrößert werden – vor allem durch eine Neudefinition des arbeitsrechtlichen Arbeitnehmerbegriffs, der die größer werdenden Grauzonen wirtschaftlich abhängiger (Schein-) Selbständigkeit auszuleuchten und der sozialen Regulierung und kollektiven Interessenvertretung zugänglich zu machen hat.

Auch Gewerkschaften werden nicht umhin können, ihren Organisationsanspruch über den klassischen Typus des Arbeitnehmers hinaus auf die neuen Varianten abhängiger Beschäftigung auszudehnen. Dabei wird zur Kenntnis zu nehmen sein, daß es nicht in allen Fällen der Zwang des Arbeitgebers oder der Druck des Arbeitsmarktes ist, der „Menschen zunehmend veranlaßt, ihr Arbeitsleben als Selbstangestellte zu führen, es ist vielmehr der bewußte Entschluß, die bisher alles bestimmende Teilung des Lebens in Beruf und Familie, Arbeit und Freizeit zu überwinden.“²⁰ Die gewerkschaftliche Betreuung solcher „Arbeitnehmer-Unternehmer“ wird sich nicht allein in traditionellen Bahnen der Interessenvertretung bewegen können, sondern muß die spezifischen Bedürfnisse dieser Klientel durch den Transfer fachlicher, sozialer und methodischer Kompetenzen abzudecken versuchen.

Für ein politisches Projekt „Zukunft der Arbeit in der Informationsgesellschaft“

Ein politisches Projekt zur „Zukunft der Arbeit in der Informationsgesellschaft“, das die genannten Herausforderungen an die Spitze der Agenda rückt, ist überfällig. Wichtige Vorarbeiten dazu sind mittlerweile geleistet worden: Unter dem Titel „Arbeit 21“ hat sich die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“ eingehend mit den Entwicklungsperspektiven der Arbeitswelt im Übergang zur Informationsgesellschaft beschäftigt und dabei nicht nur Trends analysiert, sondern auch den vorrangigen politischen Handlungsbedarf zur sozialen Gestaltung des Wandels herausgearbeitet.²¹ Vor allem drei zentrale Botschaften sind es, die sich aus den Erkenntnissen der Expertengutachten, den intensiven Debatten in Workshops und Anhörungen und den Feststellungen des Kommissionsberichtes ergeben:

Zum ersten bestätigen die Befunde der Enquete-Kommission mit aller Deutlichkeit die Erkenntnis, daß die Informationsgesellschaft keine „Jobmaschine“ ist. Die wichtigste Herausforderung für alle Akteure liegt deshalb mehr denn je darin, die *Beschäftigungsbilanz* der „digitalen Revolution“ ausgeglichen oder positiv zu gestalten. Die Lösung dieser

Aufgabe wird eminente politische und gesellschaftliche Anstrengungen erfordern und ohne ein kreatives Zusammenwirken von Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften – ein „Bündnis für Arbeit“ – nicht zu bewerkstelligen sein.

Spürbare Arbeitszeitverkürzungen werden ein tragendes Element jedweder beschäftigungspolitischen Initiative sein müssen. Arbeitszeitverkürzungen in vielfältigen Formen dienen nicht nur einer gerechteren Verteilung von Arbeit, sondern schaffen auch eine entscheidende Voraussetzung für die Bewältigung des gewaltigen Umbruchs im beruflichen Qualifikationsgefüge, den die Informationsgesellschaft mit sich bringt. Damit ist die zweite zentrale Botschaft der Enquete-Kommission zum Thema „Zukunft der Arbeit“ angesprochen: Weil die Bereitschaft und die Fähigkeit zum „lebenslangen Lernen“ in der Arbeitswelt der Informationsgesellschaft von grundlegender Bedeutung für die beruflichen Chancen sein werden, müssen zügig neue und erweiterte Möglichkeiten zur berufsbegleitenden *Qualifizierung von Arbeitnehmern* erschlossen werden. Hier drängt sich eine Verzahnung von Weiterbildungs- und Arbeitszeitpolitik geradezu auf: Arbeitszeitverkürzungen, die, in „Bildungsblöcken“ zusammengefasst, der beruflichen Qualifizierung dienen, könnten sowohl wichtige beschäftigungspolitische Impulse geben als auch die allseits geforderte „Qualifizierungsoffensive“ entscheidend voranbringen.

Modernisierung des Arbeits- und Sozialrechts

Zum dritten belegen die Beratungsergebnisse der Enquete-Kommission zum Schwerpunkt „Arbeit 21“ die Notwendigkeit einer umfassenden *Modernisierung des Arbeits- und Sozialrechts*, soll dieses den Anforderungen der künftigen Arbeitswelt gerecht werden.

Der Abschlußbericht der Enquete-Kommission enthält eine Reihe entsprechender Vorschläge zur Modernisierung arbeits- und sozialrechtlicher Regelungen. Dazu gehören vor allem:

- Eine *Neudefinition des Arbeitnehmerbegriffs*, der es ermöglicht, weitere arbeitnehmerähnliche Personen und Scheinselbstständige in den Geltungsbereich des Arbeitsrechts und in die soziale Sicherung einzubeziehen;
- eine *Neudefinition des Betriebsbegriffs*, damit Mitbestimmung und soziale Schutzrechte auch dann gewährleistet bleiben, wenn in elektronisch vernetzten Strukturen, in sogenannten „virtuellen Unternehmen“ oder auch in Telearbeit gearbeitet wird;
- ein *gesetzlicher Schutzrahmen für Telearbeit* für die vielen Fälle, in denen tarifvertragliche Regelungen nicht greifen oder nicht zustandekommen;
- ein *Gesetz zum Arbeitnehmerdatenschutz*, das seit langem überfällig ist und unter den neuen Bedingungen digitaler und vernetzter Arbeit keinen weiteren Aufschub mehr duldet;
- die *Sicherung des Zugangsrechts von Betriebs- und Personalräten*, auch von Gewerkschaften zu elektronischen Unternehmensnetzen und
- die *Einbeziehung neuer Formen der Selbständigkeit in die sozialen Sicherungssysteme*.

Die Enquete-Kommission „Zukunft der Medien – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“ hat zumindest den vorrangigen arbeits- und sozialrechtlichen Handlungsbedarf klar identifiziert und im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Voraussetzungen für gesetzgeberisches Handeln geschaffen. Die Modernisierung des Arbeits- und Sozialrechts im Hinblick auf die Erfordernisse der Informationsgesellschaft muß nun ein zentrales Projekt für diese Legislaturperiode des Deutschen Bundestages werden.²²

spw

- ¹ Arbeitsprogramm der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“, Bonn 1996, S. 2.
- ² Vgl. für einen Gesamtüberblick Deutscher Bundestag – Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft. Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“ (Hg.): *Arbeitswelt in Bewegung: Trends – Herausforderungen – Perspektiven*, Bonn 1998. Dieser Band enthält folgende Gutachten: Bosch, Gerhard: Die Auswirkung der neuen Informationstechnologien auf die Beschäftigung; INPUT Consulting GmbH: Veränderungstendenzen der Arbeit im Übergang zur Informationsgesellschaft – Befunde und Defizite der Forschung; Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung: Neue Selbständigkeit im Netz; Kilian, Wolfgang: Das überkommene Verständnis von „Betrieb“ und „Arbeitnehmer“ – Leistungsfähigkeit und Anpassungsbedarf im Hinblick auf Telearbeit; Rürup, Bert: Informationsgesellschaft – Arbeitswelt in Bewegung. Konsequenzen für die Systeme der sozialen Sicherung.
- ³ Vgl. zum Gesamtkomplex der Beschäftigungseffekte des informationsgesellschaftlichen Wandels: Bosch, Gerhard (1998): Die Auswirkung der neuen Informationstechnologien auf die Beschäftigung; in: s. Fußnote 2
- ⁴ ifo Institut für Wirtschaftsforschung: Qualitative und quantitative Auswirkungen der Informationsgesellschaft auf die Beschäftigung. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, München 1996, S. 132
- ⁵ Arthur D. Little: *Innovationen und Arbeit für das Informationszeitalter. Zusammenfassung der Ergebnisse*, Berlin 1996, http://www.kp.dlr.de/BMBF/informationstechnik/adl/adl_kap4.htm; vergleichbar zurückhaltend auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung: *Multimedia: Beschäftigungszunahme im Medien- und Kommunikationssektor vielfach überschätzt* (DIW-Wochenbericht 10/96, S. 165 ff.) und Roland Berger & Partner: *5 x 3 Thesen zur Zukunft mit Multimedia*, Papier vorgelegt zur Jahrespressekonferenz am 24.01.1996
- ⁶ Jeremy Rifkin: *Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft*, Frankfurt/New York 1995, S. 11
- ⁷ Ulrich Beck: *Kapitalismus ohne Arbeit*; in: *Der Spiegel* Nr. 20/1996 vom 13.05.1996, S. 140
- ⁸ Hans-Peter Martin / Harald Schumann: *Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand*, Reinbek 1996, S. 12
- ⁹ Martin Kronauer: *Die Entbehrlichen der Arbeitsgesellschaft. Zur sozialwissenschaftlichen Diskussion um eine neue „underclass“*; in: *Frankfurter Rundschau* vom 28.11.1995
- ¹⁰ Vgl. hierzu: INPUT Consulting GmbH: *„Anytime, anyplace ...“ Befunde zur elektronischen Internationalisierung von Arbeit. Expertise im Auftrag von futureCom*, Stuttgart 1998
- ¹¹ Paul Kennedy: *Wenn neue Produkte über Nacht um die Welt geschickt werden*; in: *Frankfurter Rundschau* (Dokumentation) vom 01.06.1996
- ¹² Uwe Jean Heuser: *Tausend Welten. Die Auflösung der Gesellschaft im digitalen Zeitalter*, Berlin 1996, S. 38
- ¹³ Eine europäische Informationsgesellschaft für alle. Erste Überlegungen der Gruppe hochrangiger Experten (Europäische Kommission, Generaldirektion V), Brüssel 1996, S. 14
- ¹⁴ Heuser, a.a.O., S. 49
- ¹⁵ Andreas Zielcke: *Der neue Doppelgänger. Die Wandlung des Arbeitnehmers zum Unternehmer – Eine zeitgemäße Physiognomie*; in: *FAZ* 20.07.1996
- ¹⁶ Peter Wedde: *Digitalisierung der Arbeit – das Ende des Arbeitsrechts*; in: *Computerinformation* 7-8/1995, S. 47
- ¹⁷ Vgl. hierzu u.a. die Beiträge zum Titelthema der Mitbestimmung Nr. 9/1996 („Veselbständig. Die neuen Arbeitsverhältnisse
- ¹⁸ Arthur D. Little, a.a.O.
- ¹⁹ Zielcke, a.a.O.
- ²⁰ Peter Fischer: *Selbstangestellt*; in: *Mitbestimmung* Nr. 9/1996, S. 23
- ²¹ Deutscher Bundestag – Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft. Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“: *Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft*, Bonn 1998, S. 111 ff.
- ²² Die Linke hat ihre zentralen Anforderungen zur Gestaltung der Informationsgesellschaft auf dem IMD-Kongreß im Juni 98 in der „Frankfurter Erklärung zur Informationsgesellschaft“ zusammengefaßt. Text der Erklärung und weitere Informationen dazu im Internet unter <http://staff-www.uni-marburg.de/~rilling/imd/imd.html>

Dienstleistungsagenturen

Schlüssel zur Professionalisierung der Hausarbeit?

Von Petra Drohsel*

Das Problem ist seit langem bekannt. Im Freundeskreis, am Stammtisch, in den Gesprächen von Frau zu Frau höre ich seit Jahren immer wieder, wie Frauen erleichtert aufatmen bei der Frage, wer die Wohnung putzt, wer bügelt und den Haushalt in Ordnung bringt. Die Rede ist von den Haushaltshilfen, die in den Tageszeitungen unter der Überschrift „Mädchen für alles“, „Perle für den Haushalt“, „freundlich gewandte Büglerin“ gesucht werden.

Der unterbezahlte und unsichtbare Teil der Dienstleistungen

Hier hat sich eine Nische entwickelt, in der Frauen als Tagelöhnerin beschäftigt werden. Sie machen ihre Arbeit und stehen schließlich mit leeren Händen da, wenn sie erwerbsunfähig sind, umgeschult werden wollen, ihren ungeschützten Arbeitsplatz verlieren, und spätestens im Alter haben sie eine ungesicherte Zukunft vor sich. Der sozialdemokratische Grundsatz: Wer regelmäßig arbeitet, soll auch seine Existenz sichern können, gilt für diese Beschäftigten nicht.

Stattdessen arbeiten sie in sozialversicherungsfreien Beschäftigungsverhältnissen mit einem durchschnittlichen Stundenlohn von 15 DM.

Die in Privathaushalten beschäftigten Frauen wissen, die Alternativen auf dem Arbeitsmarkt sind rar. Das gilt vor allem für Frauen und Männer, die gering qualifiziert oder auf dem Arbeitsmarkt, trotz ihrer Qualifikation, kaum eine

Chance haben, einen sozial abgesicherten Arbeitsplatz zu erhalten. Das ist weder für die Beschäftigten akzeptabel, noch volkswirtschaftlich von Nutzen.

Unstrittig ist, daß Privathaushalte einen erheblichen Bedarf an haushaltsbezogenen Dienstleistungen haben. Dafür stehen die vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung errechneten 2,8 Millionen Beschäftigten in den Privathaushalten.

An dieser Entwicklung sind viele beteiligt. Wer beispielsweise keine unermüdliche Mutter oder Schwiegermutter oder einen Partner hat, für den die partnerschaftliche Arbeitsteilung noch nicht zum obersten Prinzip gehört, kennt das Problem. Aber auch Alleinerziehende stoßen an ihre physische und psychische Grenze, wenn sie Beruf, Haushalt und Kindererziehung bewältigen müssen. Hinzu kommen die relativ gut verdienenden Singles und ältere

Menschen, die für ein paar Stunden in der Woche oder im Monat Hilfe bei der Bewältigung des häuslichen Alltags suchen. Sie alle lösen ihre Probleme nach dem gleichen Muster und landen in der Grauzone des Arbeitsmarktes.

Der schöne Schein der Schecks

So gesehen ist die zentrale Frage: Wie können diese Dienstleistungen aus der Schwarzarbeit herausgeholt und in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse umgewandelt werden?

Vorgedacht und vorgemacht haben es Dänemark und Frankreich. Mit großzügigen Steuerbegünstigungen und vereinfachtem Verwaltungsaufwand konnten in Frankreich aus ca. 160.000 Haushalten die Haushaltshilfen aus der Schwarzarbeit herausgeholt werden. Und so ganz „nebenbei“ entstanden über 20.000 Vollzeitarbeitsplätze.

In Deutschland wurde zwar auch ein „Scheck“ mit dem Jahressteuergesetz 1997 eingeführt und mit ca. 235.900 Mark subventioniert, doch das Ergebnis war mager. Das von der alten Bundesregierung erhoffte beschäftigungspolitische Wunder von 100.000 neuen Beschäftigungsverhältnissen in Privathaushalten blieb aus. Bundesweit wurden bis März 1998 lediglich 4.426 beantragte Haushaltschecks gezahlt. Diese Zahl ist ein trauriger Rekord, wenn man bedenkt, daß die bisherigen 34.000 sozialversicherungspflichtig beschäftigten Haushaltshilfen verzehnfacht werden sollten (lt. Dr. Maria Böhmer, Plenarprotokoll vom 16.1.1997).

Statt der 340.000 Arbeitsplätze blieb der Zähler schon bei 4.426 stehen. Trotz dieser mageren Bilanz gibt es dennoch im häuslichen Bereich einen großen Bedarf an Service-Leistungen. Deutlich geworden ist, daß nur wenige Haushalte sich eine fest angestellte Haushaltshilfe leisten können, deren monatlicher Verdienst zwischen 621 DM und 1.500 DM liegen müßte. Diese Regelung entspricht weder den finanziellen Möglichkeiten der überwiegenden Haushalte, noch deren Bedarf. Im Durchschnitt werden 3 bis 5 Stunden pro Woche anfallen, so daß in diesen Fällen die steuerliche Absetzbarkeit durch den Haushaltsscheck nicht greifen kann. Damit hat die alte Bundesregierung eine Chance vertan, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze für Dienstleistungen in privaten Haushalten zu schaffen.

Dienstleistungsagenturen und Dienstleistungsgutscheine im Koalitionsvertrag

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in der letzten Legislaturperiode hierzu einen anderen Weg beschritten und einen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht. Ziel ist es, so steht es auch im Koalitionsvertrag, die Beschäftigung in privaten Haushalten durch Dienstleistungsgutscheine und Dienstleistungsagenturen zu fördern. Die Agenturen können als private oder kommunale Unternehmen, als Genossenschaften oder als halb-öffentliche Unternehmen in der Trägerschaft von Kirchen oder Wohlfahrtsverbänden organisiert werden. Die Dienstleistungsgutscheine sollen von den Arbeitsämtern (im Wege eines Leistungsgesetzes) an die infrage kommenden Privathaushalte ausgegeben werden. Diese Gutscheine richten sich an Haushalte mit Kindern unter 14 Jahren bzw. mit einem hilfsbedürftigen älteren Menschen und haben einen Wert von DM 1.200,- pro Jahr. Nimmt der Privathaushalt eine Dienstleistungsagentur in Anspruch, so kann er einen Dienstleistungsgutschein von bis zu 40 % des Rechnungsbetrages einlösen. Bei einem in Rechnung gestellten Satz von z. B. DM 25,- pro Stunde hätte der Dienstleistungsgutschein also eine

* Dr. Petra Drohsel arbeitet in Bonn als Büroleiterin der stellv. Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Ulla Schmidt, und ist Autorin des Buches „Wir machen ihre Hausarbeit. Eine Anleitung zur Gründung professioneller Haushaltsdienste“ (1997)

Verbilligung um DM 10,- pro Stunde zur Folge. Als Eigenleistung des Haushalts würden noch DM 15,- pro Stunde verbleiben, eine Belastung, die der jetzt üblichen ‚Bezahlung ohne Vertrag‘ etwa entspricht.

Nach diesem Vorschlag können breite Bevölkerungsschichten haushaltsbezogene Dienstleistungen über Dienstleistungsagenturen nachfragen. Damit bestünde eine Alternative zu derzeitigen ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen in den Privathaushalten. Damit kann ein Strukturwandel eingeleitet werden, der über die nötige Anschubfinanzierung Erfolg verspricht. Bis dieses Modell von der rot-grünen Bundesregierung überarbeitet und in den Deutschen Bundestag eingebracht werden wird, lohnt ein Blick auf die bereits bestehenden bundesweiten Dienstleistungsagenturen.

Modellversuche: besser, schneller, effektiver

Die Frauenministerinnen u. a. in Berlin und Nordrhein-Westfalen haben ihre Möglichkeiten genutzt und Modellversuche auf den Weg gebracht. Allein in Nordrhein-Westfalen werden die Agenturen „Agil“ in Bochum, „Picco Bella“ in Aachen, „die Zukunftswerkstatt“ in Bochum durch das Land gefördert.

Fördermittel wurden aber auch eingesetzt von der Bundesanstalt für Arbeit für die Dienstleistungsagenturen in Frankenthal, Traunstein, Fulda, Karlsruhe, Korbach, Wesel und Pirmasens, und aus dem europäischen Sozialfonds. Aus dem europäischen Sozialfonds erhielt z. B. das Land Sachsen für das Modellprojekt hauswirtschaftliche Dienste „SERVISA“ finanzielle Mittel. „SERVISA“ soll als eigenständiges Unternehmen auf Dauer ca. 200 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze schaffen.

Mittlerweile gibt es über 70 Dienstleistungsagenturen, die sich der entscheidenden Frage oder auch dem unternehmerischen Risiko stellen müssen: Was werden Privathaushalte zahlen können bzw. was wird ihnen die Entlastung von haushaltsbezogenen Tätigkeiten wert sein?

Nach den unterschiedlichen Organisationsmodellen zahlen Privathaushalte ca. 23-30 DM pro Stunde für die Dienstleistung (mit sozialer Absicherung). In Ostdeutschland sind es nach meinen Erfahrungen einige Mark weniger. Gemessen daran, was Privathaushalte für andere Dienstleistungen zahlen, sei es, weil der Klempner kommen muß oder sie ihre Wäsche in die Wäscherei bringen etc., ist ein Stundensatz von 25 DM eigentlich nicht zuviel. Kostendeckende Preise der Agenturen können mit den Schwarzmarkt- oder 620-Mark-Jobs in den Privathaushalten sicherlich nicht konkurrieren. Solange aber dieselbe Dienstleistung auf dem Schwarzmarkt für 10 bis 15 DM zu bekommen ist, greifen die Privathaushalte auf die nicht legale Lösung zurück.

Übersehen wird dabei, daß sich der höhere Qualitätsstandard von professionellen Haushaltsdiensten durchaus lohnen kann. Nach dem Motto: besser, schneller, effektiver.

„Rund ums Haus“

Hier wird sich erst allmählich ein Umdenkungsprozeß bemerkbar machen. Denn das Image der privaten Hausarbeit ist schlecht. Es ist schlecht deswegen, weil das „bißchen“ Haushalt angeblich jeder kann.

Nach einer Umfrage der Zeitschrift „Brigitte“ kann nicht mal jeder dritte Mann die Waschmaschine programmieren, aber alle Frauen können, einfach weil sie Frauen sind, eben das „bißchen“ Haushalt schon erledigen. Und weil die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung so gut landauf landab funktioniert, haben Frauen diese berühmte „Ar-

beit aus Liebe“ auch unbezahlt gemacht. Sie kostete bisher die Frauen nur Zeit und Kraft. Sie kostet kein Geld, allenfalls spiegelt sich der gesellschaftliche Wert noch beim Ehegattensplitting wider. Und was nichts kostet, ist auch nichts. Den Spruch kennen wir alle und bei den haushaltsbezogenen Dienstleistungen stimmt er leider wieder.

Es wird also Zeit, daß hier eine Veränderung eintritt. Hier liegen Beschäftigungschancen, aber sicherlich nicht um jeden Preis. Die notwendige Weichenstellung läßt sich meines Erachtens am ehesten durch eine Veränderung der Rahmenbedingungen einleiten. Das bringt für die Beschäftigten und für die Privathaushalte Vorteile:

Die Beschäftigten

- haben nur einen Arbeitgeber
- sind sozialversichert,
- erhalten Lohnfortzahlung bei Krankheit und Urlaub und
- werden bei Krankheit und Urlaub vertreten.

Zu den Vorteilen für die privaten Haushalte gehört die legale Abwicklung des Beschäftigungsverhältnisses. Die Vertretungsprobleme bei Krankheit oder Urlaub der Haushaltshilfen werden ebenso gelöst, wie die Qualitätssicherung und Zuverlässigkeit der gewünschten Leistung. Entlastet sind die Privathaushalte gleichfalls von der oft mühevollen Suche nach einer Haushaltshilfe, Gartenhilfe, Urlaubsservice, Wochenendbetreuung usw.. Denn die Dienstleistungsagentur kann fast alles anbieten, nach dem Motto: „Rund ums Haus.“

Nach dem Vorschlag der SPD-Bundestagsfraktion können breite Bevölkerungsschichten haushaltsbezogene Dienstleistungen über Dienstleistungsagenturen nachfragen.

Professionalisierung statt Anerkennung

Erst mit zunehmender Akzeptanz von professionellen Haushaltsdiensten und dem damit verbundenen höheren Qualitätsstandard wird sich hier ein Umdenkungsprozeß bemerkbar machen. Eine Perspektive für einen marktförmig organisierten Weg kann sich immer nur durch angemessen bezahlte und sozial abgesicherte Erwerbsarbeit entwickeln. Davon hängen z. B. auch die Beschäftigungschancen im Bereich der „haushaltsbezogenen Dienstleistungen“ ab, und die noch offene Antwort auf die Frage, was Frauen von dem System „Markt und Staat“ zu erwarten haben, wenn sie mit ihren traditionellen Aufgaben aus dem Haushalt herausgehen.

Damit verbunden ist die alte Diskussion um die gesellschaftliche Anerkennung von Hausarbeit. Derzeit ist absehbar, daß die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, nach der Frauen die berühmte „Arbeit aus Liebe“ jahrhundertlang unbezahlt gemacht haben, bei der Professionalisierung von Hausarbeit keine Vorteile bringen wird.

Eine moderne Dienstleistungsgesellschaft, die sich zukünftig mit diesem schwierigen Markt beschäftigen muß, sollte die mittelbare und unmittelbare Diskriminierung von Frauen nicht fortsetzen. Es ist daher notwendig, die Diskussion vorzubereiten und sie schließlich offensiv zu führen, damit sich in diesem Sektor nicht ein neuer Markt entwickelt, der auf der Entgeltdiskriminierung von Frauen aufbaut. Dieser Weg läßt sich leichter beschreiten, wenn mit einer staatlichen Förderung gerechnet werden kann.

Wünschenswert wäre es, wenn durch staatliche Subventionen die Haushalte in die Lage versetzt würden, ohne große finanzielle Probleme die Dienste der Haushaltsagenturen in Anspruch zu nehmen. Der ersehnte Beschäftigungsschub ließe dann sicherlich nicht lange auf sich warten. spw

Öko-effiziente Dienstleistungen

Ein Beitrag zur Nachhaltigen Entwicklung

von Arno Vogel und Christa Liedtke*

Von vielen Wirtschafts-, Sozial- und Umweltexperten werden mit dem Weg in die Dienstleistungsgesellschaft Hoffnungen zur Erreichung der großen Kernziele zukünftig nachhaltiger Entwicklung wie Erhöhung der Wertschöpfung, Verbesserungen von Arbeits- und Gesundheitsschutz oder Verminderung der Schadstoffeinträge verknüpft. Weltweit versuchen Politiker, Wissenschaftler und Unternehmen Ziele zu konkretisieren, wie der Weg einer nachhaltigen Entwicklung beschritten werden kann. Viele Fragen bleiben dabei offen: Wie lauten die Rahmenbedingungen, die ein ökologisches und soziales, aber auch kosteneffizientes Wirt-

Alles in allem ist bisher kein positiver Zusammenhang zwischen der Tertiarisierung der Wirtschaft und der Verbesserung der Umweltsituation zu erkennen.

schaften zulassen? Reichen die bisherigen Bemühungen aus, um ein wirklich zukunftsfähiges Wirtschaftssystem zu schaffen? Welchen Beitrag können einzelne Sektoren, Unternehmen und Konsumenten leisten?

Diesen Fragestellungen widmeten sich über ein Jahr lang 10 Forschungsinstitute im Rahmen der Initiative „Dienstleistungen für das 21. Jahrhundert“ des Bundesforschungsministeriums. Im Blickpunkt standen dabei neue Dienstleistungskonzepte und neue Wege in eine zukunftsfähige Dienstleistungsgesellschaft.

Die Ausgangslage – ökologische (Miß-)Erfolge der Dienstleistungsgesellschaft

Bislang sind die ökologischen Auswirkungen der in der Vergangenheit zu beobachtenden Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft nicht systematisch untersucht worden. Einige wichtige Fortschritte und Rückschritte lassen sich jedoch erkennen.

Der scheinbar naheliegende Fortschritt – die Reduktion des Ressourcenverbrauchs im sekundären Sektor – wurde nicht erreicht. Zwar wurden intensive Rationalisierungen in allen Industriezweigen vorgenommen, jedoch in erster Linie beim Faktor Arbeit. Anhaltend niedrige Kosten für Energie und viele Materialien, sowie die nahezu kostenlose Verfügbarkeit von Luft und Wasser machten Rationalisierungen beim Rohstoffeinsatz (mit Ausnahmen wie z.B. bei der energieintensiven Produktion von Grundstoffen wie

Stahl) kaum erforderlich. Dies konnte auch nicht geändert werden durch die in den 70er Jahren von der Regierung eingeleitete Schadstoffpolitik. Die „End-of-pipe“-Technologien führten zwar zu merklichen Verringerungen von Emissionen und der Himmel über der Ruhr wurde wieder blau, doch der Umweltverbrauch blieb weiterhin auf einem hohen Level, so daß ein Kollaps des Systems immer näher zu rücken scheint¹.

Dem ausbleibenden Erfolg im sekundären Sektor stehen nun wachsende Probleme im prosperierenden tertiären Sektor gegenüber. Einhergehend mit der hochgradigen Spezialisierung von Dienstleistungen aller Art verlängern sich die durchschnittlichen Transportwege, und zwar vom Dienstleister zum Kunden (und umgekehrt), aber auch für den Arbeitnehmer zum Arbeitsstandort. Auf regionaler Ebene ist die Zunahme großer Büro-, Einkaufs- oder Freizeitzentren „auf der grünen Wiese“ ein aussagekräftiger Indikator für diese Tendenzen. Das Multimedia-Zeitalter hat zwar begonnen, die Möglichkeiten der Heimarbeit oder des Konsums per Internet sind jedoch als begrenzt anzusehen und werden zudem andere Formen der Mobilität auslösen (u.a. Warenanlieferung, Wartungsservice der Digitaltechnik, verstärkte Freizeitmobilität). Fraglich ist auch, ob nicht der „Massenkonsument“ im Bereich Informationstechnik die erwarteten umweltentlastenden Effekte wieder „auffrißt“. Alles in allem ist somit bisher kein positiver Zusammenhang zwischen der Tertiarisierung der Wirtschaft und der Verbesserung der Umweltsituation zu erkennen.

Öko-Effizienz und Nachhaltigkeit

In der Diskussion um „sustainable development“ gewinnt die Betrachtung von Stoffströmen und ihrer Wirkungszusammenhänge immer mehr an Bedeutung: Nicht die Verfügbarkeit von natürlichen Ressourcen begrenzt die wirtschaftliche Entwicklung, sondern die ökologischen Folgen der gegenwärtig sehr geringen Ressourcenproduktivität². Öko-Effizienz wird in diesem Sinne vom World Business Council for Sustainable Development daher wie folgt definiert: „Eco-efficiency is reached by the delivery of competitively-priced goods and services that satisfy human needs and bring quality of life, while progressively reducing environmental impacts and resource intensity throughout the life cycle, to a level at least in line with the earth's estimated carrying capacity“³. Öko-Effizienz steht demnach für die Minimierung des Ressourcenverbrauchs und der Umweltbelastung bei möglichst hohem Lebensstandard. Dabei geht es darum, „jene Problemlösung für eine gegebene Funktion auszuwählen und zu gestalten, bei der die Stoffflüsse und die human- und ökotoxikologischen Risiken so gering wie möglich ausfallen“⁴.

Das BMBF-Verbundprojekt „Öko-effiziente Dienstleistungen als strategischer Wettbewerbsfaktor“

Wissenschaftlich koordiniert vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (WI), vom Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) und vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) wurden im Rahmen des BMBF-Projekts innerhalb eines Jahres Potentiale für Ökonomie, Ökologie und Beschäftigung öko-effizienter Dienstleistungen abgeschätzt. Dabei wurden exemplarisch für die drei Wirtschaftsbereiche „Wohnen“, „Versorgung“ und „Kfz/Mobilität“, unter Beteiligung von über 40 Unternehmen und intermediären Institutionen, Untersuchungen durchgeführt, wie die bestehenden Umweltprobleme mit öko-effizienten Dienstleistungen ge-

* Arno Vogel, Geograph, ist wiss. Mitarbeiter und Dr. Christa Liedtke, Biologin, ist Leiterin der AG Zukunftsfähiges Unternehmen in der Abteilung Stoffströme und Strukturwandel im Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt und Energie. Sie arbeiteten im Rahmen des Projekts „Dienstleistungen für das 21. Jahrhundert“, das mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie unter dem Förderkennzeichen 01Hg 9726/3 gefördert wurde. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autoren.

löst und damit zugleich neue Märkte und Beschäftigung entstehen können.

Nicht nur die reine Form bestehender Dienstleistungen stand dabei im Mittelpunkt, sondern auch die Nutzungsform der damit verbundenen Güter. Ausgehend von bestimmten Bedürfnissen, wie z.B. Nutzung eines funktionsfähigen Kfz, wurden bestimmte Konzepte zur Befriedigung auf deren produktlinienweite Ressourcenverbräuche hin analysiert, um deren Ökoeffizienz zu bestimmen, sowie Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigungswirksamkeit ermittelt. Vor wenigen Wochen konnten u.a. die im folgenden beschriebenen neuen öko-effizienten Dienstleistungen mit ihren Auswirkungen auf Ökonomie, Ökologie und Soziales auf der großen Dienstleistungskonferenz des BMBF in Bonn vorgestellt und diskutiert werden⁵.

1. „Wohndienstleister für Technik und Umweltberatung“

Bei dem Neubau oder der Modernisierung von Wohnungen werden immer mehr Techniken zur Einsparung von Heizenergie, Wasser sowie Abfall eingesetzt. Sobald die Maßnahmen abgeschlossen sind, und die Nutzer vielleicht noch eine kurze Einweisung erhalten konnten, müssen sich die Planer und Techniker mangels finanzieller Möglichkeiten von ihrem Werk trennen. Die in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen auch seitens der Wohnungsunternehmen zeigen hingegen Probleme auf. Die erhofften Einsparungen werden in der Regel nicht erreicht, auch die Einsparmöglichkeiten bei den Nebenkosten werden nicht ausgeschöpft. Der Handlungsdruck in Richtung einer gezielten Betreuung der betroffenen Nutzer nimmt folglich weiter zu. Diese Betreuung in Form individueller Beratungen und Informationsveranstaltungen wird wettbewerbsfähig, wenn Vermieter und Mieter eigene Vorteile deutlicher erkennen und ihre entsprechenden Ausgaben sinnvoll angelegt wissen.

Vor dem Hintergrund konkurrierender Anbieter haben Wohnungsunternehmen wie z. B. die Bassmann Bau AG bereits sogenannte Concierge-Konzepte eingeführt, um den Kontakt zum Mieter zu verbessern und die Attraktivität des Wohnens zu steigern⁶. Der Wohndienstleister kümmert sich nicht nur um die Instandhaltung und Kontrolle des Gebäudes, sondern auch um wohnungsspezifische Belange des Mieters. In Anlehnung an diese Beratung werden dann auch Dienstleistungen wie „Durchführung oder Vermittlung technisch-handwerklicher Arbeiten“ oder „Wohnungstausch-Service“ (s. folgender Abschnitt) angeboten. Gerade die Handwerksleistungen erfordern häufig weite Anfahrtswege, die über Kooperationsvereinbarungen vermieden werden könnten. Mit diesen Dienstleistungen können die Beziehungen zwischen Mieter und Vermieter bzw. zwischen Mietern gestärkt werden, so daß auch soziale Ziele erreicht werden. Interessant wird sein, die realen Potentiale von Ressourceneinsparungen und Beschäftigung zu messen.

2. Wohnungstausch-Service

Die Nutzung nicht an den Bedarf angepaßter Wohnungen verursacht vor allem bei älteren Singlehaushalten einen hohen passiven, d.h. ungewollten Wohnflächenverbrauch. Eine Repräsentativbefragung der Schader Stiftung hat ergeben, daß 2,7 Millionen 1- und 2-Personen-Haushalte in der Altersgruppe über 55 Jahre ihre Wohnung als zu groß empfinden⁷. Der Wohnungstausch-Service erfüllt alle drei Zielbereiche einer nachhaltigen Entwicklung. Dadurch, daß er dem Bedürfnis nach einer optimalen Wohnung in einer

Träger der Maßnahme	Anzahl der Umzüge p.a.	gewonnene Gesamtfläche	Ø Wohnflächengewinn
Wohnungsbaugesellschaft Lörrach	15	396 m ²	26,4 m ²
Mülheimer Wohnungsbau e.G	27	521 m ²	19,3 m ²
SAGA Hamburg	317	3.640 m ²	11,5 m ²
Städtische Wohnberatung Hagen	114	2.790 m ²	24,5 m ²
Allbau Essen	37	929 m ²	25,1 m ²
VeboWAG Bonn	52	1084 m ²	20,9 m ²

Tab. 1: Zahlen zum Wohnungstausch⁹

gewünschten Umgebung Rechnung trägt, kommt er einer wichtigen sozialen Aufgabe nach. Zweitens stärkt der Service die Kundenbindung an die Unternehmen und führt aufgrund der hohen Bedeutung eines ausreichenden Personaleinsatzes für die Mieterbetreuung zur Sicherung von Arbeitsplätzen. Drittens ermöglicht die Dienstleistung eine deutliche Erhöhung der Ressourcenproduktivität des Bedarfsfeldes Wohnen, die im folgenden beispielhaft aufgeschlüsselt wird⁹:

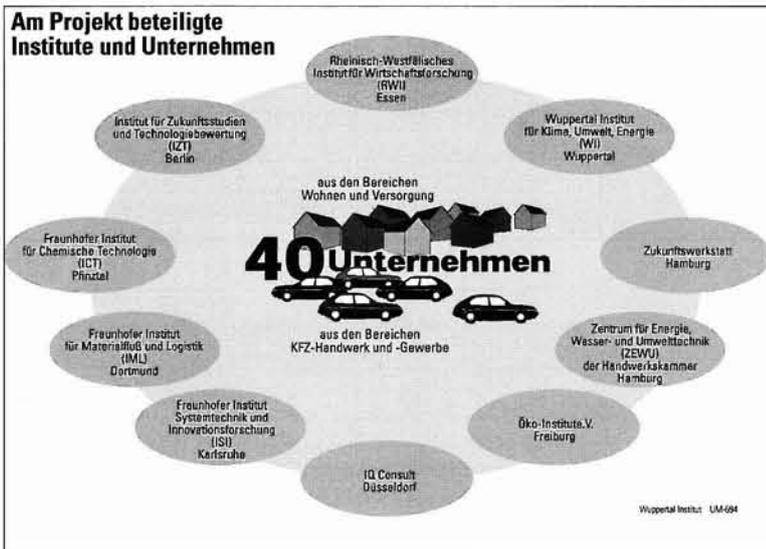
Die Berechnung der Ressourceneinsparung durch Umzüge in kleinere Wohnungen läßt sich anhand der eingesparten Wohnfläche ermitteln. Aus den gesammelten Daten von 5 Wohnungsunternehmen und einer Kommune ergeben sich folgende Einsparungen:

Wie die unterschiedlichen Wohnflächengewinne der einzelnen Unternehmen zeigen, ist es kaum sinnvoll, einen repräsentativen Durchschnittswert zu bestimmen. Hier spielen die spezifischen sozialen und städtebaulichen Situationen eine große Rolle, mit denen die Unternehmen umgehen.

Welche Ressourceneinsparung ließe sich in etwa erzielen, wenn alle deutschen Wohnungsunternehmen die Dienstleistung Wohnungstausch anbieten würden? Stellt man bei diesen 5 Wohnungsunternehmen, die einen Wohnungstausch professionell anbieten, die durch die Dienstleistung initiierte Anzahl der Umzüge der Gesamtzahl der Wohnungen gegenüber, so läßt sich unter den derzeitigen Rahmenbedingungen, bei allen Unsicherheitsfaktoren, eine durchschnittliche Umzugsrate von 0,35% pro Jahr feststellen. Bezogen auf den gesamten Wohnungsbestand der dem Bundesverband GdW angeschlossenen Wohnungsanbieter (Stand 31.12.96: 7.037.000 Wohnungen) und einem angenommenen durchschnittlichen Wohnflächengewinn von etwa 20 m² ergäbe dies ein geschätztes Potential von etwa 25.000 Wohnungswechseln mit 500.000 m² eingesparter Wohnfläche. In Ressourcen ausgedrückt könnten so etwa 660.000 t Sand, Kies, Erze, fossile Energieträger etc. sowie 2 Mio. t Wasser pro Jahr eingespart werden¹⁰.

Zudem würde durch den Bezug kleinerer Wohnungen der Energieverbrauch während der Nutzung reduziert, pro m² Wohnfläche und Jahr geht man z.B. bei einem nach der Wärmeschutzverordnung von 1995 errichteten Gebäude

Für die dem GdW angeschlossenen Wohnungsanbieter ergäbe sich für den Wohnungstausch ein geschätztes Potential von etwa 25.000 Wohnungswechseln mit 500.000 m² eingesparter Wohnfläche.



von einem Verbrauch von ca. 100 kWh oder 10 Liter Heizöl aus. Dies ergibt für das genannte Tauschvolumen einen Wert von etwa 5 Mio. Litern, der bei den einmal umgezogenen Haushalten Jahr für Jahr eingespart werden kann. Zusätzlich werden erhebliche Flächenversiegelungen und die hiermit verbundenen infrastrukturellen Ressourcenaufwendungen vermieden.

Die Effizienz-Wirkung des Wohnungsaustauschmanagements läßt sich auch an der verstärkten Nutzung des freierwendenden Wohnraums erkennen, ausgedrückt in der Anzahl an Personen, die in diese Wohnungen neu einziehen im Vergleich zur bisherigen Belegung der Wohnungen. Bei Allbau z.B. nutzen im Durchschnitt 3,8 Personen eine freigewordene Wohnung gegenüber 1,5 Personen vor dem Tausch. Dies entspricht einem Faktor 2,5 der Nutzungserhöhung.

3. Aufbau von Kfz-Altteilenetzwerken – Voraussetzung für zeitwertgerechte Reparatur

Im Rahmen des Projekts konnten die Fraunhofer Institute IML und ICT als Koordinatoren dieses Projektteils folgende Feststellungen treffen¹¹:

Die Verwertung von Altautos befindet sich – unter dem Eindruck der Altauto-Verordnung – in einem tiefgreifenden Strukturwandel. Wegen der geringen Erlöse aus der stofflichen Verwertung verstärken die Verwerterbetriebe das Hochwertrecycling (Demontage und Vertrieb hochwertiger Altteile), wodurch die Grundlage für die Wiederverwendung der Altteile zur zeitwertgerechten Reparatur geschaffen wird. So wird in der zeitwertgerechten Reparatur ein neues, attraktives Dienstleistungsangebot für die Werkstätten gesehen, von dem auch das Kfz-Handwerk als Reparaturdienstleister unmittelbar profitiert. Auch die Zulieferer erwägen am neu entstehenden Markt durch Aufbereitung (bzw. in Kooperation mit Aufbereitern), Aufarbeitung und Vermarktung von Altteilen zu partizipieren.

Unbedingte Voraussetzung für die Etablierung des Zukunftsmarktes „zeitwertgerechte Reparatur“ ist die Verfügbarkeit (Quantität) und gesicherte Qualität der gebrauchten Teile in den Werkstätten – bei betriebswirtschaftlich interessanten Konditionen. Erreicht werden kann dies durch

Die Öko-Effizienz der Gebrauchtteileverwertung wird insbesondere durch die logistische Effizienz der Verwertungskette bestimmt, die es zu optimieren gilt.

die Erweiterung des Angebotes industriell aufgearbeiteter Produkte mit den Qualitätsstandards eines „Quasi-Neuteils“ (Austauscherzeugnisfertigung). Lösungsansatz des neuen Dienstleistungskonzeptes ist ein Altteilenetzwerk, das Verwertungsunternehmen, Aufbereiter, Händler, Logistikdienstleister und Werkstätten sowohl physisch als auch informatorisch miteinander verknüpft und enge Kooperationen ermöglicht. Durch die Substitution von Neuteilen durch gebrauchte Teile sind Öko-Effizienz-Potentiale, d.h. Ressourceneinsparungen grundsätzlich gegeben. Die Öko-Effizienz wird aber insbesondere durch die logistische Effizienz der Verwertungskette bestimmt, die es zu optimieren gilt.

4. Autohäuser als „Fachmärkte für Mobilität“

Nach Erkenntnissen, die das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung gesammelt hat¹², kann ein „Autohaus als Fachmarkt für Mobilität“ als neuer Betriebstyp von Kfz-Handel und -Handwerk – ergänzend zum bereits bestehenden Service – innovative Dienstleistungen rund um das Bedürfnisfeld Mobilität anbieten, wie z.B. Kilometerleasing als Weiterentwicklung des Car-Sharing, Pool-Leasing, Car-Pooling, Mobilitätsberatung etc. Um betriebswirtschaftlich rentabel zu sein, sollte es dabei zu regionalen, markenübergreifenden Kooperationen verschiedener Autohäuser kommen. Notwendig ist außerdem eine unterstützende Infrastruktur in Form einer „outgesourcten“ „Mobilitätsverbundgesellschaft“ zur Abwicklung der Dienstleistungsvermittlung und -organisation. Die beteiligten Autohäuser und Werkstätten würden Autos in einen Fahrzeugpool einbringen und bestimmte Standorte betreuen.

Mit diesem neuen Konzept können erhebliche Verbesserungen in Richtung einer nachhaltigen Wirtschaft möglich sein: Über die Autohäuser kann ein Kundenklientel für neue Mobilitätsdienstleistungen angesprochen werden, das über andere Anbieter (ÖPNV-Betriebe, Car-Sharing-Organisationen) allein nicht erreicht wird. Markt- und Wettbewerbschancen dieses neuen Autohaus-Betriebstyps sind daher als gut zu bezeichnen, in der Summe sind auch positive Beschäftigungseffekte zu vermuten. Ökonomische Sicherheit bieten z.B. die Erträge aus den Kurzzeitvermietungen, das Einbringen der Kilometerleasing-Flotte in den Gebrauchtwagenhandel und umgekehrt der Fahrzeuge aus dem Gebrauchtwagenvorrat in die Fahrzeugflotte. Die Pflege und Instandhaltung der Fahrzeugflotte kann beim Ausgleich von Belastungstälern der Werkstätten helfen. Der Aufbau sogenannter „Verwertungskaskaden“ ist denkbar und betriebswirtschaftlich interessant. Mehrfachnutzung und -besetzung der Pkw und eine effektive Streckenplanung auch in Kombination mit öffentlichen Verkehrsmitteln spart darüberhinaus mit Mobilität verbundene Ressourcenverbräuche.

Die Projektergebnisse zeigen: Notwendig ist nun die pilothafte Umsetzung der innovativen Dienstleistungskonzepte. Insbesondere von Verbandsseite könnten Anstöße ausgehen, denn erfolgreich umgesetzte Modelle sind die beste Voraussetzung für eine schnelle Diffusion der Innovation und damit auch für eine Stärkung der Branchen. Auch die Wirtschaftspolitik sollte solche Ansätze unterstützen, nicht nur um innovativen Dienstleistungskonzepten zum Durchbruch zu verhelfen. Vielmehr geht es um die Einbeziehung der vorgestellten Konzepte in eine Strategie der Förderung der Öko-Effizienz gesamter Bedarfsefelder. So sollten integrierte Konzepte z.B. für die Bereiche „Wohnen“ und „Verkehr“ des Pkw-Verkehrs gefördert werden.

spw

- 1 vgl. Meadows u.a.: Die neuen Grenzen des Wachstums, Stuttgart 1992
- 2 vgl. Schmidt-Bleek, F.: Wieviel Umwelt braucht der Mensch? MIPS – Das Maß für ökologisches Wirtschaften, Basel 1994, S. 48
- 3 „Öko-Effizienz wird erreicht durch die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen zu wettbewerbsfähigen Preisen, die menschliche Bedürfnisse befriedigen und Lebensqualität bringen, während auf den Lebenszyklus bezogen die Umweltwirkungen und die Ressourcenintensität fortschreitend reduziert werden, bis zu einem Niveau, das der voraussichtlichen Tragfähigkeit der Erde entspricht.“ World Business Council for Sustainable Development (Hrsg.): Eco-Efficient Leadership, Genf 1996
- 4 Bierter, W.: Öko-effiziente Dienstleistungen und zukunftsfähige Produkte. in: Bullinger, H.-J.: Dienstleistungen für das 21. Jahrhundert, Stuttgart 1997, S. 584
- 5 Näheres findet sich im Abschlußbericht, der sich in Druck befindet und in Kürze erscheinen wird; Informationen zur Tagung können im Internet unter <http://www.dl2000.de> abgerufen werden.
- 6 vgl. Bassmann Bau AG: River-Walk Häuser, Firmenprospekt, Berlin 1997
- 7 Schader Stiftung (Hrsg.): Neue Wohnungen auch im Alter: Folge-

- rungen aus dem demographischen Wandel für Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft, Darmstadt 1997
- 8 vgl. Liedtke, C., Vogel, A.: Öko-effiziente Dienstleistungen im Bereich „Wohnen“. Berechnungen nach dem MIPS-Konzept (=unveröffentlichter Teilprojektbericht des Wuppertal Instituts), Wuppertal 1998
- 9 aus: Schader Stiftung, a.a.O., S. 100 sowie eig. Ermittlungen (für die VeBoWAG wurden die für sechs Monate vorhandenen Werte hochgerechnet)
- 10 vgl. Liedtke/Vogel, a.a.O.
- 11 vgl. Fraunhofer Institut für Materialfluß und Logistik; Fraunhofer Institut für Chemische Technologie: Fallstudie „Kfz-Zuliefergewerbe und Kfz-Entsorger/Verwerter“ im Abschlußbericht (s.o.)
- 12 vgl. Frick, S.: Öko-effiziente Dienstleistungen für Kfz-Handel und -Handwerk? (Arbeitspapiere der RWI-Forschungsgruppe Handwerk und Mittelstand), Essen 1998

Über die Autohäuser kann ein Kundenklientel für neue Mobilitätsdienstleistungen angesprochen werden, das über andere Anbieter (ÖPNV-Betriebe, Car-Sharing-Organisationen) allein nicht erreicht wird.

1. Das Downgrading eines Politikfeldes

„Der Suchvorgang innerhalb des Dokuments ist abgeschlossen. Das gesuchte Element konnte nicht gefunden werden.“ Das gesuchte Element war das Wort „Internet“ und das besuchte Dokument heißt „vertrag.doc“ und trägt die Überschrift „Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert“. In der Koalitionsvereinbarung der Regierungsparteien ist vom Internet nirgends die Rede. Zu lesen ist: „Die Politik der Bundesregierung zielt auf die beschleunigte Nutzung und Verbreitung moderner Informations- und Kommunikationstechnologie in der Gesellschaft. Chancen und Potentiale der Wissens- und Kommunikationsgesellschaft müssen für eine international wettbewerbsfähige Wirtschaft, für neue Erwerbsarbeit, für ökologische Nachhaltigkeit, für einen uneingeschränkten Informationszugang, für Wissenserweiterung und für die weltweite Erweiterung der Freiheitsräume der Menschen ausgeschöpft und erschlossen werden ... Effektiver Datenschutz im öffentlichen und im privaten Bereich gehört zu den unverzichtbaren Voraussetzungen für eine demokratische und verantwortbare Informationsgesellschaft. Die notwendige Anpassung des deutschen Datenschutzrechts an die Richtlinie der Europäischen Union soll kurzfristig umgesetzt werden. Durch ein Informationsfreiheitsgesetz wollen wir unter Berücksichtigung des Datenschutzes den Bürgerinnen und Bürgern Informationszugangsrechte verschaffen.“

Dass eine Vision des „Übergangs in die Dienstleistungs-, Wissens- und Informationsgesellschaft“ in einem kleinen Spiegelstrich ausgerechnet im Kapitel „Deutsche Einheit vollenden“ auftaucht, sollte wohl nicht zu Ernst genommen werden. Bei der Festschreibung der politischen Zielvorstellungen der neuen Regierung spielten offenbar die Konzeptionen zur Entwicklung der Informationsgesellschaft, Medien- und Kommunikationspolitik keine Rolle, die seit 1995/96 auch im Kontext der beiden Regierungsparteien ausgearbeitet worden waren. Das mehrseitige Verhandlungspapier zur Informationstechnologiepolitik löste sich im Verlauf der Verhandlungen in Luft auf. Der neue Ressortzuschnitt zeigt, dass es um anderes ging als um die Realisierung der von den einstigen Oppositionsparteien

Diese Seite der Politik befindet sich noch im Aufbau

von Rainer Rilling*

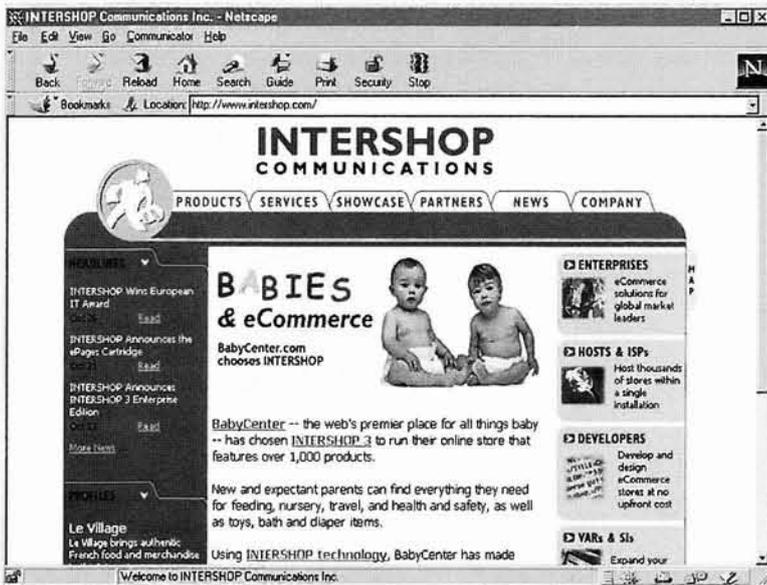
geforderten Einheitlichkeit einer übergreifenden, neuen Medien- und Kommunikationspolitik. Das Verständnis – und die Lobby – für eine solche nicht nur ökonomisch und propagandistisch ansetzende Politik scheint im neuen Bundestag offenbar noch mehr zu fehlen als im vergangenen.

2. Die Informatisierung der Politik

Dabei ist evident, dass die Informatisierung des Parlaments, der Verwaltung und des politischen Prozesses international wie in der Bundesrepublik voranschreitet. Beispiel Internet: eine Untersuchung Anfang 1998 ergab, dass praktisch alle Büros des US-Parlaments täglich das Internet nutzen. 90% der Parlamentarier haben Netzzugang; knapp die Hälfte der Büros erhalten täglich mehr als 50 E-Mails aus dem Wahlkreis, 16,1% sogar mehr als 200. Clinton brachte es in seiner Amtszeit bislang auf 2,3 Millionen E-Mails. Von 270 Wahlkampagnen in den USA für die diesjährigen Novemberwahlen setzten 63% das Internet ein. Neben TV, Radio, Zeitung, Telefon und Direktmailing etablierte sich als sechste Komponente des Campaignings das Internet. Für die Professionalisierung des politischen Medi-

* Rainer Rilling, Privatdozent für Soziologie an der Universität Marburg und Geschäftsführer des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi), Mail: WWW: <http://staff-www.uni-marburg.de/~rillingr/>

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



eneinsatzes steht, dass jeder zweite Netzwahlkampf durch externe Agenturen wie Net.Capital oder Mindshare Internet Campaigns technisch und medienpolitisch realisiert wurde. Die Veröffentlichung des Starr-Reports auf dem Server des US-Parlaments führte zu drei Millionen Zugriffen in der Stunde, die Zugriffe auf Newsmedien nahmen um über ein Drittel zu. CNN meldete 350.000 Zugriffe pro Minute, MSNBC notierte zwei Millionen „Starr-Besucher“ und AOL kalkulierte einen Zuwachs um 30% – das Netz wurde zum Massenmedium des Parteienkampfes. 12% der US-Bevölkerung (15% der Männer und 8% der Frauen) riefen das Dokument ab – und befassten sich eine halbe Stunde damit. Die übliche durchschnittliche Verweildauer pro Dokument ist eine Minute. Bei der politischen Mobilisierung zu den Parlamentswahlen im November spielte das Internet eine beträchtlich größere Rolle als zuvor.

Auch in der Bundesrepublik gab es im Zusammenhang mit der Bundestagswahl einen kurzen Aufschwung der politischen Netzaktivität. Neben den virtuellen Parteizentralen entwickelte sich erstmals ein *Personenbranding* (von eng.:

brand = Markenzeichen, d.Red.): Domains auf den Namen der Kandidaten wurden eingerichtet¹. Auch hierzulande spielten Agenturen und die Ankoppelung an die klassischen Medien erstmals eine Rolle.² Helmut Kohl präsentierte sich digital und bemitleidenswert im Chat – es dauerte

eine halbe Stunde, bis seine erste von insgesamt sechs Antworten eintrudelte und 70 Minuten später war alles vorbei. Die Resonanz auf die Netzaktivitäten ist schwer einzuschätzen, eine detaillierte Übersicht zur Nutzung der politischen Netzangebote der Parteien liegt nicht vor. Der personelle Ressourceneinsatz blieb schmal (2-5 Personen), der finanzielle ist unbekannt. Parallel dazu wurden die Websites der Fraktionen auf Bundes- und Landesebene ausgebaut. Am Ende der Legislaturperiode hatten 196 Parlamentarier eine Webseite – vor vier Jahren gab es keine. Die Nachrichtenmedien (Magazine, TV-Nachrichten) bauten eine umfangreiche wahlpolitische Netzberichterstattung mit professionell gestalteten und präsenten politischen Websites auf, ebenso einige Landeszentralen für politische Bildung. Ins-

gesamt war 1998 das Medium Internet erstmals im Wahlkampf präsent – seine politische Bedeutung gegenüber anderen Medien wurde, wie der Ressourceneinsatz der Parteien zeigt, jedoch als noch sehr gering eingeschätzt.

3. Die Ordnung der Menschen

Jede/r durchschnittliche bundesdeutsche Erwachsene sieht täglich drei Stunden fern und hört ebenso lang Radio – befasst sich aber nur 7 Minuten mit dem PC. Dennoch ist kaum mehr umstritten, dass sich das Internet binnen eines Jahrzehnts zu einem Massenmedium entwickelt hat. Und wie andere Massenmedien reproduziert es vorhandene Dimensionen sozialer Ungleichheit. Im Frühjahr 1998 verfügten nach der ARD/ZDF-Onlinestudie 1998 über 6,6 Millionen Menschen in der BRD privat oder beruflich über Netzzugang – 10,4 Prozent der Bevölkerung. Fast 40% der heutigen NetznutzerInnen sind irgendwann in den letzten zwei Jahren dazu gekommen, 72% sind männlich, 62% haben Gymnasiums- oder Hochschulabschluss, 14% waren Hauptschulabgänger, ohne Abitur sind 23%, 2/3 sind voll berufstätig, 20% sind Schüler und Studierende. Trotz der schnellen Ausweitung zeigen sich also robuste Muster ungleicher Verteilung, was das Geschlecht und die Qualifikation angeht.

Das US-Handelsministerium diagnostizierte dieses Jahr in seiner zweiten Studie „*Falling through the Net*“ eine *Vertiefung* der „digitalen Kluft“ – ungeachtet der Zunahme des Zugangs zu Computern und Netz. Die Ausstattungsdichte mit Computern ist bei Amerikanern mit Hochschulqualifikation zehn Mal so hoch (38,4%) wie bei jenen, die nur acht Jahre oder weniger in der Ausbildung waren. Nur 13,9% der Haushalte mit weniger als 35.000 \$ Jahreseinkommen waren 1997 online (und nur 2,3% der ländlichen Haushalte mit einem Einkommen bis 10.000 \$), aber 49,2% der Haushalte mit einem Einkommen von über 75.000 \$. Haushalte der Weißen sind drei Mal so häufig online wie die Haushalte der Latinos und Afroamerikaner. Die Onlineanbindung auf dem Land ist weit unterdurchschnittlich. Kumulative Effekte sind evident: nur 1,2% der Ungelernten, die nicht in der Stadt wohnen, haben einen Netzzugang, dagegen fast 40% der Hochschulabsolventen, die in der Stadt leben. Generell stehen Arme auf dem Land, Minderheiten auf dem Land und in den Innenstädten, Jugendliche und Haushalte, die von Frauen geführt werden, am Ende der Skala³. Norris/Auswertung einer Reihe US-amerikanischer Studien schließlich legt nahe, dass sich just in der Gruppe der *politischen Aktiven* die bei den NetznutzerInnen ohnehin ausgeprägte Geschlechterdifferenz vertieft und hier der Anteil der Einkommensstärksten dreimal höher ist. Endlich gibt es zahlreiche Anhaltspunkte dafür, dass jene, die das Internet intensiv nutzen, offenbar politisch überdurchschnittlich interessiert und aktiv sind und auch andere Medien überdurchschnittlich nach politischen Inhalten abfragen.

Wenn sich durch das Internet bislang das Verteilungsmuster des politischen Engagements auch aufgrund der Wiederholung des bekannten sozialökonomischen Bias nicht grundlegend änderte – nur wenige *Have-Nots* betreiben „politische Kommunikation im Cyberspace“ – dann ist es weiterhin eine genuine Aufgabe demokratischer Kommunikationspolitik, die vorhandene technische, ökonomische, soziale wie kulturelle Zugangs- und Nutzungungleichheit wissenschaftlich zu ermitteln und global, regional wie lokal politisch zu kompensieren bzw. abzubauen. Technikkompetenz und medienpädagogisch antrainiertes Kontextwissen reichen hier nicht aus – gefragt sind finanzi-

Die Konzeptionen zur Entwicklung der Informationsgesellschaft, die seit 1995/96 auch im Kontext der beiden Regierungsparteien ausgearbeitet worden waren, spielten für die Koalitionsvereinbarung offenbar keine Rolle.

eller Ressourceneinsatz und die Einbindung des Mediums und seiner Technik in alltägliche Nutzungszusammenhänge, deren politische Dimension bemerkt und ergriffen werden kann. Dass demokratische Netzpolitik damit eine massive sozialpolitische Dimension hat, ist in der amerikanischen Diskussion nichts Neues; hierzulande gehen diese Begriffe bislang nicht zusammen.

4. Die Ordnung der Daten

Mit der Transformation des Internets in ein globales Massenmedium verändert sich die Machtstruktur des neuen Mediums. Im Prozess und Resultat der Globalisierung des Netzes lassen sich unschwer die Markierungen der globalen Ordnung wiederfinden.

Nationen, welche die höchste Dichte an Transport, Energie und Telekommunikationsumsätzen haben, führen auch in der Internetnutzung – so die Untersuchung von Arnum/Conti, die sich auf Januar 1998 bezieht: „Der Grad der Internetaktivität in einem Land, gemessen an der Zahl der Hosts, Domänen und Webseiten, ist streng korreliert mit dem Reichtum (= Pro-Kopf-Einkommen – RR.) sowie den Infrastrukturen für Energie, Kommunikation und Transport. Die Korrelationen zu Strassen, Bahn und Bevölkerungsdichte sind weit schwächer.“⁴ Es gab keine Länder, die unter dem Pro-Kopf-Einkommensdurchschnitt lagen, aber eine überdurchschnittliche Netzkonnektivität erreichten. „Neun Länder in Skandinavien und Nord Amerika besitzen gemeinsam nur 6% der Weltbevölkerung, aber 73% der Webseiten und 79% der Internethosts.“⁵ Zu dieser Struktur gehört, dass die sechs am meisten verbreiteten kommerziellen Netzanbieter in den USA basiert sind und *American English* die Lingua Franca des Internets ist – und bleiben wird. In der Bundesrepublik wird der Markt der privaten Onlinedienste von nicht einmal einem halben Dutzend Anbieter kontrolliert, vorweg T-Online, AOL und Germany.net.

Auf dieser Hierarchisierung der globalen Netzordnung baut sich eine neue Geographie der Datennetzwerke auf. Eine Analyse von Moss und Townsend vom April 1998⁶ zeigt, dass sieben hoch verknüpfte Metropolen die US-amerikanische Geographie der Datennetzwerke bestimmen. Sie erfassen die Verteilung der Domänenregistrierung und die Kapazität der Internetverbindungen (der 29 potenten Netzwerke, die als „Backbone“ charakterisiert werden) in 85 Großstädten, Stadtregionen und Bundesstaaten. Als Zentren der Netzaktivität in den USA gelten Massachusetts, New York, Florida, Texas und California. Regional konzentriert sich die Netzaktivität auf die Achsen Boston – New York – Washington und San Francisco – Los Angeles – San Diego. Kurz: im Gegensatz zu den Theorien von der dezentralisierenden Wirkungsweise des Netzes hat das Internet einen klaren Bias in Richtung auf die Spitze der städtischen Hierarchien. Die komparativen Vorteile der großen städtischen Zentren werden nicht untergraben und es dominieren die traditionellen Zentren der Telekommunikation und Medien. Politisches Gegensteuern zu dieser globalen wie regionalen Hierarchisierung der Datennetzwerke existiert kaum – für die Bundesrepublik ist dieser Sachverhalt weder wissenschaftlich analysiert noch politisch präsent.

Diese neue Topologie der globalen Ordnung der Daten wird akzentuiert, betrachtet man die Binnenordnung des technisch konstituierten Informationsraums. Sieben Internetfirmen sind mittlerweile über 50 Millionen Amerikanern bekannt: America Online, Yahoo!, Netscape, Amazon.com, Priceline.com, Infoseek, Excite. AOL ist vier

von fünf AmerikanerInnen ein Begriff. Nur einige wenige Websites ziehen einen Großteil des Netzverkehrs auf sich, angeführt von AOL, Yahoo, Microsoft, AltaVista/Compaq, CNN, Infoseek, Cnet, Geocities und Netscape – und der Markt der Erfassung entsprechender Daten ist nebenbei mittlerweile zum Gutteil zwischen den Ratingfirmen Media Matrix, Nielsen Media Research, PCData und NetRatings aufgeteilt. Auch ein Blick auf die bundesdeutschen Online-Nutzungsdaten zeigt eine starke Konzentration auf wenige Anbieter (AOL, Focus, ProSieben, praline, SAT1, Spiegel, Stern, TV Spielfilm, BILD, Handelsblatt, Rhein-Zeitung, ZD-Net, DINO, Fireball und fünf Vermarktungsgemeinschaften).⁷ Zwar ist eine umfassende Rekonstruktion der Hyperlinkstruktur, die ganz wesentlich Sichtbarkeit und Aufmerksamkeitsverteilung im Informationsraum vermittelt, gegenwärtig nicht möglich. Auf nur einige wenige Sites wie Yahoo, Microsoft oder Netscape wird jedoch millionenfach verwiesen.

Solche Zentrum – Peripherie – Strukturen werden bemerkenswerterweise auf einer technischen Basis realisiert, deren Eigenschaften eine zentrale Systemsteuerung unmöglich machen. Die Internetstandards sind offen und nicht proprietär (eigentumsgebunden, d.Red.), weder die Technik noch die Netzdienste und der Hostbetrieb können zentral kontrolliert werden. Der Ersatz der freien Software durch proprietäre Software geht zweifellos nur recht schleppend vor sich: das Netz und seine Dienste funktioniert immer noch weitgehend dank frei zugänglicher Software / Programme wie Apache, Perl, Majordomo, Sendmail, BIND, INN etc., welche die Ausweitung des Netzes und die globale Anschlussfähigkeit für alle digitalisierbaren Kommunikationsformen sichern sollen. Privateigentumsbildung und daraus entstehende Verfügungs- und Entschei-

Das Internet hat sich binnen eines Jahrzehnts zu einem Massenmedium entwickelt. Und wie andere Massenmedien reproduziert es vorhandene Dimensionen sozialer Ungleichheit.

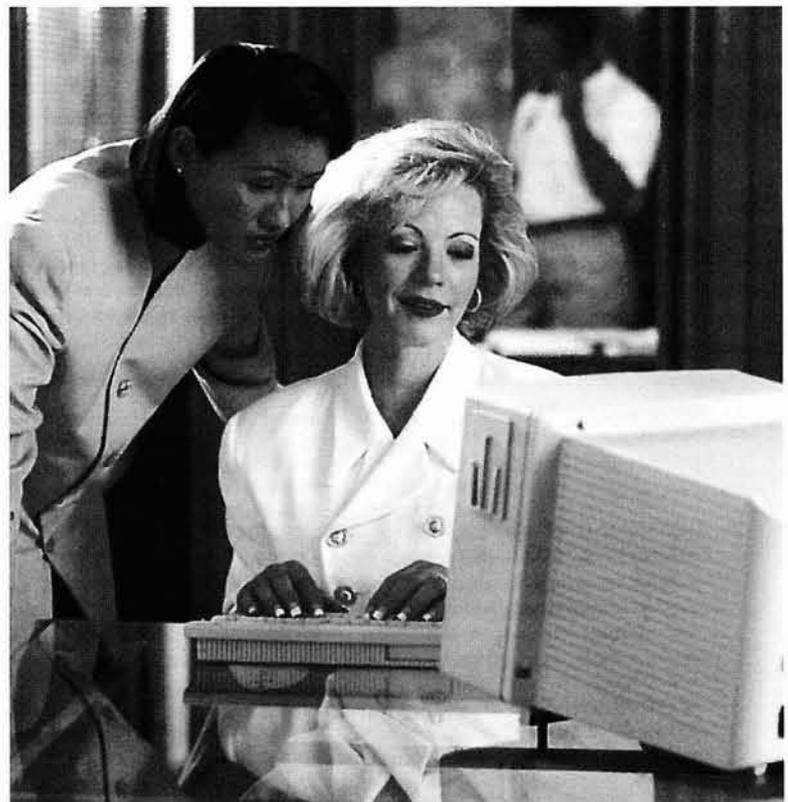


Foto: Christian Kiel (Meerbusch)

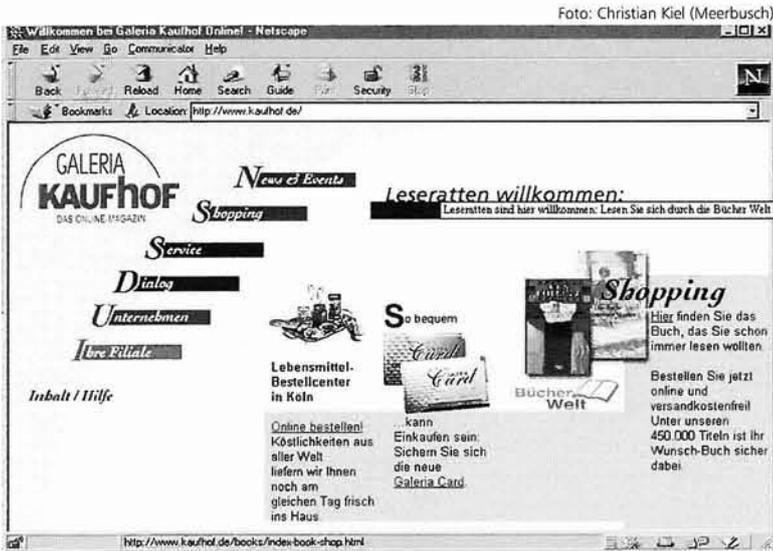


Foto: Christian Kiel (Meerbusch)

dungsmacht ist am weitesten jenseits dieser Ebene entwickelt: dort, wo es um die physikalische Basis dieses Systems geht – also etwa um die verschiedensten Übertragungsmedien Kabel, Satelliten, Speicher usw. – und dort, wo es um Anwendungen geht – also etwa um die Ordnung der Schnittstellen zur Nutzung und die dort laufenden Anwendungen. Hier geht es nicht nur um proprietäre Anwendungssoftware (dass Browser – die Programme, mit denen man sich im Internet bewegt, Seiten aufruft und ansieht etc., d.Red. – weithin verschenkt werden, ändert nichts daran), sondern – wesentlicher – um die Privatisierung des Adressraums (die Provider gelangen nun in den Besitz der Adressen, sie gehören eigentlich nicht mehr den Sites, die sie gleichsam von den Providern ausleihen), um die Bildung geschlossener Informationsräume (Intranets) oder um die Hierarchisierung der Kommunikationsdienste durch Bandbreitenreservierung und Arrangements proprietärer zeitkritischer Dienste.

5. Die Ordnung der Politik

Die verstärkte Nutzung des Internets durch die politische Kommunikation ändert nichts daran, dass politische Netzkommunikation eine relativ marginale Rolle spielt. Nur einige

Politische Kommunikation spielt im Internet eine relativ marginale Rolle. In den Ranglisten, die Häufigkeiten der Zugriffe auf Netzangebote dokumentieren, kommen politische Angebote nicht vor.

Hundert der weit über 100.000 Mailinglisten und Newsgroups befassen sich explizit mit „Politik“ und dass die Zahl politischer Web-Angebote in der Bundesrepublik dank der Ausweitung der Webpräsenz staatlicher Stellen mittlerweile einigermaßen vierstellig geworden ist, ändert nichts daran,

dass der Anteil politischer Sites in der Bundesrepublik bei gut einem halben Prozent liegen dürfte⁹. Auch auf der Nachfrage- oder Nutzungsseite spielt explizite Politik im Gesamtspektrum der Netzkommunikation keine herausragende Rolle. Eine Umfrage des US Freedom Forum ergab, dass von den 26% der Amerikaner im Wahlalter, die einen Netzzugang hatten, nur 4% politische Sites besuchten. In den Ranglisten verbreiteter Spezialverzeichnisse, die Häufigkeiten der Zugriffe auf Netzangebote dokumentieren, kommen politische Angebote nicht vor. Politik wird (bestenfalls) *mitgelesen* bei der Nutzung der allgemeinen Netzangebote etablierter Medien (CNN, Time, FOCUS, Stern, SPIEGEL, Welt usw.), nur die zentralstaatlichen politischen Netzangebote (Bundestag / Bundesregierung oder

Weisses Haus / US-House) haben mittlerweile wenigstens ansatzweise vergleichbare Nutzungsziffern. Die Angebote anderer staatlicher Stellen und politischer Organisationen werden demgegenüber weitaus weniger wahrgenommen.⁹

Während die *Zugriffsziffern* mittlerweile gleichsam als virtuelle Einschaltquoten fungieren und bei Großanbietern wie Spiegel-Online das Feedback durch Seitenabrufe mittlerweile im Kurzzeittakt die Platzierung der Dokumente bestimmt, ist die Rekonstruktion der Verteilung der Sichtbarkeit und Aufmerksamkeit auf die politischen Orte im Informationsraum durch Analyse der *Linkstruktur* (die Struktur der Verweise von Websites auf andere, die dann durch „Anklicken“ besucht werden können, d.Red.) noch wenig üblich. Dabei wird so nicht der passive User erfasst, sondern die Gruppe jener, die aktiv durch eigenes Wahlhandeln das Feld des politischen Informationsraums mitgestalten. Eine Zusammenstellung der Anzahl der Verweise auf gut 40 von insgesamt über 600 bundesdeutsche politische Sites, die in eine Link-Recherche mittels der Suchmaschinen AltaVista und Infoseek (3. Juni 1998) einbezogenen wurden, zeigt, dass rund ein Dutzend politischer Sites von Ministerien, Landesregierungen oder Parteien sich zentral positioniert hat; der Deutsche Bundestag nimmt im Verweisfeld Politik mittlerweile die erste Stelle ein. In der Spitzengruppe der 43 Websites, die im politischen Verweisraum eine hohe Aufmerksamkeitschance haben, sind 41 (!) Netzangebote etablierter größerer Institutionen, Organisationen, Verbände und Parteien. Auf der anderen Seite gibt es zahllose kleinere politische Sites, die aus dem politischen Verweisfeld herausfallen und kaum eine Chance haben, gefunden, gesehen und zur Kenntnis genommen zu werden – soviel zum Thema der Egalité im Netz.¹⁰ Die Bildung von „Webrings“ (Verweiskartellen) ist ein Gegenmittel, das Pornografieanbieter weit besser beherrschen als die Linke.

Insgesamt herrscht hierzulande neben Projekten zur *Rationalisierung* politischer Kommunikation („bürgernahe Verwaltung“) und wenigen Angeboten / Projekten *gesellschaftlicher* Organisationen, Initiativen und Bewegungen das *netzpolitische Marketing* politischer Großunternehmer vor. Es knüpft an „pop/interactive“ Medienformate an, die sich in den USA Ende der 80er Jahre durchzusetzen begannen und die mit Begriffen wie „Talkshows“, „Popcampaigning“, „Interaktion (Feedbackpolitik)“ charakterisiert sind¹¹. Das Netz befördert die Verbreitung solcher Formate und ermöglicht zugleich ihre Feindifferenzierung („narrowcasting“). Vor allem stoßen wir mittlerweile gerade auch im Raum politischer Netzkommunikation auf eine weitläufige Topographie der Interaktivität. Kein großer politischer Site in der Bundesrepublik kommt ohne ein mediengerecht mobilisierendes Interaktivitäts-Set aus: E-Mail-Adressierungen, Gästebücher, Dokumentendownload, Serviceleistungen, Linkkataloge, Mailinglisten, Chat-Rooms, Online-Konferenzen, interaktive Spiele ohne Ende. Interaktivität ist mittlerweile netzpolitisch korrekter Standard. Bemerkenswert an diesem auf den ersten Blick demokratiepolitisch hocheffreulichen Vorgang ist, dass kein (!) großer politischer Site sechs Fragen thematisiert:

1. wer das Set warum, also mit welchen Zielen eingerichtet hat
2. ob das Set überhaupt genutzt wird,
3. wozu das Set genutzt wird
4. was die Nutzung beim Nutzer – zum Beispiel politisch – bewirkt (Stichwort Wirkungsforschung)
5. ob die Nutzung *ausgewertet* wird und

POSTINDUSTRIELLER KAPITALISMUS?

6. was die Nutzung beim *Benutzten* – zum Beispiel politisch – bewirkt.

Dies alles hat mit Transparenz politischer Kommunikation zu tun. Solches Wissen über Kontext, Realität und Folgen interaktiver politischer Kommunikation ist die Voraussetzung dafür, Aussagen über die tatsächliche Funktion und Relevanz des „Comebacks des Paradigmas der Interaktivität“ (Gottfried Oy) machen zu können, insbesondere darüber, welche Bedeutung die Interpretation der Kommunikation seitens der Empfänger für die Befestigung oder Hinterfragung eines herrschenden Konsens hat¹². Ob und wie der Modus der Interaktivität tatsächlich Interessensbildung und -formulierung unterstützt, wie dies die gängigen demokratietheoretischen Annahmen zum Internet unterstellen, oder ob es hier nicht um ein sich parallel entfaltendes Instrumentarium geht, mit dessen Hilfe vordergründig netzspezifisches Infotainment realisiert wird, indem jede/r mal am politischen Spiel mitmacht.

Die Macht im Netz

Fast nie wird beim Reden von Interaktivität auch von Macht gesprochen. Schon im wirklichen Leben ist Macht eine unsichtbare Eigenschaft sozialer Beziehungen. Sie kann bestehen in der Durchsetzung eines Willens, in der Kontrolle über Situationen und Akteure und Kontexte, in der Öffnung oder Schließung von Optionen und Handlungskorridoren. Macht legt fest – das ist ihre Funktion. Mit den neuen Medien des virtuellen Raums verschwindet Macht nicht, sondern verbirgt sich zusätzlich. Sie aufzuspüren, ist von großer Bedeutung für jene, die durch eine solche Ordnung festgelegt, an sie gebunden werden. Natürlich geht es darum, diese Macht mit viel Bedienerfreundlichkeit auszustatten – sie zu personalisieren, sie zu individualisieren, mit Feedback und Interaktivität und Wahlmöglichkeit zu versehen. Macht ist – fast immer – eine asymmetrische Tauschbeziehung, der Mausclick wird gebraucht, sonst funktioniert sie nicht. Allerdings: Macht, die ihre Bindungsfähigkeit offen vorführt, sich zeigt, wird problematisch, schließlich ist Unsichtbarkeit ein kostbares Asset der Machtausübung. Die neoliberale Option für Netzplebiszite und Direktdemokratie ist darauf aus, die organisierte Repräsentanz gesellschaftlicher Interessen zu beseitigen und öffentliche, kollektive und politische Anliegen in isolierte, individuelle, private Wahlen zu konvertieren, Bürger (Netizens) in Konsumenten (User) zu verwandeln, die am Markt politische Transaktionen realisieren,¹³

Die neoliberale Form, in der sich das Netz zum Massenmedium entwickelt hat, bedeutet: das institutionelle Kontrollgefüge, das um die alten Massenmedien entstanden ist, fehlt fast völlig: von der fehlenden Konzentrationskontrolle über Regelungen der inneren Machtstruktur („innere Pressefreiheit“) und der wechselseitigen Selbstkritik der Medien bis zu justitiablen und normativen Festlegungen, wie sie etwa öffentlich-rechtliche Anstalten als Aufgabengestaltung der Einrichtungen formulieren (Naturschutz, Gleichheit, internationale Verständigung usw.). Dies wiegt um so schwerer, als die rapide voranschreitende Kommodifizierung des Netzes (Verwandlung in ein Medium für Warenproduktion und -austausch, d.Red.) durch massive Privatisierung und völlig unkontrollierte Konzentrationsprozesse unterfüttert wird – niemand ist hierzulande institutionell gehalten, diesen Prozess auch nur zu beobachten, geschweige denn zu kontrollieren. Mittlerweile ist die Erfindung des institutionellen Gefüges des neuen Massenmediums im vollen Gange. Es agieren Telephongesellschaft-

ten, Computerindustrie, Medienkonzerne, Inhaltsanbieter und – zunehmend machtloser – die alte Netzcommunity. Das alles läuft auf eine Umwandlung des FreeNet ins PayNet hinaus, selbstredend mit allerlei kulanten Gemeinwohlzugaben. Was Politik mit und auf den Netzen dann sein wird, ist evident.

spw

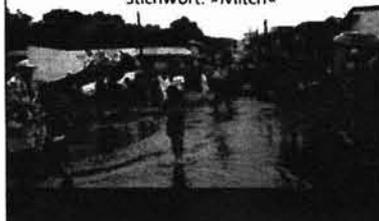
- 1 guido-westerwelle.de, schroeder98.de, jost-stollmann.de, joschka.de, helmut-kohl.de (auf die Junge Union Nordbaden registriert). Die www.gerhard-schoeder.de freilich hatte der schlaue CSU-MdB Helmut Jawurek für die Junge Union Oberpfalz erstanden („Diese Seite befindet sich noch im Aufbau!“).
- 2 Die Webauftritte der FDP betreute die Verlagsanstalt GmbH KG, den von Fischer die Agentur Bildschirmarbeit, Stollmann wurde von der Agentur Media diSain lanciert. Die Agentur Wysivwy betreute nicht nur RWE, Krombacher und Persil, sondern auch die SPD.
- 3 James W. McConnaughey, Wendy Lader: Falling Through the Net II: New Data on the Digital Divide, Washington 1998, s. www.ntia.doc.gov/ntiahome/net2/falling.html. 1997 hatten hier nach 93,8% der US-Haushalte einen Telefonanschluss, 35,6% einen PC, 26,3% Modems und 18,6% Netzzugang.
- 4 Eric Arnum, Sergio Conti: Internet Deployment Worldwide: The New Superhighway Follows the Old Wires, Rails, and Roads, INET 1998 http://130.75.2.13/inet98_proc/5c/5c_5.htm. Ansonsten verweise ich global auf die hervorragenden Analysen von Uwe Afemann (Universität Osnabrück).
- 5 Ebd.
- 6 Mitchell L. Moss, Anthony M. Townsend: Spatial Analysis of the Internet in U.S. Cities and States, New York University, April 1998, <http://urban.nyu.edu/research/newcastle> <http://www.iwv.de/data/index.phtml>
- 8 Vgl. die Kataloge „Politische Kommunikation“ der Friedrich-Ebert-Stiftung [<http://www.fes.gmd.de>] und „Wissenschaft plus Politik“ [<http://staff-www.uni-marburg.de/~rillingr>] sowie W. Hecker, R. Rilling: Politik im Internet, Papyrossa-Verlag, Köln 1998
- 9 Vgl. die Verzeichnisse Web-Counter Top 100 List (URL: www.digits.com/top/), Webhits (URL: www.b-online.de/webhits/) und 100hot Websites (URL: www.100hot.com) Von einer (!) Ausnahme abgesehen kommen politische Angebote nirgends vor, es dominieren Unterhaltungsangebote, Medien und netzbezogene Sites. Ein Beispiel zu den Größenordnungen: während im Sommer 1997 www.bundespraesident.de wöchentlich 800 – 1.000 Besuche aufzuweisen hatte, zählte Beth Mansfield's Site „*Persian Kitty's Adult Links*“ 425 000 tägliche Aufrufe.
- 10 S. <http://staff-www.uni-marburg.de/~rillingr/bdweb/texte/cyberdemokratie.html>
- 11 S. Diamond, E. Silverman, R. A.: White House to your House. Media and Politics in Virtual America. Cambridge 1997.
- 12 Immer noch im Anschluss an Stuart Hall sowie an Noam Chomsky's *Manufacturing Consent*.
- 13 Dies hat am Beispiel der kanadischen Reformpartei gezeigt David Barney: Push-button Populism: The Reform Party and the Real World of Teledemocracy, University of Toronto, in: Canadian Journal of Communications CJC 21.3. <http://hoshi.cic.sfu.ca/calj/cj/Backissues/21.3/barney.html>

Die neoliberale Option für Netzplebiszite und Direktdemokratie ist darauf aus, die organisierte Repräsentanz gesellschaftlicher Interessen zu beseitigen.

Naturkatastrophe in Nicaragua

Spenden Sie für Soforthilfe und Wiederaufbau!

Konto 976 738
Stadtparkasse Wuppertal
BLZ 330 500 00
Stichwort: »Mitch«



Die vermutlich größte Überschwemmungskatastrophe des Landes hinterläßt mindestens 4.000 Tote und Tausende von Vermißten. Allein in der Region Chinandega wurden durch einen Erdsturz sieben Gemeinden und weit über 1.000 Menschen unter den Erdmassen begraben. Hinzu kommen landwirtschaftliche Schäden gravierender Ausmaßes. Epidemien drohen. Die Regierung Alemán hat die sich zuspitzende Tragödie über Tage heruntergespielt und keinerlei Schutzmaßnahmen im Vorfeld unternommen.

Da wir seit Jahren in den betroffenen Gebieten Projekte unterstützen, können wir die schnelle und zuverlässige Verwendung der Gelder garantieren.

Infos und Materialien:
Informationsbüro Nicaragua, Postfach 101320, 42013 Wuppertal, Tel 300030, Fax 314346, eMail nica@wrtal.de

Eine Million Menschen in Not

Die Chancen nutzen

Zur Rolle von Nichtregierungsorganisationen nach dem Regierungswechsel

von Reiner Braun*

Für NRO bzw. Nichtregierungsorganisationen bzw. sich als außerparlamentarische Initiativenverstehende Vereinigungen bricht mit dem Regierungswechsel ein neuer Abschnitt Ihres Wirkens an. Sind doch die Mitglieder bzw. die FunktionsträgerInnen geprägt worden durch 16 Jahre Opposition gegen die Politik der konservativ-liberalen Koalition. Dieses Oppositionsverhalten ist tief im Bewußtsein der Organisationen verankert – und wird teilweise sicher auch weiter notwendig sein.

Neu ist seit dem 27.09.1998, daß die NRO's sich auch auf die Rolle des politisch Gestaltenden, ja teilweise Mitregierenden einlassen müssen. Die Akzeptanz dieser neuen Möglichkeiten heißt aber gleichzeitig, sich mit zwei eng beieinander liegenden Gefahren auseinander zusetzen: des hemmungslosen Opportunismus und des Sektierertums.

Was ich damit meine, ist – etwas zugespitzt – folgendes: Einerseits wird argumentiert: es hat sich politisch nichts oder so gut wie nichts verändert, außer dem Austausch von Köpfen. Die Alternativposition ist: Jetzt beginnt eine neue Politik. Viele der neuen Mächtigen sind uns lange verbunden, jetzt wird nicht alles, aber vieles besser.

Für beides lassen sich aus der Koalitionsvereinbarung Argumente ableiten, trotzdem bleiben beide Positionen unpolitisch und bedeuten einen Verzicht auf eigenständiges selbstbewußtes politisches Handeln.

„Außenpolitische Kontinuität“ im negativen Sinn

Besonders kritisch in der Koalitionsvereinbarung sind sicher die Ausführungen zur Außen-, Sicherheits- und Ver-



teidigungspolitik zu kommentieren. Sie bleiben weit hinter sozialdemokratischen Positionen im Parteiprogramm zurück. Sie sind im negativen Sinn „außenpolitische Kontinuität“.

Dieter S. Lutz spricht von der Notwendigkeit eines Tabubruchs in der Sicherheitspolitik. Dazu fehlt im Koalitionsvertrag – außer einigen schönen Worten zur Prävention – alles. Statt radikaler Abrüstung und Stop der Modernisierung der Bundeswehr (inklusive Eurofighter) wird die Fortsetzung dieser teuren und destabilisierenden Politik festgeschrieben, der Rüstungsetat soll mittelfristig erhöht werden.

Bei der angekündigten Strukturreform der Bundeswehr besteht die Gefahr, daß die Bundeswehr zu einer weitgehend auf „out of area-Einsätze“ gedrillten hochmodernen Interventionsarmee wird. Die NATO wird in der Koalitionsvereinbarung als heilige Kuh angesehen.

Ansätze und Defizite in andere Bereichen

Diesem Abschnitt stehen Politikbereiche gegenüber, in denen Alternativen zur bisherigen konservativen Politik, aber auch viele Defizite erkennbar sind. Ich möchte dies an der Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiepolitik verdeutlichen.

1. Die unzureichende Aussage zu dem Forschungsreaktor in Garching FRM2. Notwendig ist aus unserer Sicht eine klare Absage an einen mit waffenfähigem Uran ausgerüsteten Reaktor und nicht nur ein vager Prüfungsauftrag.

2. Ich vermisste im Abschnitt zu Bildung und Forschung, was in dem Abschnitt zur OSZE auftaucht, eine Aussage zur Friedensforschung. Notwendig scheint mir, daß die Friedensforschung – besonders auch die naturwissenschaftliche – angesichts der auf der Welt existierenden Probleme

und Konflikte wieder einen Stellenwert bekommt, den sie unter Gustav Heinemann gehabt hat.

3. Ich möchte noch auf einen Punkt hinweisen, der im Regierungsprogramm nicht vorkommt, das ist die dual use-Problematik (der sowohl zivilen wie militärischen Nutzbarkeit). Offensichtlich wird in großen Forschungsinstitutionen zunehmend dual use-Forschung betrieben.

4. Aus meiner Sicht muß eine Militarisierung von Forschung und Entwicklung unbedingt verhindert werden. Mich würde es freuen, wenn in dieser Hinsicht aus dem Ministerium eine Initiative entwickelt werden könnte, die die Zivilisierung von Forschung zum Inhalt hat.

5. Mich sorgen aktuelle Entwicklungen in der Wissenschaft, z.B. in der Biomedizin und der Gentechnik. U.a. durch Klonen und Embryonenmanipulationen werden ethische Grenzen bedroht. Es scheint uns notwendig, hier auch juristische Barrieren zu ziehen, möglicherweise durch ein Moratorium.

In vielen Bereichen ist diese Koalitionsvereinbarung mit „ein Schritt vorwärts und ein Schritt zurück“ zu kennzeichnen, dies gilt unter anderem für den Ausstieg aus der Atomenergie.

Kernforderungen einer zukunfts-fähigen Politik

Die Betonung der kritischen Punkte in dem Vertrag zwischen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen ist und bleibt Aufgabe der NRO. Wir müssen weiterhin die Finger in alle „offenen Wunden“ legen. Aber das reicht nicht aus. Wir müssen auch positive Vorstellungen und Konzeptionen für eine neue, zukunfts-fähige Politik entwickeln.

Auf einem Kongreß vom 16. bis 18. Oktober in Bonn wurden Kernforderungen für eine solche Politik intensiv diskutiert. Veranstalter waren gemeinsam der BUND – Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, die Gewerkschaftsjugend der IG Metall, die Industriegewerkschaft Medien, die IPPNW – Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung, die NaturwissenschaftlerInnen-Initiative „Verantwortung für Friedens- und Zukunftsfähigkeit“ und das WEED – Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung in Zusammenarbeit mit der Heinrich Böll-Stiftung NRW.

„Nach dem Regierungswechsel steht jetzt der Politikwechsel auf der Tagesordnung, dieser muß sich an-

Kritik allein reicht nicht aus. Wir müssen auch positive Vorstellungen und Konzeptionen für eine neue, zukunftsfähige Politik entwickeln. Wir brauchen wir eine neue Qualität von Bündnissen und eine Vielzahl von Interventions- und Aktionsformen, die unsere Forderungen in die Politik einbringen.

* Reiner Braun, Geschäftsführer der NaturwissenschaftlerInnen Initiative „Verantwortung für Friedens- und Zukunftsfähigkeit“

„Erneuerung braucht Perspektive“

Bundesweiter Ratschlag am 29./30. Januar 1999 in Erfurt

Veranstalter: Initiative „Aufstehen für eine andere Politik“ (Veranstalter der bundesweiten Demonstration am 20. Juni 98 in Berlin).

In dem Aufruf zu dem Ratschlag heißt es u.a.:

„Der Regierungswechsel ist geschafft. Jetzt muß der Politwechsel folgen. Erste Ansätze sind erkennbar. Doch die politische Erneuerung braucht Antrieb durch eine starke außerparlamentarische Bewegung. Und sie braucht Perspektive, damit der Aufbruch zu einer neuen Politik gelingt. Die Aufforderung, aus der Zuschauerdemokratie herauszutreten, galt nicht nur für Wahlkampfzeiten.

100 Tagen nach der Regierungsbildung wollen wir uns mit Trends und vorliegenden Ergebnissen des Regierungshandelns auseinandersetzen. Und wir wollen Konzepte zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme erarbeiten. Deshalb laden wir zum bundesweiten Ratschlag „Erneuerung braucht Perspektive“ ein.“

Vorläufiger Ablaufplan:

Freitag, 29.01.99, 19.00 Uhr, Reglerkirche: Öffentliche Veranstaltung mit politischen und kulturellen Beiträgen

Samstag, 30.10.99, 10.00 – 16.00 Gewerkschaftshaus: Bundesweiter Ratschlag u.a. mit

- Diskussion: „Aufbruch und Erneuerung“ – Trends nach 100 Tagen
- „Zukunftsentwürfe“ – Foren zu: Arbeit und Ausbildung; Sozialstaatlichkeit; Demokratie, Mitbestimmung, Grund- und Menschenrechte; Zukunftsfähigkeit, Nachhaltigkeit, Ökologie; Frieden, Abrüstung, globale Verantwortung; Bildung, Kultur
- Abschlußplenum: „Erfurter Ermütigung“

Weitere Informationen und Anmeldungen an:

Erfurter Erklärung; c/o Kulturverein Mauernbrechen e.V.; Juri-Gagarin-Ring 150; 99084 Erfurt, Tel. 0361-5961220

ders als im Regierungsprogramm am Leitbild Zukunftsfähigkeit orientieren. Unter dem Leitbild der Zukunftsfähigkeit formulieren wir Leitgedanken für den Aufbruch in eine humane Zukunft. Wir wollen in einer Gesellschaft leben, die den Reichtum an Wissen, Kultur, Arbeit, Ressourcen und Freizeit gerecht verteilt.

Globalisierung ist kein unabdingbares Schicksal und nicht mit wirtschaftlicher „Deregulation“ gleichzusetzen. Wie auch immer man Globalisierung definiert: Sie ist national und international politisch gestaltbar: Wir wollen die Globalisierung errungener sozialer und ökologischer Standards, den Austausch wissenschaftlich-technologischer Erkenntnisse und eine globale Solidarität. Die Universalität der politischen und sozialen Menschenrechte muß Grundlage politischer und ökonomischer Entscheidungen sein.

Reformen sind finanzierbar, denn ‚Geld ist genug da‘. Es ist allerdings in den falschen Händen. Daher sind als erste Schritt zu einer Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten unter anderen die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität notwendig.“ (Dokument der Veranstalter)

Gestaltung der Zukunft erfordert Einmischung

Dabei versuchen die Veranstalter drei Grundgedanken miteinander zu verbinden:

- Utopien müssen wieder gedacht,
- Visionen wieder entwickelt werden,
- Visionen brauchen Fahrpläne, daß heißt Strategien zu ihrer Umsetzung (in Analogie zu Ernst Bloch).

Dieses sind Anforderungen an die NRO's und dabei müssen sie aus vielen eingefahrenen Gleisen 16-jähriger Oppositionspolitik heraus. Wir diskutieren und streiten über unsere Zukunftsentwürfe. Die Gestaltung der Zukunft erfordert aber auch Einmischung. Dafür brauchen wir eine neue Qualität von Bündnissen und eine Vielzahl von Interventions- und Aktionsformen, die unsere Forderungen in die Politik einbringen. Wir fordern daher den regelmäßigen Dialog zwischen VertreterInnen von NRO und Ministerien.

Unser Netzwerk „Zukunftsfähige Politik“ ist offen für alle, die an einer neuen Politik interessiert sind. Gemeinsam werden wir an unseren grundsätzlichen Zielen und an den Entwürfen für gesellschaftliche Teilbereiche arbeiten. Mit dem Selbstbewußtsein guter Argumente sollten NROs, die unterschiedliche politische Bereiche bearbeiten, für die sie Kompetenz besitzen, sich in die zukünftige Entwicklung einmischen. Dabei sind Gespräche mit der Regierung auf vielfältigen Ebenen zu führen. Berührungspunkte gehören abgebaut und der längerfristig angelegte Dialog muß als vielleicht kleine Chance begriffen werden.

Erste Erfolge, wie das Abstimmungsverhalten der Bundesregierung bei den Vereinten Nationen zur Thematik der Abschaffung aller Atomwaffen, zeigen die begrenzten Möglichkeiten, sind aber auch erste Schritt in die richtige Richtung.

Entwicklung außerparlamentarischer Bewegung

Damit diese Politik des konstruktiven „Lobbying“ erfolgreich sein kann, bedarf es eines gesellschaftlichen Klimas für grundlegende Veränderungen, das heißt der Einsicht breiter Teile der Bevölkerung in deren soziale und ökologische Notwendigkeit.

Selbstkritisch heißt es aber auch, daß die Schneckenhauspolitik bzw. das „Schmoren im eigenen Saft“ aufgegeben werden muß, oder – positiv formuliert –, daß es nötig, sich wieder stärker der Gesellschaft zu öffnen und auf die Menschen zuzugehen. So können auch Medienblockaden überwunden werden.

Die Selbstreflexion über die veränderte Rolle von NRO's nimmt uns keiner ab, sie ist auch die Voraussetzung für eine erfolgreiche Politik, auch gemeinsam mit der neuen Regierung. Grundlage dafür ist eine eine breite außerparlamentarische, aktionsfähige und -willige Bewegung. Diese kann man nicht dekretieren, aber zu ihrer Entwicklung können und sollten wir beitragen.

Grundlage für eine erfolgreiche Politik, auch gemeinsam mit der neuen Regierung, ist eine breite außerparlamentarische, aktionsfähige und -willige Bewegung. Diese kann man nicht dekretieren, aber zu ihrer Entwicklung können und sollten wir beitragen.

spw

*Es ist noch nicht so lange her, da sprachen nicht nur die politischen Kräfte, die an die Macht drängten, sondern auch jene, die sie innehatten, vom notwendigen „sozialökologischen Umbau der Industriegesellschaft“. Doch die 98er Verheißungen eines „Politikwechsels“ nach der Bundestagswahl klingen ganz anders. Weder die angekündigten Sofortmaßnahmen noch die mittelfristigen Vorhaben – sei es die Einrichtung eines Niedriglohnssektors, die massive Förderung technischer Innovation (Synonym für „Jobmaschinen“) oder die Senkung des Spitzensteuersatzes – vermitteln etwas von der (überholten?) Erkenntnis, die sich mit der alten „Umbau“-Forderung verband. Der Verzicht auf eine entschieden ökologische Politik sticht ins Auge, aber auch die Ansätze zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wirken erstaunlich bescheiden: Als wäre es tatsächlich schon die „Wiederkehr der Politik“, wenn die offizielle Arbeitslosenmarke nicht bei 4,01, sondern bei 3,99 Millionen liegt. Als würde noch mehr Wachstum vielleicht doch ausreichend mehr Arbeitsplätze schaffen. Sind das Reformperspektiven? Ist das die neue pragmatische Politik? Die Autoren des folgenden Beitrags – ein Arzt, ein Professor für politische Grundlagen der Ökonomie und ein Wirtschaftsberater – kommen zu anderen Einschätzungen und ziehen andere Konsequenzen. Ihr Text entstand im Rahmen des sog. „Crossover“-Prozesses: Unter diesem Titel bemühen sich Linke bei den Grünen, der PDS und der SPD seit einigen Jahren, gemeinsame Konzepte für den notwendigen Umbau zu entwickeln. Die Diskussionen werden durch die jeweiligen partei- bzw. strömungsnahen Zeitschriften („Andere Zeiten“, „Utopie kreativ“ und „spw“) sowie auf Tagungen vorangetrieben. –
D. Red. der „Blätter“*

Den Marktmechanismus planvoll nutzen?

Eine Reformperspektive für die blockierte Industriegesellschaft¹

Von Willi Brüggem, Dieter Klein und Thomas Westphal*

Wer heute Massenarbeitslosigkeit und die tägliche Angst vor dem sozialen Nichts dauerhaft bekämpfen will, darf nicht den Fehler machen, die heranwachsenden neuen Zustände wieder in die alten Regulationsmuster der Nachkriegsgesellschaft einsperren zu wollen.

Wir leben in turbulenten Zeiten. Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ewige Unsicherheit und Bewegung gehören sicherlich zum Wesenskern der kapitalistischen Marktwirtschaft. Aber seit einigen Jahren spitzen sich die Erschütterungen zu. Die Verhältnisse geraten ins Wanken. Bisher selbstverständliche Vorstellungen von Technikentwicklung, Produktionsorganisation, Arbeitsbeziehungen und Führungskulturen sind verwelkt und untauglich geworden. Die gesamte weltwirtschaftliche Arbeitsteilung steht zur Disposition. Aber noch immer haben Politik und Wissenschaft keine befriedigenden neuen Antworten gefunden.

Zu den Umwälzungen der Produktion gehört auch die Erschütte-

rung aller übrigen gesellschaftlichen Verhältnisse. Schon immer wurden neue Modernisierungsschübe als „Aufsprengen der Herkunftsfesseln“ gefeiert. Jetzt entpuppen sich die neuen Freiheitsversprechen als Fluch fortwährender sozialer Bedrohung und Entwurzelung. An die Stelle des Aufbruchs ins Land der neuen Möglichkeiten tritt die Angst, daß alles bisher Erreichte schon morgen verdampft sein könnte. Die „feinen Unterschiede“ (Bourdieu) der Nachkriegsgesellschaften werden durch neue soziale Polarisierungen überlagert, die die bürgerliche Gesellschaft in eine aristokratische Dienstbotengesellschaft zurückverwandeln. Der soziale Fahrstuhleffekt für alle Schichten wird durch den Drehtüreffekt abgelöst, der wenige Gewinner hervorbringt und viele Verlierer herauschleudert.

Angesichts dieser neuen Ängste treten die ökologische Krise und der Nord-Südkonflikt in den Hintergrund – ohne auch nur in Ansätzen gelöst zu sein.

Binnenwirtschaftliche Austrocknung und weltwirtschaftliche Turbulenzen

Die Produktions- und Konsumformen der Nachkriegswirtschaft, die der Bundesrepublik eine Phase der stabilen ökonomischen Entwicklung beschert hatten, beruhten auf einer historisch einmaligen und nicht einfach wiederholbaren sozial-ökonomischen Konstellation. Wer heute Massenarbeitslosigkeit und die tägliche Angst vor dem sozialen Nichts dauerhaft bekämpfen will, darf deshalb nicht den Fehler machen, die heranwachsenden neuen Zustände wieder in die alten Regulationsmuster der Nachkriegsgesellschaft einsperren zu wollen. Ein

Zurück zu den Zeiten der goldenen 60er Jahre mag in der Welt der Schläger möglich sein, sozial-ökonomisch bleibt dies eine Illusion.

Bei der Analyse der gegenwärtigen Umbruchprozesse halten wir zwei Phänomene für besonders wichtig: Da ist zum einen die binnenwirtschaftliche Austrocknung unserer Volkswirtschaft, die geradewegs in die jetzt über uns hereinbrechenden weltwirtschaftlichen Turbulenzen führt. Zweitens beobachten wir, wie sich im Schatten der neoliberalen Deregulierung und unter dem Dach der privaten Unternehmensimperien ein neues Akkumulationsregime herauskristallisiert, das Züge einer „marktvermittelten Planungsökonomie“ trägt.

Die wirtschaftliche Strukturkrise ist keine Erscheinung der 90er Jahre. Bereits seit Mitte der 70er Jahre geriet die Nachkriegswirtschaft ins Stocken. Die Geschichte der zurückliegenden 20 Jahre ist auch die Geschichte gescheiterter Anpassungs- und Ausbruchsversuche. Alle neoliberalen Varianten setzten vorwiegend auf hochtechnologische, durch Kostensenkung abgestützte Exportoffensiven. Das Zwischenergebnis ist ernüchternd: Eine sektoral zersplitterte Volkswirtschaft, die ihre produktiven Austauschbeziehungen eingebüßt hat. Die für die Goldenen Sechziger charakteristischen, sich wechselseitig bestärkenden Austauschverhältnisse zwischen binnenwirtschaftlichen Wertschöpfungskreisläufen und internationalisierten Industriesektoren drohen zu zerfallen.

Die merkantilistische Standortpolitik der Bundesregierung und der Unternehmerverbände nimmt dem personalintensiven Binnensektor die Luft zum Atmen. Bildungs- und Kulturpro-

* Willi Brüggem, Berlin, ist Psychotherapeut und Redakteur der links-grünen Zeitschrift „Andere Zeiten“, Dieter Klein, Berlin, ist emer. Professor für politische Grundlagen der Ökonomie und Mitglied des PDS-Parteivorstands; Thomas Westphal, Dortmund, ist Mitherausgeber der spw und arbeitet in einem gewerkschaftseigenen Beratungsunternehmen. Der Beitrag erschien zuerst in der Ausgabe 10 '98 der Blätter für deutsche und internationale Politik. Wir dokumentieren ihn komplett mit dem Vorwort der Blätter-Redaktion.

duktion, soziale Dienste, ökologische Umbau und Reparaturarbeiten, das Handwerk und die Bauindustrie, kommunale Infrastruktur- und Versorgungsunternehmen, all diese binnenwirtschaftlich orientierten Sektoren, in denen der größte Teil unseres Sozialproduktes erarbeitet wird, drohen unter dem gegenwärtigen Umverteilungsdruck zu ersticken. Weil alle auf die betriebswirtschaftlichen Kosten der Weltmarktindustrien starren, erscheinen die regionalwirtschaftlichen Reproduktionskreisläufe nur als lästiger Kostenfaktor. Hinzu kommt, daß die Arbeitsproduktivität in den weltmarktbezogenen Industrien schon seit einiger Zeit deutlich schneller wächst als die Nachfrage. Sinkende Beschäftigungszahlen und der ständige Entlassungsdruck führen zu sinkenden Masseneinkommen in den Weltmarktindustrien. Das geht vor allem auf Kosten der regionalwirtschaftlichen Nachfrage. Der Einkommenstransfer aus dem Weltmarkt- in den Regionalsektor ist blockiert. Das zieht weitere Entlassungen und Lohnkürzungen auch im Binnensektor nach sich, die den Umverteilungsdruck zugunsten der Weltmarktkonzerne weiter verstärken.

Dieser Umverteilungsmechanismus ist ein wichtiger Grund, warum die Weltmarktkonzerne von märchenhaften Gewinnsteigerungen berichten, während die Gewinne im Binnensektor stagnieren und sich die Investitions- und Lohnquoten auf historischen Tiefständen bewegen. Weil die mit Made in Germany auf dem Weltmarkt verdienten Milliarden in den volkswirtschaftlichen Binnenkreislauf nicht einsickern können, schmücken sie nur die Unternehmens- und Börsenbilanzen, während die Arbeitslosigkeit stagniert und die Arbeitseinkommen weiter sinken. Dabei sind es gerade die personal- und dienstleistungsintensiven regionalen Wertschöpfungskreisläufe und Netzwerkstrukturen,

- von denen die notwendige „ökologische Dematerialisierung“ der Produktion ausgehen könnte,
- wo die größten Beschäftigungseffekte zu erwarten sind und
- wo die drückendsten Wohlstandslücken existieren.

Bei der Subsumtion der binnenwirtschaftlichen Wertschöpfungskreisläufe unter die Imperative der weltweiten Exportschlachten waren Japan und Deutschland bisher immer Spitze. Anstatt die auf dem Weltmarkt verdienten Milliarden in regio-

Foto: Christian Kiel (Meerbusch)



nale Nachfrage umzusetzen, wurden sie dazu verwandt, die zuvor niederkonkurrierten und jetzt mit negativen Handelsbilanzen kämpfenden Abnehmerländer zahlungsfähig zu halten. Daß das auf Dauer nicht gut gehen kann, ist klar. Irgendwann geraten die Abnehmer in die Schuldenfalle.

Inzwischen häufen sich die Indizien, daß die weltweite Finanzkrise auch auf dem Zusammenbruch dieser Austauschbeziehungen beruht. Für Japan und den ostasiatischen Raum ist das ziemlich unbestritten. Auch die Mexiko- und Rußlandkrise können unter anderem nach diesem Muster interpretiert werden. Inzwischen befinden sich Venezuela und Chile im Fadenkreuz der internationalen Finanzspekulation. Auch die osteuropäischen Transformationsstaaten gelten als gefährdet. Die Grundmuster sind immer sehr ähnlich. Häufig sind es die sogenannten Strukturprogramme des IWF, die die Transformations- oder Schwellenländer zur Öffnung der Märkte und zur Überbewertung ihrer Währung zwingen, so daß die regionalen Wertschöpfungskreisläufe durch die hereinströmenden Weltmarktprodukte zerstört werden. Danach müssen sich die betroffenen Länder als billiger Jakob auf dem Weltmarkt verdingen. Sie hängen am Tropf der weltweiten Finanzmärkte, weil sie sich gezwungen sehen ihre neue Weltmarktproduktion durch Kapitalimporte vorzufinanzieren.

Neuerdings wachsen die Befürchtungen, daß auch die USA irgendwann nicht mehr in der Lage sein werden, ihre negativen Handelsbilanzen durch Auslandsverschuldung zu finanzieren. Innerhalb der EU wird der Euro dafür sorgen, daß es zu keinen Währungszusammenbrüchen kommt. Aber auch hier stehen wir vor der einfachen Alternative: Entweder der über Tourismus, Arbeitsemigranten und EU-Töpfe finanzierte Werttransfer in die ärmeren Staaten wird weiter ausgebaut, oder es kommt zu einer grundlegenden Umstellung der Arbeitsteilung, bei der Deutschland auf die Rolle des Exportweltmeisters verzichtet und den Binnensektor stärker entwickelt.

Inzwischen hat die Erkenntnis dieser Zusammenhänge nur noch geringen Neuigkeitswert und ist sogar bis in die Vorstandsetagen des IWF vorgedrungen. Die entscheidende Schwierigkeit besteht jedoch darin, wie die notwendige Stärkung des Binnensektors bewerkstelligt werden kann. Die traditionell keynesianischen Instrumente sind dafür wenig tauglich. Über Deficit spending die Massenkaufkraft zu stärken, führt ja nicht unbedingt zu verstärkter und sich auf Dauer selbst tragender Nachfrage nach regionalwirtschaftlichen Gütern. Deshalb sind wir überzeugt: Ohne einen neuen Transfermechanismus, der die Weltmarktsektoren an die regionalwirtschaftlichen Wertschöpfungs-

Wir beobachten, wie sich im Schatten der neoliberalen Deregulierung und unter dem Dach der privaten Unternehmensimperien ein neues Akkumulationsregime herauskristallisiert, das Züge einer „marktvermittelten Planungsökonomie“ trägt.

kreisläufe zurückbindet, wird es einen tragfähigen Strukturausgleich nicht geben.²

Planwirtschaft der Weltmarktkonzerne

Die neomerkantilistische Fixierung auf den allzu vergänglichen Ruhm gewonnener Exportschlachten wird von einem tiefgreifenden Umbau der Unternehmensstrukturen begleitet. Die immer größer werdenden Weltkonzerne entwickeln neue Lenkungsstrukturen, die auf eine neue, mikroökonomische Verschränkung von Markt und Plan zielen. Während die Headquarter der Weltkonzerne sich auf die langfristige strategische Produkt- und Unternehmensplanung konzentrieren, spielen bei der internen Umsetzung dieser Vorgaben marktförmige Steuerungsmechanismen eine wachsende Rolle. Über ein zentral gelenktes Auftragsvergabesystem werden die qualitativen Vorgaben der Konzernvorstände an verselbständigte und untereinander konkurrierende Subeinheiten weitergereicht. An die Stelle des tayloristischen Systems von Befehl, Gehorsam und Kontrolle treten verselbständigte Profitcenter, Outsourcing, Zuliefererpyramiden, Gruppenarbeit, Fertigungsin-

seln usw., die allesamt darauf hinaus laufen, daß die einzelnen Einheiten jetzt um die möglichst optimale Realisierung der zentralen Vorgaben miteinander konkurrieren.

Dabei wird die schiere Größe der Weltmarktkonzerne zu einem immer wichtigeren Faktor, weil es in modernen Unternehmensstrategien nicht mehr um Planung für die Märkte, sondern um strategische Planung der Märkte geht.³ Deshalb beobachten wir einerseits einen sich weiter beschleunigenden Konzentrationsprozeß des Kapitals. Andererseits werden die konzerninternen Hierarchien in immer größerem Maße durch marktförmige innere Steuerungsinstrumente ersetzt. Unter den Bedingungen schneller, unsteter Kundenmärkte und angesichts der enormen Entwicklungs- und Markteinführungskosten für neue Industrieprodukte entscheiden nunmehr die strategische Marktmacht und die Ausprägung möglichst exklusiver Kernkompetenzen über die zu erzielenden Gewinngrößen. Makroökonomisch betrachtet vollzieht sich ein Wandel der internationalen Arbeitsteilung. Während sich die traditionellen Industrie- und Hochlohnländer auf die Entwicklung der exklusiven Kernkompetenzen konzentrieren, wandert die Produktion preissensibler Massengüter in Billigstandorte ab.

In den Hochlohnländern geht das mit einer Veränderung der Arbeitsbeziehungen einher, die die traditionelle Gestalt des Lohnarbeitsverhältnisses in vielen Bereichen in den Hintergrund drängt. Immer häufiger verkaufen Arbeitnehmer nicht mehr direkt ihre Arbeitskraft, mit der der Unternehmer dann frei disponieren kann, sondern sie bieten ein spezifisches Produkt oder eine spezifische Arbeitsleistung an, für deren Qualität sie selber Sorge tragen müssen. Das ist eine Folge des sich verändernden Anforderungsprofils an die Arbeit. Wo es vor allem um Flexibilität, Kompetenz und Know-how geht, greifen Befehl, Gehorsam und Kontrolle zu kurz. Sie werden durch stärker internalisierte „Anreizsysteme“ ergänzt.

In der Realität existieren allerdings je nach Branchenzugehörigkeit und Marktstellung höchst unterschiedliche Ausprägungen dieses Leitbildes. Wir befinden uns noch immer in einer nicht abgeschlossenen Phase einer umfassenden Reorganisation der Unternehmensformen. Art und Tempo dieser Reorganisation sind innerhalb der Gesamtwirtschaft höchst unterschiedlich verteilt.

Von der Erosion der alten Formen des Lohnarbeitsverhältnisses bleiben auch die Staatsbürokratien nicht unberührt. Die Lenkungsprinzipien tayloristischer Betriebshierarchien und der staatlichen Bürokratie werden anachronistisch, weil das alte Lohnarbeitsverhältnis, wo Unternehmer oder Staat dafür Sorge tragen mußten, daß die von ihnen angekaufte Arbeitskraft auch im gewünschten Sinne tätig wurde, an Bedeutung verliert. Wo die Mitarbeiter nicht mehr ihre Arbeitskraft, sondern eine „bestimmte“ Arbeitsleistung verkaufen, wo sie also für ihre Leistung selbst verantwortlich sind, wirken tayloristische oder bürokratische Befehls- und Kontrollstrukturen nur störend.

In der Realität verläuft dieser Ablösungsprozeß auch im Bereich der öffentlichen Einrichtungen höchst widersprüchlich und ungleichzeitig. Offenbar fällt es ihnen besonders schwer, sich von den alten hierarchischen Strukturen zu trennen. Sie geraten ins Hintertreffen und haben immer größere Schwierigkeiten, sich gegen den wachsenden Privatisierungsdruck zu wehren.

Welche „Modernisierung“?

Die gegenwärtige Diskussion um eine sozial-ökonomische und ökologische Erneuerung wird von zwei gegensätzlichen Positionen geprägt, deren Gemeinsamkeit darin besteht, daß sie der neuen Situation alte Erklärungsmuster der Nachkriegsjahrzehnte überstülpen.

Auf der einen Seite befinden sich die verschiedenen Varianten eines ökologisch angereicherten Neokeynesianismus, der die aktuelle Krise letzten Endes doch nur auf eine politisch verschuldete Nachfragerücklage reduziert. Sie setzen vor allem auf die traditionellen Instrumente der Globalsteuerung (Deficit spending, Zinssenkungen etc.). Dabei wird zu wenig beachtet, daß die beschriebenen Entwicklungsblockaden ohne ein neues Gleichgewicht der Binnen- und Exportsektoren und ohne einen ökologischen Richtungswechsel nicht überwunden werden können.

Auf der anderen Seite finden wir die Modernisierungstheoretiker, die dem schon ziemlich angestaubten Begriff der Moderne dadurch neue Strahlkraft zu verleihen suchen, daß sie von einer zweiten (Giddens, Beck) oder dritten Moderne (Münch) sprechen. Hier handelt es sich um eine politisch sehr breite Strömung, die

Wenn es zutrifft, daß in den Konzernzentralen neue Machtzentren entstehen, die der qualitativen Produktentwicklung die Richtung weisen, warum sollen sich dann die öffentlichen Hände nicht eine ähnliche Rolle „anmaßen“ – z.B. im Bereich der Regionalwirtschaft?



Foto: Christian Kiel (Meerbusch)

von Blair und Schröder bis zu Biedenkopf und Geißler reicht und sich – trotz aller alltagspolitischen Differenzen – durch ihren gemeinsamen theoretischen Bezugspunkt auszeichnet. Die gegenwärtigen Umbrüche werden als notwendige Modernisierung interpretiert.⁴ Letztendlich handelt es sich dabei aber nur um eine Wiederholung der altbekannten Argumentationsfigur, soziale Veränderungsprozesse als Enttraditionalisierungsbewegung zu beschreiben, so daß das damit verbundene Leid und soziale Elend als notwendiger Preis der neu gewonnenen Freiheit erscheint.

Beide Strömungen, die Modernisten wie die Links-Keynesianer geben auf die beiden historisch neuen Zukunftsfragen keine Antworten. Sie unterschätzen die Notwendigkeit eines radikalen ökologischen Richtungswechsels und einer sektoralen Neustrukturierung der wirtschaftlichen Reproduktionskreisläufe. Beide Aufgaben werden ohne großangelegte politische Interventionen und ohne neue, politisch erzwungene finanzielle Transferprozesse nicht zu bewältigen sein. Mit den alten Instrumenten staatlicher Wirtschaftspolitik ist das nicht zu schaffen. Wenn es zu trifft, daß in den Konzernzentralen neue Machtzentren entstehen, die der qualitativen Produktentwicklung die Richtung weisen, warum sollen sich dann die öffentlichen Hände nicht eine ähnliche Rolle „anmaßen“ – z.B. im Bereich der Regionalwirtschaft?

Für eine demokratische „Planwirtschaft“

Eine Reformpolitik, die Beschäftigung und volkswirtschaftlich stabile Proportionen schaffen will, muß die Austauschverhältnisse zwischen den hochproduktiven Weltmarktindustrien und den personal- und dienstleistungsintensiven regionalwirtschaftlichen Sektoren ins Zentrum rücken. Deshalb müssen neue Wege gefunden werden, den blockierten Werttransfer aus den weltmarktorientierten Industrien in die regionalen Wertschöpfungskreisläufe wieder zu eröffnen.

Bisher dominierte die gegenteilige Tendenz: Die Produktivitätsentwicklung hat dazu geführt, daß industrielle Massengüter im Vergleich zu den weniger rationalisierbaren Dienstleistungen und Reparaturarbeiten immer billiger wurden. Deshalb sahen sich vor allem die weniger gut Verdien-

nenden gezwungen, solche Leistungen durch industriell erzeugte Massenware zu ersetzen. Inzwischen kennen wir die fatalen ökologischen und kulturellen Folgen dieses schnellebigen Konsums. Jetzt geht es darum, wie die anderen personalintensiveren regionalwirtschaftlichen Leistungen wieder zu bezahlbaren Preisen angeboten werden können.

Dafür brauchen wir eine Erweiterung des wirtschaftspolitischen Instrumentenkastens. So schlagen wir z.B. vor, den Verbrauch einiger industrieller Massengüter stärker zu besteuern, um damit personalintensivere Öko-, Kultur- und Sozialleistungen alimentieren zu können, die vor allem im Rahmen der regionalen Wertschöpfungsketten erbracht werden. Deshalb ist es sinnvoll, den Mehrwertsteuersatz noch weiter nach Produktgruppen zu differenzieren und ökologisch besonders schädliche, nicht lebensnotwendige und eher luxuriöse industrielle Konsumgüter mit höheren Mehrwertsteuersätzen zu belegen.⁵ Dieser Weg hat den großen Vorteil, daß er die Standortkosten unangetastet läßt. Die Kosten für Exportgüter bleiben unberührt, da nur der Konsum besteuert wird. Wir wollen die Kuh (d.h. weltmarktbezogene Industrie), die wir melken möchten, nicht schlachten. Im Gegenteil: durch einen florierenden Binnensektor, durch verbesserte Infrastruktur, qualifiziertere Arbeitskräfte und lebenswertere Städte soll sie zu noch besseren Leistungen angespornt werden. Indem der Konsum bestimmter Weltmarktgüter verteuert wird, soll die ökologisch so fatale Fehlentwicklung korrigiert werden, daß arbeitsintensive Leistungen immer teurer werden, während der relative Preis der technischen Konsumgüter mit jedem neuen Rationalisierungsschritt weiter zurückgeht.

Bleibt die Frage, wie diese Transfermittel sinnvoll in die arbeitsintensiveren regionalen Wirtschaftskreisläufe eingespeist werden können. Die hergebrachten Methoden staatlicher Beschäftigungsmaßnahmen scheinen dafür wenig geeignet. Das würde auf eine dauerhaft wenig tragfähige Alimentierung bürokratisierter staatlicher oder halbstaatlicher Institutionen hinauslaufen. Statt dessen sollten wir aus der ökonomischen Krise hierarchisch-autoritärer Strukturen lernen und an den neuen Organisationskonzepten der Konzerne anknüpfen, die vor allem auf eine neue Mischung von Markt und Plan zielen. Warum sollen demokratisch legitimierte kommunale

Körperschaften in diesem Punkt nicht genauso agieren wie die immer mächtiger werdenden Konzernzentralen?

Unser Vorschlag in dieser Frage läuft im wesentlichen darauf hinaus, daß öffentliche Produkt- oder Dienstleistungsagenturen auf regionaler Ebene sozial, kulturell und ökologisch gewollte Leistungen von den Anbietern zu Marktpreisen aufkaufen, um sie dann an die Endverbraucher weiterzugeben. Die Preise für die Endverbraucher müßten sich an deren Zahlungsfähigkeit orientieren. Die öffentlichen Hände hätten die Differenz zwischen Ankaufs- und Verkaufspreis zu schließen. Dieses Modell hat den Vorteil, die ökologisch und volkswirtschaftlich notwendige Wende zu personalintensiven Diensten ohne die Einführung eines Niedriglohnssektors zu schaffen. Gleichzeitig bekommen die kommunalen Körperschaften ganz neue politische Gestaltungsmöglichkeiten, weil sie in einem demokratischen Prozeß darüber entscheiden, in welchen Bereichen derart subventionierte Leistungen angeboten werden. Wir stellen uns vor, daß die bisher noch über ABM und Einarbeitungszuschüsse vergebenen Arbeitsfördermittel zum großen Teil in dieses Projekt einfließen könnten. Das würde die leidige Konkurrenz zwischen privaten Leistungsanbietern und öffentlichen Beschäftigungsprojekten beenden, so daß dauerhafte regionale Netzwerkstrukturen zwischen traditionellem Handwerk, ökologischem Reparaturgewerbe, persönlichen Dienstleistern und Kulturproduzenten entstehen können, die ein tragfähiges regionales Gegengewicht zu den Unwägbarkeiten des Weltmarktes schaffen. Dabei ist uns besonders wichtig, daß neben den privaten auch gemeinwirtschaftliche, genossenschaftliche oder öffentliche Leistungsanbieter zum Zuge kommen.

Im einzelnen gibt es dieses Modell längst – z.B. beim öffentlichen Nahverkehr. Viele Buslinien werden von privaten Anbietern in öffentlichem Auftrag und zu öffentlich subventionierten Preisen betrieben.⁶ Auch der Nahverkehr der Bahn ist inzwischen nach dem gleichen Muster organisiert.⁷ Ein anderes Beispiel sind die an verschiedenen Orten von den kommunalen Zweckverbänden geschaffenen Dienstleistungsagenturen. In der Kommune oder im Stadtteil benötigte Reparatur- und Haushaltsdienstleistungen werden von kom-

Wir schlagen z.B. vor, den Verbrauch einiger industrieller Massengüter stärker zu besteuern, um damit personalintensivere Öko-, Kultur- und Sozialleistungen alimentieren zu können, die vor allem im Rahmen der regionalen Wertschöpfungsketten erbracht werden.

Unser Vorschlag in dieser Frage läuft im wesentlichen darauf hinaus, daß öffentliche Produkt- oder Dienstleistungsagenturen auf regionaler Ebene sozial, kulturell und ökologisch gewollte Leistungen von den Anbietern zu Marktpreisen aufkaufen, um sie dann an die Endverbraucher weiterzugeben.

ISW sozial-ökologische
wirtschaftsforschung e.V.

**analysen
fakten & argumente**

isw-report

erscheint vierteljährlich, 5,- DM + Versand
Jahresabo incl. wirtschaftsinfo: 30,- DM

Globalisierung und Multis
(Nr. 34, Januar 1998)

**Bilanz neoliberaler Wirtschafts-
und Sozialpolitik** (Nr. 35, Mai 1998)

Süd-Globalisierung (Nr. 36, Aug. 98)

Weltwirtschaftskrise ?!

(Nr. 37/38, Nov. 1998), 8,- DM

isw-spezial

Energiesteuer – und dann?

(Nr. 10, April 97), 80 S., 8,- DM + Vers.

Die Krise in Rußland (Erweit. Kapitel
zu Rußland aus report 37/38)

(Nr. 11, Nov. 98), 4,- DM + Vers.

von Prof. Dr. Siegfried

Die Krise in Rußland

Neu!



ISW-NR. 11
I
tsforschung e.V.

Weltwirtschafts- krise ?!



ISW REPORT NR. 37/38
Institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

Neu!

isw-wirtschaftsinfo

**Wirtschaftskrise in Südostasien
und die Weltwirtschaft**

(Nr. 27, Jan. 98), DM 5,- + Versand

isw-grafikdienst

Der Steuerskandal

(Nr. 3, Juni 96) 10,- DM + Versand

Armut und Sozialabbau

(Nr. 4, Jan. 97) 10,- DM + Versand

Arbeits-Los

(Nr. 5, April 98) 10,- DM + Versand

**Prospekte anfordern,
bestellen, abonnieren**

isw – institut für sozial-ökologische
Wirtschaftsforschung e.V.
Johann-v.-Werth-Str. 3, 80639 München
fon: 089-130041, fax 089-168 94 15

munalen Körperschaften am Markt aufgekauft, um sie dann zu bezahlbaren und sozial gestaffelten Preisen an die Endverbraucher weiterzugeben. Das Gleiche wäre für Bauleistungen denkbar, an denen aus ökologischen, sozialen oder stadthistorischen Gründen ein besonderes öffentliches Interesse besteht. Auch die kommunale Kulturförderung funktioniert schon heute vielerorts sehr ähnlich, z.B. im Bereich der freien Theatergruppen. Die Forderung nach kostendeckenden Einspeisungsvergütungen für Wind, Wasser oder Solarenergie zielt ebenfalls in die gleiche Richtung.⁸

Die verschiedensten Modelle sind denkbar: Die öffentlichen Hände können Gutscheine an Endverbraucher ausgeben, die zum verbilligten Bezug bestimmter Leistungen oder Güter berechtigen, sie können bestimmte Leistungen ankaufen, um sie anschließend an die Endverbraucher weiterzuverkaufen oder sie können für bestimmte Leistungen (z.B. Theaterkarten) öffentliche Zuschüsse geben. Das Grundprinzip bleibt immer dasselbe. Obwohl politisch entschieden wird, welche Leistungen regional gewollt und deshalb unterstützt werden sollen und obwohl die politischen Körperschaften die notwendigen Transfermittel aufbringen, sind sie keineswegs diejenigen, die die Leistungen auch erbringen. Wer das am effizientesten und am kundenfreundlichsten kann, darüber sollte der Markt entscheiden, wobei wichtig ist, daß die öffentlichen Auftraggeber – gemeinsam mit Gewerkschaften, Verbraucherorganisationen und Öko-Verbänden – auf die Einhaltung ökologischer und sozialer Standards achten.

Uns geht es also keineswegs darum, den zahllosen Modellen vom „Dritten Weg“ zwischen Markt und Plan ein weiteres hinzuzufügen. Statt dessen schlagen wir vor, die neuen, im Bereich der Weltmarktkonzerne entstandenen und inzwischen auch in den öffentlichen Sektor einsickernden Formen ökonomischer Planung für ein regionalwirtschaftliches Entwicklungsmodell zu nutzen, das in der Lage ist, die hier bestehenden Expansions- und Beschäftigungspotentiale auszuschöpfen. Das funktioniert nur, wenn es der Politik gelingt, die bestehenden sozialen, ökologischen und kulturellen Bedürfnisse, die sich bisher am Markt kein Gehör verschaffen konnten, zu bündeln und als zahlungskräftige Nachfrage zu artikulie-

ren. Was spricht dagegen, der marktgeschärften Plandiktatur der Weltkonzerne eine demokratische Planwirtschaft der Regionen entgegenzustellen, die sich der Marktmechanismen ebenso virtuos zu bedienen weiß?

spw

- 1 Wir wollen nicht verschweigen, daß es zwischen den Autoren des Papiers Meinungsverschiedenheiten über die Reichweiten der Veränderungen und über einige strategische Konsequenzen für eine sozialreformerische Politik gibt.
- 2 Japan ist das beste Beispiel: Alle – einschließlich des IWF – reden davon, daß es für Japan jetzt darauf ankomme, den Binnenmarkt zu stärken. Gleichzeitig weiß aber keiner zu sagen, wie die Japaner das bewerkstelligen sollen. Zwar sind sie der größte Gläubiger der Welt, weil sie jahrelang ihren Export aus ihren Exporteinnahmen bezahlt haben. Trotzdem können sie ihr Geld nicht einfach zurückholen. Das würde bedeuten, den Teufel mit dem Belzebub auszutreiben und die Yen- mit einer Dollarkrise zu bekämpfen. Also bleibt nichts anderes, als die Zinsen auf Rekordniveau zu senken und die Staatsverschuldung weiter zu erhöhen. Aber schon jetzt ist klar, daß dadurch das Ungleichgewicht zwischen Weltmarktsektor und regionalwirtschaftlichen Binnenkreisläufen nicht dauerhaft überwunden werden kann.
- 3 Das hat vor allem mit den wachsenden Kapitalkosten technologischer Innovationen zu tun. Sie rentieren sich häufig nur dann noch, wenn dadurch eine möglichst exklusive Marktposition aufgebaut werden kann, die dauerhafte Extraprofite verspricht.
- 4 Bestes Beispiel ist der Bericht der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (Freistaaten-Kommission) unter der Leitung von Meinhard Miegel und Ulrich Beck; vgl. die Dokumentation in: „Blätter“, 2/1998, sowie die Diskussion über den Bericht, in: „Blätter“, 3/1998.
- 5 Dabei ist uns durchaus bewußt, daß eine Erhöhung der indirekten Steuern im allgemeinen einen Umverteilungseffekt zugunsten der Besserverdienenden erzeugt. Dem wollen wir entgegenwirken, indem vor allem Luxusgüter besteuert werden und indem die Einnahmen vor allem den weniger gut Verdienenden zugute kommen.
- 6 Inzwischen arbeitet die EG-Kommission an einer Vorlage, die alle Kommunen zwingen soll, ihre öffentlichen Verkehrsleistungen im Auftragsvergabesystem zu vergeben.
- 7 Nur mit dem Wettbewerb der Leistungserbringer hat es hier noch nicht so richtig geklappt. Bei der Bahn-AG besteht wenig Neigung, auf die eigene Monopolstellung freiwillig zu verzichten, während es den Ländern schwer fällt, andere Anbieter zum Zuge kommen zu lassen.
- 8 Daß hier die Energiekonzerne die Differenz zwischen Erstehungskosten und Marktpreis zahlen müssen, um sie dann über politisch genehmigte Energiepreise den Endverbrauchern wieder in Rechnung zu stellen, ist eine durchaus interessante Variante, die aber bei zunehmend deregulierten Energiemärkten immer schwerer durchzusetzen ist.

Die nachfolgenden Artikel von Martin Künkler und von Reiner Schiller-Dickhut setzen sich kritisch mit den im Crossover-Zusammenhang diskutierten Vorstellungen über einen „dritten“ bzw. „öffentlich geförderten Beschäftigungssektor“ und eine Reform der Kommunalwirtschaft auseinander, wie sie in den entsprechenden Crossover-Thesen (s. spw 4/98, S. 59f.) und in dem in diesem Heft dokumentierten Aufsatz von Brüggem/Klein/Westphal dargestellt werden. Dabei gehen sie scharf mit der im Crossover-Projekt entwickelten Vorstellung ins Gericht, diesen Sektor v.a. über ein System der öffentlichen Auftragsvergabe zu steuern und hierbei auch privatwirtschaftliche Unternehmen als Auftragnehmer zuzulassen. Wie dem auch sei: Die ganze Debatte erhält einen neuen Stellenwert durch die neuen politischen Mehrheitsverhältnisse. Nun kommt es darauf an, einen breiter angelegten und umsetzungsfähigen Konsens zu entwickeln. Dabei sollte auch klar sein, daß auch die Mechanismen der öffentlichen Auftragsvergabe und des öffentlichen Beschaffungswesens auf den Prüfstand gehören.

Die Diskussion um einen „dritten“ Sektor hat zwei größere Dimensionen. Einmal geht es um die (vertikale) Verknüpfung zwischen einem nationalen Fonds für ökologische und soziale Gemeinschaftsaufgaben und einem sozialgewerblichen Beschäftigungssektor. Dann geht es aber auch um die horizontale Verknüpfung zwischen diesem sozialgewerblichen Sektor und der Kommunalwirtschaft auf der einen und der lokal orientierten Privatwirtschaft auf der anderen Seite. Die Stärkung regionalwirtschaftlicher Zusammenhänge und Kreisläufe ist hier das Leitbild, das uns zu Fragen der regionalen Strukturpolitik führt. Diese wäre dann mehr als die Bereitstellung von Flächen und Infrastruktur, sondern es ginge um die regionale Branchenstruktur, es ginge um Eigentumsverhältnisse und -formen, es ginge um wirtschaftsdemokratische Elemente und öffentliche Steuerung.

Kein Problem, wenn es kontroverse Positionen gibt. Entscheidend ist, dieses Feld zu politisieren. Dazu muß man es gemeinsam sortiert haben. Am 23. Januar 1999 werden wir daran auf einem zweiten Workshop weiterarbeiten. Näheres erfährt man bei der Redaktion.

Die spw-Redaktion

Ein öffentlicher Beschäftigungssektor in Form eines Systems öffentlicher Auftragsvergabe (auch) an Private löste keine Probleme, schafft aber viele neue.

Mit steigender Produktivität ist zur Erstellung eines stetig steigenden Bruttoinlandsprodukts ein immer geringeres Arbeitsvolumen nötig. Geht der Gesellschaft die Arbeit aus? Zumindest an gesellschaftlich nützlicher Arbeit gibt es keineswegs einen Mangel. Im Gegenteil: Viele sinnvolle Aufgaben und Arbeiten bleiben heute unerledigt, nur weil sie in der profitorientierten Logik der Privatwirtschaft nicht lohnen. Besonders groß ist der ungedeckte Bedarf bei Sozialen Diensten, Bildung, Kultur, ökologischen „Aufräumarbeiten“, Recycling, einzelnen Bereichen handwerklicher Produktion u.a.m. Hier, wo keine Arbeitsplätze im marktwirtschaftlichen Selbstlauf entstehen, setzt die Idee eines öffentlich verantworteten Beschäftigungssektors (ÖVBS) an: Im Bereich zwischen Privatwirtschaft und öffentlichen Dienst sollen neue Tätigkeitsfelder erschlossen und zusätzliche Beschäftigung in Form regulärer Dauerarbeitsplätze in öffentlicher Verantwortung organisiert werden. Im Unterschied zur klassischen aktiven Arbeitsmarktpolitik, deren Instrumente als temporäre Auffangbecken und Brücken der Integration in den ersten Arbeitsmarkt erdacht wurden, zielt der ÖVBS direkt und nachhaltig auf ein höheres Beschäftigungsniveau und eine Reduzierung der bestehenden Arbeitsplatzlücke ab.

Öffentliches Auftragsvergabesystem

Die notwendige Debatte um die konkrete Ausgestaltung dieses Ansatzes wurde im „Crossover“-Arbeitszusammenhang (der Zeitschriften spw, andere Zeiten und utopie kreativ) neu „belebt“. Die Veranstalter stellten eine Konzeption zur Diskussion, die sich qualitativ so deutlich vom bisherigen Diskussionsstand um einen öffentlichen Beschäftigungssektor abhebt, daß fast von einem „Paradigmenwechsel“ gesprochen werden kann. Im Thesenpapier „Öffentlich geförderte Beschäftigung – 3. Sektor – linke Mittelstandspolitik“ wird eine grundsätzliche Neuorientierung der Förderstrategien vorgeschlagen¹: Die in der aktiven Arbeitsmarktpolitik (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, produktive Lohnkostenzuschüsse bzw. neu Strukturanpassungsmaßnahmen) vorherrschende direkte Einkommensförderung soll durch ein System der öffentlichen Auftragsvergabe ersetzt werden. Danach sollen die Kommunen als Nachfrager gesellschaftlich sinnvoller Arbeit in ökologischen, sozialen und kulturellen Bedarfssektoren auftreten und die gewünschten Leistungen öffentlich ausschreiben. Grundgedanke dieser Konzeption ist, daß der geforderte öffentliche Beschäftigungssektor für private, gewinnorientierte Anbieter geöffnet wird, indem private Unternehmen – gedacht ist insbesondere an Handwerk und Kleingewerbe – gleichberechtigt an der Auftragsvergabe teilhaben können sowie eine Implementierung von Wettbewerbsstrukturen,

Belebt Wettbewerb tatsächlich das Geschäft? Und: wessen Geschäfte?

von Martin Künkler*

indem gemeinnützige und private Anbieter um die ausgeschriebene Leistungserbringung konkurrieren.²

Schreibt sich jetzt schon die Linke das Motto „Wettbewerb belebt das Geschäft“ uneingeschränkt auf die eigenen Fahnen? Treten jetzt auch die fortschrittlichen Kräfte offensiv für Privatisierung ein – im Sinne der Integration der privaten, gewinnorientierten (kleinen und mittleren) Unternehmen in die öffentliche Beschäftigungsförderung? Hat der Glauben an die segensreiche Wirkung von Marktmechanismen nun auch die letzten gallischen (Widerstands)Dörfer befallen? Es gilt, den Vorschlag der öffentlichen Auf-

Für eine Effektivierung und gesteigerte Effizienz ist nicht die Abkehr vom gemeinnützigen Charakter oder von der Beschäftigungsförderung in öffentlicher Verantwortung geboten, sondern die Veränderung der konkreten Rahmenbedingungen.

* Martin Künkler, bis Mai 1997 wiss. Mitarbeiter von Annelie Buntenbach MdB, Mitarbeit in der Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit/Soziales von Bündnis 90/Die Grünen

Z

**Zeitschrift
Marxistische
Erneuerung**

**9. Jahrgang, Nr. 36,
Dezember 1998, 240 Seiten**

Globalisierung und Peripherie

Castro – Unipolare Welt und Unabhängigkeit der Staaten / Höhme – Internationale Finanzkrise / Neelsen – Periphere Gesellschaftsformation und internationale Klassensolidarität/ Pauli – Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft / Boris – Lateinamerika im neoliberalen Globalisierungsprozeß / Goldberg – Afrika zwischen Weltmarktdruck und Überlebensstrategie / Werning – Herrschaftskrise und Krisenherrschaft in Indonesien / Peters – China „muß den (kapitalistischen) Tiger reiten“

Nach den Wahlen

Werner – PDS / Berichte: „Koalition von unten“; Gewerkschaftslinker; Gewerkschaftspolitische Alternativen in Europa

Theoriegeschichte

Losurdo – Liberale Tradition, Freiheit, Exklusion / Collmer – Deleuze/ Guattari: Kapitalismus und Schizophrenie (II) / Gedö – Warum Marx oder Nietzsche? / Steiner – Alexandra Kollontai

Berichte – Rezensionen: Werttheorie, Globalisierung, ökologische Steuerreform, Ideologie- und Gesellschaftstheorie, Geschichte

Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Vers.); im Abo: 60,-; Auslandsabo 70,- (4 Hefte/Jahr incl. Vers). Probeheft: 10,- incl. Vers. Bezug: üb. Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt: **Z-Vertrieb**, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt/M., Tel. 069 / 7392934

Das IAB analysiert, daß die Durchführung von AB-Maßnahmen durch Private „erheblich teurer“ (!) kommt und zusätzliche Finanzmittel erfordert, insbesondere durch die kostensteigernden „Risiko- und Gewinnzuschläge“ beim privaten Unternehmen.

tragsvergabe und dessen Begründungszusammenhang sorgfältig zu prüfen. Es ist zu fragen, ob mit den vorgeschlagenen Instrumenten tatsächlich die angestrebten positiven Effekte erzielt werden können und ob es nicht bessere Alternativen gibt, die ebenfalls die Defizite der bestehenden Arbeitsmarktpolitik überwinden, aber mit dem Konzept der öffentlichen Auftragsvergabe verbundene Nachteile vermeiden.

ABM & Co: Müßiggang und Scheinaktivitäten?

Über die realexistierenden Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik fallen

die Autoren des Thesenpapiers ein vernichtendes Urteil: Die direkte Einkommensförderung (bei ABM u.a.) schaffe eine „ziemlich unproduktive Atmosphäre des bürokratisch verwalteten Leerlaufs und der Scheinaktivität“ und fördere „ein sozialpsychologisch wenig förderliches Klima sinnentleerten Müßigganges“. Diese Wertung ist jedoch keine zutreffende Beschreibung der Gesamtheit der AB-Maßnahmen, sondern eher eine polemische und unzulässige Verallgemeinerung von Einzelfällen: Nach Sonderuntersuchungen kommt das Institut für Arbeits- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB) zu dem Ergebnis, daß beispielsweise die AB-Maßnahmen in Ostdeutschland „in großem Umfang strukturwirksam und investiv“ sind. Über die Hälfte (!) der geförderten Maßnahmen „waren im engeren Sinne investiv, d.h. Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur, zur baulichen Instandsetzung/Planung und zur Umweltverbesserung.“

ABM und andere Maßnahmen sind von zentraler Bedeutung für die soziale Infrastruktur: Beim Paritätischen Wohlfahrtsverband arbeiten beispielsweise 60% der sozialen Dienste im Bereich Altenhilfe und 39% im Bereich der Jugendhilfe *ausschließlich* mit MitarbeiterInnen in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik.³ Dies alles und noch viel mehr als „Leerlauf“, „Müßiggang“ und „Scheinaktivität“ zu disqualifizieren, ist ärgerlich und eine Verhöhnung des Engagements und eine Mißachtung der Arbeitsleistung der ABM-Beschäftigten. Aber geschenkt – der Vorschlag zur Neuorientierung auf ein System öffentlicher Auftragsvergabe verlangt nach einer grundsätzlicheren Auseinandersetzung. Sollen bei der Ausweitung, Verstärkung und qualitativen Weiterentwicklung der aktiven Arbeitsmarktinstrumente in einen ÖVBS die heutigen Defizite überwunden werden, dann gilt es zuerst diese zu bestimmen und ihre Ursachen offenzulegen. Darüber hinaus ist kritisch zu hinterfragen, ob denn die vorgeschlagenen Wege „Wettbewerb“ und „Öffnung für private, gewinnorientierte Unternehmen“ tatsächlich eine gesteigerte Effizienz gewährleisten.

Die Projekte öffentlich geförderter Beschäftigung sind *heute* mit schlicht unerfüllbaren, zum Teil widersprüchlichen Anforderungen konfrontiert: Bei einer immer größer werdenden Arbeitsplatzlücke und einer sinkenden

Anzahl von Erwerbsarbeitsplätzen sollen Brücken der Integration in den ersten Arbeitsmarkt gebaut werden für diejenigen, die dieser Arbeitsmarkt bereits nicht mehr haben wollte, als ihnen noch nicht der „Makel“ (langandauernder) Arbeitslosigkeit anhaftete. Oder noch besser: Sie sollen mit denjenigen, die der erste Sektor beim Stellenabbau als erstes rauswirft, da sie keine olympiareifen Leistungen erbringen, neue Marktnischen erschließen. Dies idealerweise so effizient und effektiv, daß ein Übergang in Dauerarbeitsplätze möglich ist, jedoch unter den erschwerten Bedingungen einer Art „Schutzzollpolitik“ zugunsten des ersten Sektors (Konkurrenzverbot, Gebot der Zusätzlichkeit, öffentliches Interesse).⁴ „Wirtschaftlicher Erfolg“ und eigene Erträge werden insofern „bestraft“, weil sie in einer Art Null-Summen-Spiel auf die öffentliche Förderung angerechnet werden bzw. diese bei ABM sogar zu geringeren Zuschüssen führen, da eine über die Regelförderung von 75% hinausgehende Förderung gerade fehlende Eigenmittel und eine Finanzschwäche der Träger zur Voraussetzung hat.

Für eine Effektivierung und gesteigerte Effizienz ist nicht die Abkehr vom *gemeinnützigen Charakter* oder von der *Beschäftigungsförderung in öffentlicher Verantwortung* geboten, sondern die Veränderung der konkreten Rahmenbedingungen, wenn diese eine „öffentliche Anstiftung zu unwirtschaftlichem Verhalten“ (Achim Trube) darstellen. Als Konsequenz sind an die Ausgestaltung eines öffentlichen Beschäftigungssektors u.a. folgende Ansprüche zu stellen: Zur Steigerung der Produktivität muß die finanzielle Förderung – im Gegensatz zu heute – auch eine ausreichende Ausstattung mit Sachmitteln beinhalten. Die durch das *Prinzip der Befristung* erzwungene Fluktuation und Diskontinuität muß im Rahmen einer *dauerhaften Förderung* überwunden werden. Die Möglichkeit zur Erwirtschaftung von Erträgen und deren *zweckbestimmte Verwendung* für Rücklagen, Ausweitung der Geschäftstätigkeit und die teilweise Ausschüttung an die MitarbeiterInnen ist neu zu verankern. Ein Abfluß aus den Beschäftigungsprojekten und eine *private Aneignung der Erträge* durch private UnternehmerInnen ist jedoch gerade aus Effizienzgründen auszuschließen.

Mehr Effizienz durch private Anbieter und Wettbewerb?

Leider enthält das Thesenpapier keinerlei Aufklärung darüber, auf wel-

chen Wegen denn der vorgeschlagene verstärkte Wettbewerb zwischen gemeinnützigen und privaten Anbietern um die öffentlich ausgeschriebenen Aufträge und insbesondere die Teilhabe der privaten, gewinnorientierten Unternehmen zu effizienteren Strukturen führt. Hier bleibt der Vorschlag recht „theologisch“ und bietet nur ein Glaubensbekenntnis: Wettbewerb und private Anbieter erhöhen halt die Effizienz – Punkt. Es gibt hingegen gute Gründe, die eher das Gegenteil vermuten lassen: Einige (wenige) Projekte des Öffentlichen Beschäftigungssektors dürften den Idealzustand erreichen, daß die erwirtschafteten Erlöse die Erstellungskosten gerade decken und in der Bilanz eine „schwarze Null“ steht. Nun ist aber in der privaten, gewinnorientierten Wirtschaft eine Kostendeckung bekanntlich kein ausreichendes Motiv für wirtschaftliche Aktivität. Dies gilt eben nicht nur für das böse, exportorientierte Großkapital, sondern eben auch für den Inhaber des Handwerksbetriebs XY mit 3 GesellInnen oder für den Inhaber eines Kleinunternehmens mit 18 Beschäftigten. Bei einer Beteiligung privater Anbieter muß somit immer *zusätzlich* zur finanziellen Förderung zur Erstellung der gewünschten, aber nicht marktgängigen Produkte bzw. Dienstleistungen und als Kompensation für die Beschäftigung der heute aus dem Erwerbsleben Ausgegrenzten das *Gewinninteresse bedient werden*.

Für den gewerblichen Bereich ist bereits heute die vorrangige Vergabe von ABM an private Wirtschaftsunternehmen zwingend vorgeschrieben. In der Praxis hat diese Vergabe-ABM kaum Bedeutung, der Anteil an allen ABM ist extrem niedrig. Das IAB analysiert schlicht, das diese Durchführung der Maßnahmen durch Private „erheblich teurer“ (!) kommt und zusätzliche Finanzmittel erfordert. Neben anderen Hindernissen, die ggf. durch neue Förderbedingungen noch abzubauen wären, nennt das IAB als Ursache insbesondere die kostensteigernden „Risiko- und Gewinnzuschläge“ beim privaten Unternehmen.⁵ Damit diese Vergabe-ABM für die Privatwirtschaft auch nur den Hauch von Interesse weckt, ist im neuen Arbeitsförderungsrecht (SGB III) ein gegenüber „normaler“ ABM um bis zu 30% erhöhter Förderbetrag vorgesehen – von wegen effektiver Mitteleinsatz bei Beteiligung privater Anbieter! Es ist schlicht nicht einleuchtend, warum, wie die Verfechter des Konzepts der „Auftragsvergabe (auch) an Private“ behaupten, „mit dem glei-

chen Geld mehr Arbeitsplätze geschaffen und mehr Leistungen bereit gestellt werden“⁶ können, obwohl das *Gewinninteresse als zusätzlicher Kostenblock* in die Kalkulation einfließt. Während das SGB III zur Zeit ABM, die zur persönlichen Bereicherung einiger beitragen – gemeint sind die ABM-Beschäftigten (!) – verbietet, wird mit dem Bedienen des Gewinninteresses der Privaten eben eine solche private Bereicherung zum Prinzip erhoben.

Selbst wenn die Einhaltung arbeits-, sozialrechtlicher und tariflicher Standards im Ausschreibungsverfahren zwingend vorgeben sind, ist es m.E. naiv anzunehmen, die verstärkte (Unterbietungs)Konkurrenz der Anbieter untereinander und das Bestreben der Gewinnmaximierung bei den Privaten würden *nicht* in Konflikt zur Qualität der Leistung, den Arbeitsbedingungen, notwendigen Maßnahmen der Qualifizierung und der sozialen Flankierung sowie der Belegschaftsstruktur geraten und zu Lastender aufgelöst werden. Bereits heute ist in Beschäftigungsinitiativen das Phänomen eines „Creaming of the poor“ nachweisbar. Trotz entsprechender Vorgaben, vor allem sog. Zielgruppen der Arbeitsmarktpolitik in den Genuß der Beschäftigungsförderung kommen zu lassen, wird aufgrund der Massenerwerbslosigkeit innerhalb der Zielgruppen eine Bestenauslese möglich und betrieben. Dieser Mechanismus – die Sahne wird abgeschöpft, der Rest wird langsam sauer – dürfte sich mit dem vorgeschlagenen Modell nochmals verschärfen.⁷

Jenseits des Systems der öffentlichen Auftragsvergabe, so der Vorschlag, soll es nur noch direkte Einkommensförderung nach ABM-Art für den „sehr beschränkten Personenkreis“ geben, der „aufgrund definierbarer geistiger, körperlicher oder sozialer Handicaps auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht vermittelbar ist.“ Zwar ist es zutreffend, daß die Ursache der Erwerbslosigkeit nicht in Defiziten der Betroffenen liegt und Erwerbslose keinesfalls als *dauerhaft* leistungsgeminderte Beschäftigte anzusehen sind, doch dürfen andererseits nicht die negativen Auswirkungen *infolge (langandauernder) Erwerbslosigkeit*, von Qualifikationsverlusten bis zu sozialen und psychischen Belastungen, ausgeblendet werden. Qualifizierung und sozial flankierende Betreuung- und Beratungsangebote als Bestandteil des ÖVBS werden für einen *nicht unerheblichen Personenkreis notwendig* sein. Denn eine aktuelle Studie des IAB belegt, daß das Ausmaß der

Langzeitarbeitslosigkeit bisher systematisch und in bedeutendem Umfang unterschätzt wurde und der Anteil der Langzeitarbeitslosen gegenwärtig rund 60% beträgt.⁸

„...auf Kosten der privaten Anbieter“ – reales Problem oder Mythos?

Ein weiterer zentraler Argumentationsstrang für die Orientierung auf ein System öffentlicher Auftragsvergabe liegt in der Vermeidung einer Konkurrenz zwischen öffentlich geförderter Beschäftigung und etablierten privaten Anbietern. Das Thesenpapier konstatiert bereits für die bestehende Arbeitsmarktpolitik ein solches Problem, das sich bei der quantitativen Ausweitung öffentlich geförderter Beschäftigung und der qualitativen Weiterentwicklung vom temporären Auffangbecken zu einer dauerhaften Beschäftigungsperspektive noch erheblich verschärfe. „Konkurrenz“ wird dabei verstanden als öffentlich geförderte Beschäftigung *zu Lasten und auf Kosten* von Handwerk, Kleingewerbe und privaten Dienstleistern.⁹ Zumindest für die Vergangenheit und Gegenwart stellt dieser oft beklagte vermeintliche *Verdrängungseffekt* eher einen ideologischen, interessensgeleiteten Mythos als ein reales Problem dar: Vielmehr ist über institutionelle Vorkehrungen im Arbeitsförderungsrecht (Vergabevorrang an private Wirtschaftsunternehmen bei ABM im gewerblichen Bereich, Unbenklichkeitsbescheinigungen der zuständigen Kammern und Fachverbände u.a.) ein Konkurrenzverbot verankert, das Verdrängungseffekte weitgehend ausschließt.

Eine im Auftrag des Bundeswirtschaftsministers durchgeführte Unternehmensbefragung kommt zu dem Ergebnis, daß „kaum ein Unternehmen [...] ABM Projekte als unlautere Konkurrenz an[sieht].“ Und weiter: „Der früher stark kritisierte Einsatz von ABM-Kräften ist mittlerweile für das Handwerk kein Thema mehr.“¹⁰ In einer Betriebsbefragung des IAB bewerten 88 % der Unternehmen ABM positiv!¹¹ Es wird geschätzt, daß vier ABM-Stellen einen nicht-geförderten Arbeitsplatz induzieren.

Es soll hier nicht ausgeschlossen werden, daß *in Einzelfällen* Verdrängungseffekte stattgefunden haben; *repräsentativ* für öffentlich geförderte Beschäftigung sind sie aber keineswegs. Dies gilt auch für die heftig kritisierten Mega-ABM und ABS-Gesellschaften in Ostdeutschland. Auch hier hat *keine Verlagerung* von Aufträgen und Be-

Trotz entsprechender Vorgaben, vor allem sog. Zielgruppen der Arbeitsmarktpolitik in den Genuß der Beschäftigungsförderung kommen zu lassen, wird bereits heute aufgrund der Massenerwerbslosigkeit innerhalb der Zielgruppen eine Bestenauslese betrieben.

Qualifizierung und sozial flankierende Betreuung- und Beratungsangebote als Bestandteil des ÖVBS werden für einen nicht unerheblichen Personenkreis notwendig sein.

Zumindest für die Vergangenheit und Gegenwart stellt dieser oft beklagte vermeintliche Verdrängungseffekt gegenüber privaten Anbietern eher einen ideologischen, interessensgeleiteten Mythos als ein reales Problem dar.

Bei einer genaueren Analyse der potentiellen Tätigkeitsfelder des ÖVBS zeigt sich, daß es sich ganz überwiegend um Güter und Dienstleistungen handelt, für die eine dauerhafte Subventionierung erforderlich ist.

schäftigung zu Lasten der Privatwirtschaft stattgefunden. Die Alternative einer (teuren) Auftragsvergabe an Private bestand allein schon aufgrund fehlender Finanzmittel der Gebietskörperschaften gar nicht. Ohne die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik wären Altlastensanierung, Verbesserung der Infrastruktur, Stadtbegrünung, Ausbau der sozialen Infrastruktur und der Daseinsvorsorge u.a.m. eben nicht von Privaten ausgeführt worden, sondern diese Aktivitäten hätten *schlicht nicht stattgefunden* und damit auch nicht der Zugewinn an Beschäftigung und Wertschöpfung.

Auch für die Zukunft und die angestrebte Etablierung eines ÖVBS stellt sich kein Problem von *Verdrängungseffekten* in dem Sinn, daß *bestehende Beschäftigung* zu Lasten etablierter privater Anbieter *verlagert* wird. Vorrangiges Ziel angesichts anhaltender Massenerwerbslosigkeit ist die Einrichtung *zusätzlicher Arbeitsplätze* durch das Erschließen *neuer Tätigkeitsfelder*. Eine bloße Substitution bestehender Erwerbsarbeit unter neuem Etikett ist zu vermeiden. Diese Zielbestimmungen machen aber gerade das Wesen des ÖVBS aus: Es sollen gesellschaftlich sinnvolle Aufgaben und Arbeiten, die heute *unerledigt* bleiben, da sie nicht profitabel vermarktet werden können, in zusätzliche Erwerbsarbeit umgesetzt werden. Durch Dezentralisierung, eine Verlagerung der Entscheidungskompetenz *vor Ort* in die Kommunen (bzw. Regionen), wo im Rahmen von Entwicklungsplänen die konkreten Aufgabengebiete der Betriebe des ÖVBS demokratisch legitimiert zu bestimmen sind sowie durch eine vorherige Anhörung und *Beteiligung aller Arbeitsmarktakteure* – also neben Gewerkschaften und Erwerbsloseninitiativen auch der Arbeitgeberverbände, Handwerkskammern und Fachverbände – kann sichergestellt werden, daß diese Zielbestimmung nicht aus dem Blick gerät.

Was bleibt ist eine Konkurrenz dergestalt, daß *zusätzliche Beschäftigung*, die bei entsprechend *hoher* öffentlicher Subventionierung ggf. auch bei gewinnorientierten Unternehmen entstehen könnte, in *öffentlicher Verantwortung* organisiert wird. Was ist problematisch daran, wenn eine reguläre, *zusätzliche* Tischler-Stelle bei der gemeinnützigen Initiative „Gut Holz“ anstatt in der gewinnorientierten Schreinerei „Eiche, Buche & Co.“ geschaffen wird? Da eine überzeugende Begründung, die eine Verrichtung gesellschaftlich sinnvoller Arbeit durch private Anbieter

zwingend vorteilhafter erscheinen läßt, nicht ersichtlich ist, ist auch kein zu lösendes Problem gegeben.

Die Autoren des Thesenpapiers haben bei ihrer Argumentation sehr stark den Teilbereich von Betätigungsfeldern im Blick, in dem nach einer zeitlich begrenzten, degressiven Förderung ein sich selbsttragendes Wirtschaften möglich erscheint. Solche Marktischen, die lediglich einer Anschubfinanzierung bedürfen und die heute bei einem besseren Zugang zu Risikokapital wahrscheinlich längst von Privaten besetzt wären, sind aber äußerst begrenzt. Bei einer genaueren Analyse der Einsatzfelder von ABM und ähnlichem bzw. der potentiellen Tätigkeitsfelder des ÖVBS zeigt sich, daß es sich ganz überwiegend um die Produktion/ das Angebot von Gütern und Dienstleistungen handelt, die auch nach einer befristeten Förderperiode nicht marktgängig werden, sondern für die vielmehr eine dauerhafte Subventionierung erforderlich ist. Dies gilt umso mehr, wenn der ÖVBS einen erheblichen Beitrag zur Reduzierung der Erwerbslosigkeit leisten soll und die Größenordnung von 1 Million Dauerarbeitsplätzen angestrebt wird.

Zur Beurteilung der „Problematik“ von Konkurrenz bzw. Verdrängungseffekten kann darüber hinaus das Konzept eines ÖVBS nicht isoliert betrachtet werden. Die (Wechsel-)Wirkungen der anderen Bestandteile eines notwendigen Bündels beschäftigungspolitischer Maßnahmen zur Überwindung der Massenerwerbslosigkeit sind mit zu berücksichtigen: Gelingt es, die Forderung nach öffentlichen Investitionsprogrammen z.B. im Rahmen einer Verkehrs- und Energiewende durchzusetzen, kommt es insgesamt zu einer deutlich erhöhten Nachfrage, mit der das „Problem“ möglicher Verdrängungseffekte endgültig hinfällig wird. Diese erhöhte Nachfrage beispielsweise zur Renovierung/Instandsetzung von Bahnhöfen im Rahmen eines Ausbaus des Schienenverkehrs würde etablierten privaten Anbietern und Projekten des ÖVBS zugute kommen, im „ersten“ und im „dritten“ Sektor zu Beschäftigungszuwächsen führen.

Small is beautiful ...

Schließlich werden von den BefürworterInnen eines Systems öffentlicher Auftragsvergabe *strategische Gründe* vorgetragen: Indem Handwerk und Kleinbetriebe als Bündnispartner gewonnen und in „neue Allianzen“ einbezogen werden, sollen die politischen

Kräfteverhältnisse verschoben und somit die Durchsetzungschancen für eine binnenwirtschaftliche Orientierung im Allgemeinen bzw. für die Ausweitung öffentlich geförderter Beschäftigung im Besonderen verbessert werden. Unter dem Motto „Klein, aber oho!“ begegnet schon geraumer Zeit ein Teile der Linken den „KMU“, den kleinen und mittelgroßen Unternehmen, mit zunehmender Sympathie – eine Sympathie, die aus Sicht der dort abhängig Beschäftigten nur bedingt nachvollziehbar sein dürfte: Die konkreten Arbeits- und Entlohnungsbedingungen sind tendenziell eher schlechter als in Großbetrieben, da bestimmte Schutzrechte der ArbeitnehmerInnen (Kündigungsschutz, Mitbestimmung/Betriebsverfassungsgesetz) erst ab einer bestimmten Betriebsgröße greifen, der gewerkschaftliche Organisationsgrad und damit die Verhandlungsmacht geringer ist u.a.m.

Der Einbezug von Kleinbetrieben/ Kleingewerbe in die „neuen Allianzen“ ist deshalb so problematisch, da die *Betriebsgröße* ein völlig *untaugliches Kriterium* zur Beurteilung und Einordnung der Unternehmenstätigkeit darstellt. Den elektro-seitigen Innenausbau eines neues Stadtteilzentrum haben eben nicht nur der kleine Elektrobetrieb, sondern auch zum Siemens-Konzern gehörende Betriebsstätten im Angebot. Die Großbetriebe „Karstadt AG“ oder „Post AG“ sind aufgrund ihrer Geschäftsfelder binnenwirtschaftlicher orientiert, als manche höchst spezialisierte Softwarefirma mit zwölf Beschäftigten. Der im Schienenfahrzeugbau aktive ABB-Konzern hat durchaus ein höheres Interesse an einer politisch induzierten Verkehrswende als die kleine Metall-Klitsche, die am unteren Ende in die Zulieferkette der Automobilindustrie eingebunden ist. Schließlich verliert das *Kriterium Betriebsgröße* durch neuere Rationalisierungsstrategien, die im Rahmen von „lean production“ mittels *Auslagerung und Ausgründungen von Betriebsteilen* Unternehmensgeflechte strukturell revolutionieren, jedwede Aussagekraft.

Die konkrete Ausgestaltung eines öffentlichen Beschäftigungssektors (und somit das Konzept der öffentlichen Auftragsvergabe unter Konkurrenzbedingungen auch an Private) ist heute nicht primär Gegenstand sozialer Auseinandersetzung. Grundsätzlichere, der konkreten Ausgestaltung *vorgelagerte Entscheidungen* sind noch längst nicht gewonnen und entsprechende Positionen z.Z. alles andere als hegemonial in der Gesellschaft

verankert: Der ÖVBS, in welcher Form auch immer, erfordert *dauerhaft höhere öffentliche Ausgaben* für eine aktive Beschäftigungspolitik, erfordert eine soziale Steuerreform, die nicht auf Aufkommensneutralität oder gar eine Nettoentlastung, sondern auf *Steuer-mehreinnahmen* abzielt, setzt eine erhebliche *Umverteilung* zu Lasten der privaten Vermögensanhäufung und zugunsten eines höheren Beschäftigungsniveaus voraus und bedingt schließlich eine *höhere Staatsquote*.

In der Gesamtschau der Interessenslagen sind Zweifel angebracht, inwieweit die umworbene strategischen Bündnispartner Handwerk sowie Kleingewerbe *diese* zwingend notwendigen Zielsetzungen mittragen. Insgesamt erscheint die Hoffnung in die Schlagkraft der „neuen Allianzen“ sehr stark Ergebnis einer Überlegung am grünen Tisch: Handwerk und Kleinbetriebe verpflichten sich auf die Einhaltung sozialer und tariflicher Standards, dafür gibt's als Honorar „linke“ Mittelstandsförderung und gemeinsam sind „wir“ stark und schaffen die Etablierung eines ÖVBS. Neben der notwendigen, aber nicht hinreichenden Bedingung eines Machtwechsels in Bonn, ist für einen Politikwechsel und ein Aufbrechen der Vorherrschaft des Neoliberalismus politischer Druck von unten, letztlich der „Druck von der Straße“ entscheidend. Auch aus diesem Blickwinkel sind vorrangig andere gesellschaftliche Kräfte als BündnispartnerInnen gefragt.

Fazit

Das vorgeschlagene Konzept eines Systems öffentlicher Auftragsvergabe kann nicht überzeugen, die Vorteile eines verstärkten Wettbewerbs unter Einbezug gewinnorientierter Privatunternehmen sind nicht einleuchtend. Diese Kritik bedeutet aber keineswegs ein defensives Festhalten am Staus quo: Im ÖVBS sollte die in der aktiven Arbeitsmarktförderung vorherrschende Einkommensförderung durch eine *modifizierte Projektförderung* ersetzt werden: Den beiden Aufgaben – Bereitstellung nicht marktgängiger Güter und Dienstleistungen *und* zusätzlicher, regulärer Dauerarbeitsplätze – sollte eine adäquate, zweigeteilte Förderung entsprechen. Ein degressiver Förderbetrag zur Kompensation erhöhter Kosten für Qualifizierung und flankierende soziale Betreuung in Abhängigkeit von der Belegschaftsstruktur und eine nach Tätigkeitsfeldern differenzierte Dauersubvention. Beschäftigung in *öffentlicher Verantwortung* bedeutet

auch nicht, daß die zusätzlich erschlossenen Erwerbsarbeitsplätze im klassischen öffentlichen Dienst mit seinen reformbedürftigen Strukturen angesiedelt sein müssen. Vielmehr ist an eine Vielfalt unterschiedlicher, gemeinnütziger Träger gedacht: Kommunale Betriebe, Vereine, Initiativen oder Genossenschaften, deren *gemeinsamer Betriebszweck gesellschaftlich sinnvolle Beschäftigung* ist. Dies schließt nicht die Erwirtschaftung von Erträgen aus, jedoch ihre private Aneignung durch private UnternehmerInnen.

Ein so konzipierter Beschäftigungssektor ist ein konkreter Ausdruck und ein erster Schritt (in Richtung) der umfassenderen *Perspektive einer gesellschaftlich bestimmten Ökonomie*. Zumindest partiell wird die Profiterzielung als Motor und Steuerungsinstanz zurückgedrängt: Nicht eine maximale Kapitalverwertung sondern der *größtmögliche gesellschaftliche Nutzen* markiert den Orientierungspunkt für wirtschaftliche Aktivitäten. Das direkte *Ersetzen der Profitlogik* ist der direktere und erfolgversprechendere Weg, als der teure und zweifelhafte Umweg, im Rahmen einer öffentlichen Auftragsvergabe das *Gewinninteresse* privater Unternehmen *bedienen* zu müssen.

spw

¹ Vgl. Vom Machtwechsel zum Politikwechsel [Thesenpapier zum Crossover-Kongreß am 13.-14.12.1997] – Öffentlich geförderte Beschäftigung – 3. Sektor – linke Mittelstandspolitik; etwas überarbeitete Fassung veröffentlicht in: spw 4/98, S. 59f.

² a.a.O., S. 7

³ Angaben für Ostdeutschland; vgl. Schneider, Ulrich: ABM-Kürzungen bedrohen soziale Infrastruktur in Ostdeutschland, Redemanuskript zur Pressekonferenz am 9.8.1996

⁴ Vgl. Trube, Achim: Zukunft der Arbeitsgesellschaft: Der Dritte Sektor als Konkurrenz zum ersten Arbeitsmarkt?, in: Soziale Sicherheit 1/1997, S. 20-22

⁵ Vgl. IAB-Werkstattbericht Nr. 5/1997, S. 15

⁶ Vgl. Vom Machtwechsel zum Politikwechsel ..., a.a.O., S. 8

⁷ ausführlich zu dieser Problematik: Arbeitslosenhilfe Oldenburg (Hg): Creaming of the poor, Oldenburg 1996

⁸ Diese Verdopplung der Quote ergibt sich, wenn die Dauer der Erwerbslosigkeit nicht zu einem Stichtag erfaßt wird, sondern sachrichtig nach Beendigung der Arbeitslosigkeit (Wiederbeschäftigung, Rente u.a.) gemessen wird. Vgl. Karr, Werner (IAB): Die konzeptionelle Untererfassung der Langzeitarbeitslosigkeit, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 1/97, S. 37ff.

⁹ Vgl. Vom Machtwechsel zum Politikwechsel ..., a.a.O., S. 6ff.

¹⁰ Vgl. DIW-Wochenbericht 39/1992

¹¹ Vgl. IAB-Werkstattbericht 5/1997, S. 16

AKP

Alternative Kommunal Politik

TRINK
WASSER

JUGEND
2000

KOMMUNALE
UNTERNEHMEN

PENNER
PUNKS
+
POLIZISTEN

...diese Schwerpunkt-Themen der letzten AKP-Ausgaben zeigen die breite Palette der Fachzeitschrift „Alternative Kommunalpolitik“. Sie ist ein unverzichtbarer Informationsdienst über alle Bereiche bündnisgrüner Kommunalpolitik. Jedes Heft enthält zusätzlich aktuelle Nachrichten und Hintergrundberichte. Wichtige Themen werden in Büchern und Sonderheften vertieft.

Probeheft und Gesamtkatalog anfordern bei:

Alternative Kommunal Politik

Luisenstr. 40, 33602 Bielefeld
Ruf 0521/177517, Fax 0521/177568
E-Mail: AKP-Redaktion@t-online.de
Internet: www.gruene.de/akp-redaktion

Von Konzernen lernen? ... führt zur Kommerzialisierung des Politischen

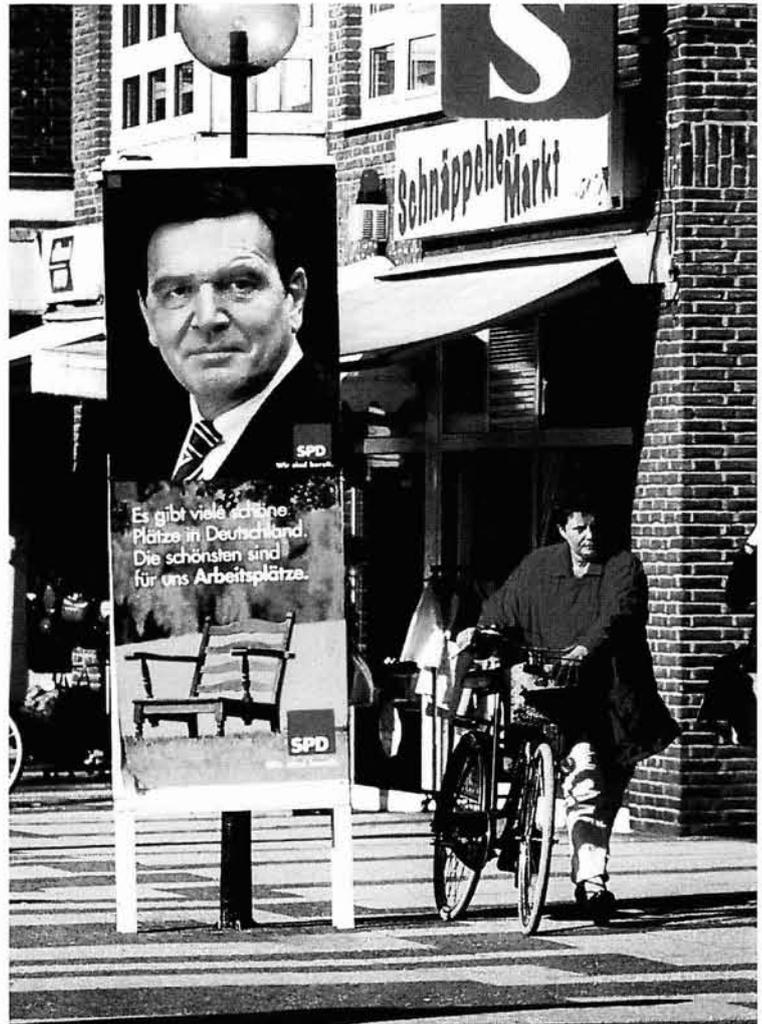
von Reiner Schiller-Dickhut*

Willi Brüggen hat ein Konzept zur Reform des öffentlichen Sektors entwickelt, dessen Kern lautet: der Staat solle als Auftraggeber politisch definierte Leistungen bei privaten oder gemeinwirtschaftlichen, miteinander konkurrierenden Anbietern bestellen.¹ Dieses wesentlich für den kommunalen Sektor ausgeführte Konzept wurde anschließend im Rahmen des Crossover-Prozesses von einer Autorengruppe² weitgehend übernommen.

Für die Auseinandersetzung mit diesem Konzept sei noch einmal der Hintergrund von Brüggens Überlegungen in Erinnerung gerufen. Nach einer Analyse u.a. der Steuerungsweisen der Großkonzerne (outsourcing) plädiert er dafür, die in diesen „neuen Strukturen liegenden politischen Gestaltungschancen aufzugreifen“, statt „immer nur gegen den Neoliberalismus zu polemisieren“ (siehe Fußnote 1). Der kommunalwirtschaftliche Sektor solle nach dem privaten Vorbild wie beschrieben umgebaut werden, so „daß die Effizienz und Flexibilität der Marktmechanismen mit größeren politischen Gestaltungsspielräumen verbunden werden kann“, und sich von einem Versorgungs- in einen Transfer-Staat wandeln. Mit diesem Modell könne man ohne neue Bürokratie mit einer ökologischen Umgestaltung beginnen.

Das Konzept verspricht, mit einem großen Wurf drei Ziele gleichzeitig zu

Das Konzept wird durch seine einfache Übertragung von bestimmten Managementstrategien der Großunternehmen dem politischen Sektor im allgemeinen und der übergroßen Mehrheit der Kommunen nicht gerecht und ist deshalb allenfalls partiell geeignet.



erreichen: mehr Effizienz in der Kommunalwirtschaft und damit geringere Kosten, Chancen für eine politische Umsteuerung der kommunalen Unternehmen und einen strategischen Interessenausgleich mit der konkurrierenden, regional orientierten privaten Wirtschaft.

Das Konzept verfehlt sein Ziel, weil es von außen aufgestülpt ist. Meine Einwände will ich vorab kurz zusammenfassen. Das Konzept wird durch seine einfache Übertragung von bestimmten Managementstrategien der Großunternehmen dem politischen Sektor im allgemeinen und der übergroßen Mehrheit der Kommunen nicht gerecht und ist deshalb allenfalls partiell geeignet. Das dem vorgeschlagenen Konzept in der wissenschaftlichen Diskussion zugrundeliegende Modell der Leistungstiefe ist zum einen differenzierter als der Vorschlag von Brüggens, indem es die Besonderheiten des Politischen berücksichtigt; zum anderen leistet es selbst nicht das, was es suggeriert, nämlich eine wertfreie Entscheidung für die Form der Erfüllung einer öffentlichen

Aufgabe zu begründen. Für das strategische Konzept von Brüggens bedeutet dies, daß Konflikte mit dem privaten Sektor im Rahmen einer regionalwirtschaftlichen Strategie nicht auszuschließen sind. Zum dritten würde die Anwendung des Brüggenschen Konzepts – und verwandter wettbewerbsorientierter Modelle – das politische System so verwandeln, daß bildlich gesprochen Herz und Kopf die verselbständigten Glieder gar nicht mehr erreichen würden, weil jeder für sich in einer anderen Sprache spricht. Viertens abstrahiert das Konzept völlig von den Markt- und damit Machtverhältnissen in den Branchen, in denen die Kommunalwirtschaft agiert.

Eine letzte Vorbemerkung: Ich verstehe, wenn man angesichts der korporatistischen Strukturen im öffentlichen Dienst Berlins (mit seiner mehrfachen Sondersituation) zur Brechstange greifen will; auch andernorts muß man gelegentlich taktisch „mal dazwischen hauen“, um Innovationen durchzusetzen, aber dies begründet kein strategisches Konzept.

* Reiner Schiller-Dickhut, Bielefeld, ist Redakteur der Zeitschrift *Alternative Kommunalpolitik*. Der Text ist zuerst erschienen in der Ausgabe 5/98 der „Andere Zeiten“.

Wo das Geld als Maß versagt

Ein zentrales Argument für das Konzept „Staat als Auftraggeber“ ist der Leitsatz „Politik soll (wieder) die Ziele bestimmen“. Referenzmodell dafür sind Großunternehmen, die mit einem System von der Anordnung von oben nach unten nicht mehr steuerbar waren und stattdessen einzelne Glieder in der Wertschöpfungskette ausgliederten. Dem Autor dieser Zeilen ist leider nicht bekannt, ob das Outsourcing in der Großindustrie nur der vorletzte Schrei in der Unternehmenspolitik ist und ob man dort aus zweifellos entstehenden Schwächen (Störanfälligkeit, mehr Qualitätskontrolle notwendig u.ä.) dieses Modells schon gelernt hat. Diese Schwächen mag man beherrschen können, weil in der Privatwirtschaft über das Medium Geld ein handfester Vergleich zwischen verschiedenen Auftragnehmern oder zwischen Fremd- und Eigenbezug hergestellt werden kann. Dieses quantitative Kriterium soll aber beim Konzept „Staat als Auftraggeber“ nur eines unter anderen sein, nämlich umrahmt werden durch einige qualitative „Randbedingungen“ sozialer und ökologischer Art (vgl. u.).³

Das Modell „Auftragsvergabe an den Billigsten/Günstigsten“ führt nur dann zu einem Mehr an Steuerung gegenüber dem status quo, wenn die Überwachung dieser qualitativen Bedingungen weniger aufwendig und zuverlässiger ist als im status quo⁴, weil ja durch die Auslagerung zusätzliche Kontroll- und Steuerungsmechanismen hinzukommen (bzw. in der Sprache der Ökonomen: Transaktionskosten).

Diese Bedingung wäre nur auf zwei Weisen zu erfüllen: Man bräuchte eine Zertifizierung für die an der Ausschreibung teilnehmenden Betriebe bzw. gemeinnützigen Organisationen, die durch eine Art TÜV durchgeführt und durch die Beschäftigten⁵ oder durch die Kunden als Öffentlichkeit verifiziert werden müßten. Und diese Betriebe müßten ihre Managementprozesse überprüfbar an diesen Qualitätszielen ausrichten.

Man kann auch mit einem schlichten Argument zum gleichen Ergebnis kommen: das Auftraggeber-Modell produziert eine andere Bürokratie. Aber warum dann nicht gleich konsequent die Verwaltungen und öffentlichen Betriebe reformieren, statt sich durch die Ausschreibungsverfahren und die Übertragung der Aufgaben an Dritte zwei

zusätzliche Glieder im Steuerungsmodus einzubauen.⁶

Angefügt sei, daß das Modell in den Bereichen reizvoll ist, in denen die BürgerInnen direkt Adressat der Dienstleistung sind und sie zwischen verschiedenen Anbietern vergleichen können, etwa bei Kindergärten. Aber dieses Resultat hat nichts mehr mit dem Ausgangspunkt „Großunternehmen“ zu tun.

Fast jede Vergabe hat einen politischen Inhalt

Nicht alle einzelnen Schritte öffentlicher Tätigkeit werden von einer Kommune selbst ausgeführt – das war nie so und ein solcher „Munizipalsozialismus“ wird in unserem politischen Kontext auch von niemandem vertreten. Aber lassen sich harte Kriterien begründen, wer am besten was tut?

Eine systematische Reflexion der Leistungskette in öffentlichen Sektor und speziell der Kommune wurde von Naschold u.a.⁷ für den öffentlichen Sektor mit dem Begriff der „Leistungstiefenpolitik“ entwickelt, analog zum Begriff der Fertigungstiefe in der Industrie. Verkürzt zusammengefaßt: Nach diesem Konzept können verschiedene Formen des Wettbewerbs bzw. der Aufgabenverlagerung an Dritte genutzt und für jeweilige Aufgaben kombiniert werden. Bei der öffentlichen Hand sollten die Schritte der Leistungserstellung bleiben, die für sie *spezifisch* (z.B. Planungsaufgaben) und *strategisch wichtig* sind. So könnten auch Aufträge unter Bedingungen fairen, regulierten Wettbewerbs an Dritte vergeben werden, ohne daß dies kritikable Privatisierung sei. Und die BürgerInnen können u.U. zwischen verschiedenen Anbietern wählen. Anders als im Konzept von Brügger wird hier an einer besonderen Funktion des öffentlichen Sektors festgehalten und deshalb Kriterien genannt, welche Kettenglieder der Leistungserstellung für ihn reserviert bleiben sollen. Ferner plädieren Naschold u.a für eine Einzelfallprüfung, welche Form oder welcher Form-Mix am geeignetsten ist.

So reizvoll, weil pragmatisch und ideologiefrei dieses Konzept klingt: trotz aufwendiger theoretischer Fingerübungen hängen konkrete Entscheidungen, welche Form gewählt wird, gleichwohl davon ab, wie das Verhältnis Gesellschaft – Wirtschaft – Staat gedacht wird.⁸

Gesellschaftspolitische und weltanschauliche Überlegungen spielen also eine erhebliche Rolle bei der Ent-

scheidung, ob öffentliche Aufgaben von staatlichen Organisationen, gewinnorientierten privaten Unternehmen oder Non-Profit-Organisationen (Dritter Sektor) wahrgenommen werden. Damit ist das Konzept nicht „erledigt“, es ist ihm nur sein Glorienschein genommen. Und mensch kann für die politische Diskussion schlußfolgern, daß konkreten Entscheidungen erstens eine Analyse über das Markt- oder Staatsversagen und zweitens eine Bestimmung des politischen Kräfteverhältnisses und der aktuellen politischen Ziele vorausgehen müssen.⁹

Eine Säule des vorgestellten Konzepts ist, daß die Aufträge im Rahmen von *fairen, regulierten Wettbewerben* vergeben werden. Ist das eine Lösung? Auch in einem Gutachten zur Verwaltungsreform für die Grüne Bundestagsfraktion von H. Wiesenthal u.a.¹⁰ wird dieser Weg empfohlen, dort mit der Akzentsetzung auf *Entstaatlichung durch Vergesellschaftung in den Non-Profit-Sektor*.

Wiesenthal u.a. legen dabei Wert darauf, daß die staatlichen Instanzen bei den Ausschreibungsverfahren „nicht nur finanzielle, sondern auch qualitative und folgekostenbezogene Kriterien anwenden.“ (52) Der Gedanke, auf die Qualität der Dienstleistungen und eventuelle Folgekosten bei den miteinander konkurrierenden Angeboten zu pochen, ist wichtig und richtig. Er zeigt aber auch eine Crux dieses Vorschlags „regulierte Wettbewerbe“.

Z.B. ist die seit 15 Jahren in grüner Programmatik beständig erhobene Forderung, bei kommunalen Vergaben zusätzliche Kriterien als nur den Preis zu bewerten (Ausbildung von Jugendlichen, Frauenquote, KMU – was auch immer) nur selten erfüllt worden. Daß diese Forderung jetzt mehr Chancen haben sollte, halte ich für Träumerei.

Wiesenthal hatte anhand des Beispiels der Altenpflege die Sorge ausgedrückt, „daß die Entstehung eines ‚Anbieterwettbewerbs‘ nicht automatisch einen ‚Leistungswettbewerb‘ eröffnet, der allen in Betracht kommenden Kunden zugute kommt.“ (83)¹¹ Diese sehr zurückhaltend formulierte Befürchtung gilt heute umso mehr und im Grunde für alle kommunalen Aufgaben.

Fast alles reduziert sich auf einen Kostenwettbewerb. Meine These wäre: solange die Standortlogik dominiert, führt das scheinbar neutrale Instrument eines regulierten Wettbewerbs

Die Forderung, bei kommunalen Vergaben zusätzliche Kriterien als nur den Preis zu bewerten (Ausbildung von Jugendlichen, Frauenquote, KMU – was auch immer), ist bisher nur selten erfüllt worden. Daß diese Forderung jetzt mehr Chancen haben sollte, halte ich für Träumerei.

Meine These ist: Solange die Standortlogik dominiert, führt das scheinbar neutrale Instrument eines regulierten Wettbewerbs zu einer Dumpingkonkurrenz, einer Spirale nach unten.

zu einer Dumpingkonkurrenz, einer Spirale nach unten. Lokale Erfahrungen zeigen nämlich, daß in vielen Bereichen, in denen Wettbewerb herrscht (z.B. Kinderbetreuung) die kommunalen Standards schlechter sind als die freier Träger; Ursache ist, daß wegen der leeren Kassen in den Kommunen die SparpolitikerInnen sich gegen die FachpolitikerInnen durchsetzen. Weil aber der kommunale Standard normsetzend ist, werden manche besseren freien Träger mit nach unten gezogen. Das setzt sich dann in der nächsten Sparrunde fort.

Der Wettbewerb bietet in dieser Hinsicht nicht die Lösung des Problems, sondern potenziert die Probleme. Falls es aber in absehbarer Zeit gelingen sollte, das neoliberale Denken entscheidend zurückzudrängen, sollten die Energien darauf verwandt werden, die Rahmenbedingungen für die Kommunalwirtschaft *und* den gemeinnützigen Sektor zu verbessern.

Ist der Staat ein Netzwerk?

Gehen wir einen Schritt weiter:

Eine systematisch praktizierte Leistungstiefenpolitik bzw. ein Verständnis von Gemeinwesen, in dem dieses wesentlich nur noch als Auftraggeber und Garant von Standards auftritt, hat noch eine andere bedenkliche Folge. Diese tritt selbst dann schon ein, wenn einzelne Verwaltungseinheiten typische Verwaltungsleistungen von anderen Verwaltungseinheiten über Kaufbeziehungen erwerben – wenn Private mitspielen, erst recht:

a) auf der Ebene des Verhaltens der Beschäftigten:

Sie handeln dann wie Marktteilnehmer, folglich werden Solidarität (bzw. deren Reste) und die politische Zwecke des Gemeinwesens hintangestellt.

Die ÖTV formuliert dieses Problem allgemein für das Kontraktmanagement: „Die Möglichkeit, Preise selbst auszuhandeln und Handlungsspielräume im Budget zu erschließen, die einem selbst zugute kommen, kann mit einer Entsolidarisierung der Beschäftigten der verschiedenen Fachbereiche (Ellenbogenmentalität) einhergehen. Sich im Umgang mit anderen kommunalen Bereichen und KollegInnen wie ein Unternehmer zu verhalten, wird zusätzlich dadurch gefördert, daß man selbst in Kunden-Lieferanten-Beziehungen eingespant ist und in Zeiten knapper

Budgets unter ... Konkurrenzdruck gerät.“¹²

b) auf der strukturellen Ebene

Das staatliche Handeln wird parzelliert – es gibt keinen gemeinsamen Zweck der verselbständigten Einheiten mehr. Die Gemeinsamkeit kann auch keine politische Führung – analog zu einer Konzernzentrale über das Medium Geld – von außen aufstülpen. Die Konsequenz ist, daß Kosten oder auch die Ziele eines anderen Fachbereichs externalisiert werden, genauso wie bei dem bisher von uns kritisierten Problem der Externalisierung ökologischer Kosten bei privaten Industrieunternehmen.¹³ Warum sollten wir diesen Fehler mit einer „Verbetriebswirtschaftlichung“ der Verwaltung wiederholen??!

Ich will dieses Argument noch verstärken. In etlichen Kommunen werden im Zuge der Verwaltungsreform klassische Bereiche der Verwaltung in Betriebe ausgegliedert (etwa Eigenbetrieb Immobilien), so z.B. auch in Bielefeld. Innerhalb kürzester Zeit greift der beschriebene Egoismus in den neu gegründeten Betrieben Platz. Auch die – gewiß nicht wettbewerbsfeindliche – Bertelsmann-Stiftung weist in einer ihrer Projektveröffentlichungen auf die Gefahren für den Zusammenhalt („Kohärenz“) der Kommunalverwaltung hin!¹⁴, die aus der Funktionstrennung von Auftraggeber und Auftragnehmer entspringen. *Ergebnis: Eine solche Politik zerlegt das Gemeinwesen in egoistische Fragmente.*

Das Märchen vom freien Wettbewerb

Leitmotiv des Brüggenschen Konzepts – und gleichzeitig Titel seines ersten Aufsatzes (siehe Fußnote 1) sind die *Chancen der Deregulierung*. Ein Kommunalpolitiker aus Solingen hat in der jüngsten Ausgabe der *Alternativen Kommunalpolitik*¹⁵ die *realen* Wirkungen der Deregulierung in der Energiewirtschaft beschrieben. Die Stadtwerke von fünf Städten im Bergischen Land (Wuppertal und Umgebung) suchen aus Angst, im Haifischbecken von den EVUs geschluckt zu werden, ihr Heil in der bloßen Fusion. Andere Strategien, sich als bürgernahe und ökologische Energiedienstleistungsunternehmen zu profilieren, werden mehrheitlich nicht versucht bzw. von den Geschäftsführungen auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben. Diese Tendenz ist umso enttäuschender, als günstige politische Vorausset-

zungen vorliegen: teils rot-grüne Bündnisse, mustergültiger Konzessionsvertrag, teils agile Geschäftsführungen, Know-how in der Region durch das Wuppertal-Institut.

Dieses Resultat dürfte im übrigen nicht anders ausfallen, wenn die Rexrodsche Energierechtsnovelle – das einzige Gesetzeswerk, auf das er stolz ist – von der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung nachgebessert würde. *Deregulierung bei den vorher gegebenen oligopolistischen Marktstrukturen bedeutet Konzentration zu Lasten von demokratischer Steuerung und ökologischer Umsteuerung.*

Schauen wir uns auch die anderen großen Bereiche der Kommunalwirtschaft an (Abfallwirtschaft/ Stadtreinigung, Verkehr, Wasser/ Abwasser). Auch hier finden wir nicht das jungfräuliche freie Spiel der Kräfte vor, so daß sich in einem Ausschreibungswettbewerb der Beste durchsetzen würde. Zunächst einmal sind die jeweiligen kommunalen Unternehmen nicht mehr selbständig bzw. Teile der Aufgaben sind bereits privatisiert. In die Abfallwirtschaft haben sich die Stromkonzerne ausgedehnt und dort ihre Monopolgewinne investiert; die großen privaten Entsorger dominieren die Branche in Ostdeutschland komplett und in Westdeutschland mit Ausnahme der großen Städte; die Konkurrenz zwischen Privaten und Öffentlichen wird wesentlich über Lohndumping und nur in einzelnen Fällen über Anlagen-Know-how oder organisatorische Effizienz zugunsten der Privaten entschieden; bei der Qualität liegen die kommunalen Unternehmen meist vorne. Durch das – wenn auch auf halbem Wege stehengebliebene – bewußt privatisierungsfreundliche Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz „verschwinde(!)n“ (Uwe Lahl) große (Gewerbe-)Abfallmengen durch Umdeklarieren und Billigent-sorgung. Eine wesentliche Folge ist, daß die öffentlichen Gebietskörperschaften, die vorausschauend in ökologische Technik investiert hatten und damit dem lokalen Gewerbe eine sichere Entsorgung garantieren konnten, nun händeringend nach zusätzlichen Müllkontingenten suchen, dafür mit dem Preis runtergehen und ihre BürgerInnen mit relativ höheren Gebühren belasten müssen. Die konservativ-liberale Bundesregierung hat somit de facto Kommunen, die sich an die

Deregulierung bei den vorher gegebenen oligopolistischen Marktstrukturen bedeutet Konzentration zu Lasten von demokratischer Steuerung und ökologischer Umsteuerung.

Pflichten des vorigen Gesetzes gehalten haben, mit einer Schädigung des Images und der wirtschaftliche Lage ihrer Unternehmen bestraft. Diese Hypothek lastet jetzt im Wettbewerb mit den privaten Entsorgern schwer auf ihnen.

Die öffentlichen Verkehrsunternehmen, die einerseits durch die Autovorrangpolitik benachteiligt und andererseits durch Schutz der Linienkonzessionen vor produktivem Reformdruck „bewahrt“ wurden, werden jetzt von zwei Seiten in die Zange genommen: erstens droht ihnen durch europäische Liberalisierung die Ausschreibung und zweitens werden sie durch die defizitären kommunalen Haushalte zum Sparen gezwungen, was sie in Lohnkürzungen und Privatisierung übersetzen. Im Wasserbereich schließlich deuten sich ähnliche Entwicklungen wie im Verhältnis EVUs/Abfall an.

Das bedeutet zusammengefaßt: die kommunalen Unternehmen sind zum Teil (man muß stark örtlich differenzieren) in schlechter Verfassung; sie sind oft Melkkuh für die leeren kommunalen Haushalte. Einige private Unternehmen haben prall gefüllte Kassen und können einen deregulierten Wettbewerb mit kommunalen Unternehmen oder privaten Emporkömmlingen gut bestehen. Organisationen des dritten Sektors können außer in Nischen auf diesen Märkten nichts ausrichten, weil es ihnen für diese Infrastrukturaufgaben an Technik und Kapital fehlt (nur ein Beispiel: die privaten Entsorger kalkulieren als unterste Losgröße für die Müllabfuhr ein Einzugsgebiet von 60-80.000 EinwohnerInnen).

Hier mit einem Konzept von Transfer-Staat aufzuwarten, ist entweder weltfremd, weil es die realen Marktverhältnisse nicht kennt, oder räumt das Feld vom falschen Ende auf. Erst wenn eine gewisse Chancengleichheit wiederhergestellt wäre, ließe sich über dieses Konzept nachdenken. Aber wenn dafür die Kraft reicht, reicht sie wohl auch für andere Reformen.

Schluß

Die von Brüggens u.a. vorgeschlagene Strategie würde keines der propagierten Ziele erreichen, außer einer Kostenreduzierung in Teilbereichen durch Externalisierung von Kosten. Stattdessen ist es notwendig, die kommunalen Unternehmen von innen zu reformieren (das sollte genauso möglich sein wie die Reform der

Kommunalverwaltung), ihre bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen entscheidend zu verbessern¹⁶ und den Non-Profit-Sektor zu stärken. Ein „Weiter so“ würde den Niedergang der Kommunalwirtschaft beschleunigen.

Wenn dieser Weg eingeschlagen wird, kann mensch sich auch in Seitenstraßen umschaun, d.h. Experimente wagen. Dazu gehören v.a. Leistungsvergleiche, vielleicht auch Kontraktmodelle. Dazu gehört auf jeden Fall, das innovative Potential des Non-Profit-Sektors auszuschöpfen, vor allem als Initialzündung bei neuen Aufgaben und in Nischen. Selbstverständlich können auch einzelne Elemente der kommunalen Leistungskette ausgeschrieben werden (wie es schon gang und gäbe ist); der status quo ist kein Tabu. Denn in Einzelfällen angewandt, würde es nicht zu einer „Verbetriebswirtschaftlichung der Politik“ führen. Und last not least muß nach Aufgabenbereichen differenziert werden. Jenseits der von Brüggens thematisierten klassischen Bereiche der Kommunalwirtschaft, nämlich bei personenbezogenen Dienstleistungen in den Bereichen Soziales, Kultur und Bildung kann der Wettbewerb verschiedener Anbieter unter Gesichtspunkten der Qualität, der Effizienz und des weltanschaulichen bzw. politischen Pluralismus sinnvoll sein und ist ja auch nichts Neues.

Aber als Gesamtstrategie würde das Modell den gesamten politischen Sektor nach dem schlechten Vorbild der Krankenversicherung verwandeln: eine Grundversorgung für untere Einkommen und wertvolle Dienstleistungen nach Zahlungsfähigkeit. Naschold hat für das Auftraggebermodell als prekäres Zieldreieck formuliert, wie Wettbewerb, die Wahlfreiheit der BürgerInnen und der Universalismus sozialer Rechte (sprich: Sozialstaatsprinzip) unter einen Hut zu bringen sind. Das letztgenannte Prinzip würde auf der Strecke bleiben.

spw

1 Vgl. W. Brüggens: Die Chancen der Deregulierung. Politikwechsel – Wie im Schatten des Neoliberalismus eine neue Kombination von Markt und Plan entsteht, in: Freitag Nr. 43/1997, S. 3. Es widerspricht im übrigen nicht dem Konzept, daß auch kommunale Anbieter mitbieten können. In der wissenschaftlichen Diskussion wird das Auftraggeber/-nehmer-Modell in Varianten differenziert: „Die rein binnenadministrativen Funktions- und Rollendifferenzierungen von Einheiten der Auftragsvergabe und der Auftragsdurchführung

mittels einer ‚chinesischen Wand‘; Ausschreibungsverfahren ohne oder mit weitergehenden Formen eines externen Wettbewerbs; schließlich der Übergang zur Einnahmenverantwortlichkeit öffentlicher Einrichtungen auch im Kontext von Voucher (Wahlfreiheit-) Modellen der Konsumenten“ sowie der „regulierte Regimewettbewerb öffentlicher und privater Dienstleistungssysteme“ (Naschold, F.: Public Private Partnership in den internationalen Modernisierungsstrategien des Staates, in: Budäus, D./ Eichhorn, P.: Public Private Partnership. Neue Formen öffentlicher Aufgabenerfüllung, Baden-Baden 1997, S. 70). Brüggens meint von diesen Varianten ausschließlich diejenigen mit Ausschreibungen am Markt.

- 2 W. Brüggens/ U. Kremer/ H. Werner: Der dritte Sektor. Handwerk, Haushalt, Soziale Dienste – Überlegungen zu einer integrierten Arbeits- und Gewerbeförderung, in: Freitag 2/1998, S. 11 (vgl. auch spw 4/98, S. 59f.); ob ein eigenständiger kommunalwirtschaftlicher Sektor weiterbestehen soll, ist zwischen diesen Autoren noch umstritten.
- 3 Hier fällt ein weiteres Argument ab, warum die schlichte Übertragung privatwirtschaftlicher Modelle auf den öffentlichen Sektor zu falschen Schlüssen führt. Wenn qualitative Kriterien in die Auftragsvergabe einbezogen werden, werden sich etliche private Betriebe diskriminiert fühlen, weil in ihrem Wettbewerbsumfeld derartige Kriterien unüblich sind. Daraus folgt: man kann den Konflikt mit den mittelständischen Betrieben nicht ausschalten, nur abmildern und zeitweilig aussetzen.
- 4 Sieht man von den Kommunalunternehmen einiger Millionenstädte ab, die den steuerungsresistenten Großunternehmen ähnlich sind, ist der überwiegende Rest der Kommunalwirtschaft noch so klein, daß die Steuerung innerhalb eines Betriebs prinzipiell einfacher ist.
- 5 Warum sollten die Beschäftigten bei Betrieben, die an Ausschreibungen teilnehmen, weniger syndikalistisch sein als ihre KollegInnen bei kommunalen Betrieben?
- 6 Hier wird nur gegen die angeblich bessere Steuerfähigkeit argumentiert. Deshalb sei gegen Mißverständnisse festgehalten: es kann andere Gründe gegen die komplette Erstellung von Aufgaben durch die öffentliche Hand geben, und auch Vergleichsmechanismen können sinnvoll sein.
- 7 Naschold, F. u.a.: Leistungstiefe im öffentlichen Sektor. Erfahrungen, Konzepte, Methoden, Berlin 1996
- 8 In Passagen auf den S. 73f., 124 und 173 offenbaren die Autoren dies nolens volens.
- 9 Ein aktuelles Beispiel: Den Stadtwerken einiger Städte mit großen Haushaltsproblemen v.a. in NRW fehlt es in dieser Hinsicht an jeglicher politischer Weitsicht, wenn sie ihre Geschäftstätigkeit sektoral zu Lasten von KMUs und örtlich weit über ihr eigenes Territorium bis weit in ferne Gefilde des untergegangenen realen Sozialismus ausdehnen.
- 10 Clasen, R./ Schröter, E./Wiesenthal, H./ Wollmann, H.: Effizienz und Verantwortlichkeit. Reformempfehlungen für eine effiziente, aufgabengerechte und bürgerkontrollierte Verwaltung, in: Grüne Ideen zur Verwaltungs- und Haushaltsreform Teil 1, hg. von der Bundestagsfraktion

Die von Brüggens u.a. vorgeschlagene Strategie würde keines der propagierten Ziele erreichen, außer einer Kostenreduzierung in Teilbereichen durch Externalisierung von Kosten.

- Bündnis 90/Die Grünen, Berlin 1995
- 11 Ich bin neugierig auf Ideen, wie man die Weichen so stellt, daß es zu einem Qualitätswettbewerb zu Gunsten aller KundInnen kommt.
- 12 ÖTV-Broschüre zum NSM,..... S. 27 f.
- 13 Vgl. dazu auch den Hinweis von Naschold, daß bei der Einführung von Wettbewerbselementen zu beachten sei, aus welcher Quelle Produktivitätsef-

ekte resultieren: „aus der Verbesserung der ‚Ertragssituation‘ durch Kostenexternalisierung (auf Kunden und Beschäftigte) oder durch Leistungssteigerung der Geschäftsprozesse“ (Naschold, F.: Public Private Partnership, a.a.O., S. 82)

- 14 Adamaschek, B./Banner, G.: Bertelsmann-Stiftung: Der internationale Leistungsvergleich – Eine neue Form des Wettbewerbs

zwischen Kommunalverwaltungen, in: M. Pröhl (Hg.): Internationale Strategien und Techniken für die Kommunalverwaltung der Zukunft, Gütersloh 1997, S. 212. Siehe dort weiteres zum Thema.

- 15 M. Krause: Keine Chance für die Kleinen ..., in Alternative Kommunalpolitik 6/98
- 16 Vgl. zum Thema z.B. den Schwerpunkt im Heft 4/98 der Zeitschrift „Alternative Kommunalpolitik“.

„Ökosteuern“ in der Debatte – kritische Annäherungen von links

von Thomas Ewald-Wehner*

Kann der Linken daran gelegen sein, daß mit den sog. „Ökosteuern“ ein weiterer Umbau von sozial-gerechteren direkten (Personen-) Steuern hin zu den in ihrer Wirkweise besonders unsozialen indirekten Steuern forciert wird?

Dem politisch links gebundenen Beobachter der Auseinandersetzungen über sog. „Ökosteuern“ fällt auf, daß auch die Debatten der Linken weitgehend ohne eine solide Kritik des herrschenden Steuersystems meilen auskommen zu können. Die gesamte Steuerrechtsregelungen lassen sich nicht von den zugrundeliegenden dominanten kapitalistischen Strukturen lösen. Auch wenn sozialstaatlich orientierte Aspekte zu erkennen sind. Forderungen nach einer „gerechten“ Besteuerung werden im linken Kontext wahrnehmbar ernsthaft (mit Ausnahme der PDS) nicht gestellt. Dies hätte nämlich eine Analyse des Steueraufkommens unter dem Aspekt der „Steuergerechtigkeit“ zur unabdingbaren Voraussetzung.

Indirekte Steuern statt progressiver Einkommenbesteuerung?

Warum, soll im Rahmen der „Ökosteuern“ eine grundgesetzkonforme Besteuerung der Steuersubjekte nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (progressive Besteuerung von Gewinnen und Profiten) nicht mehr

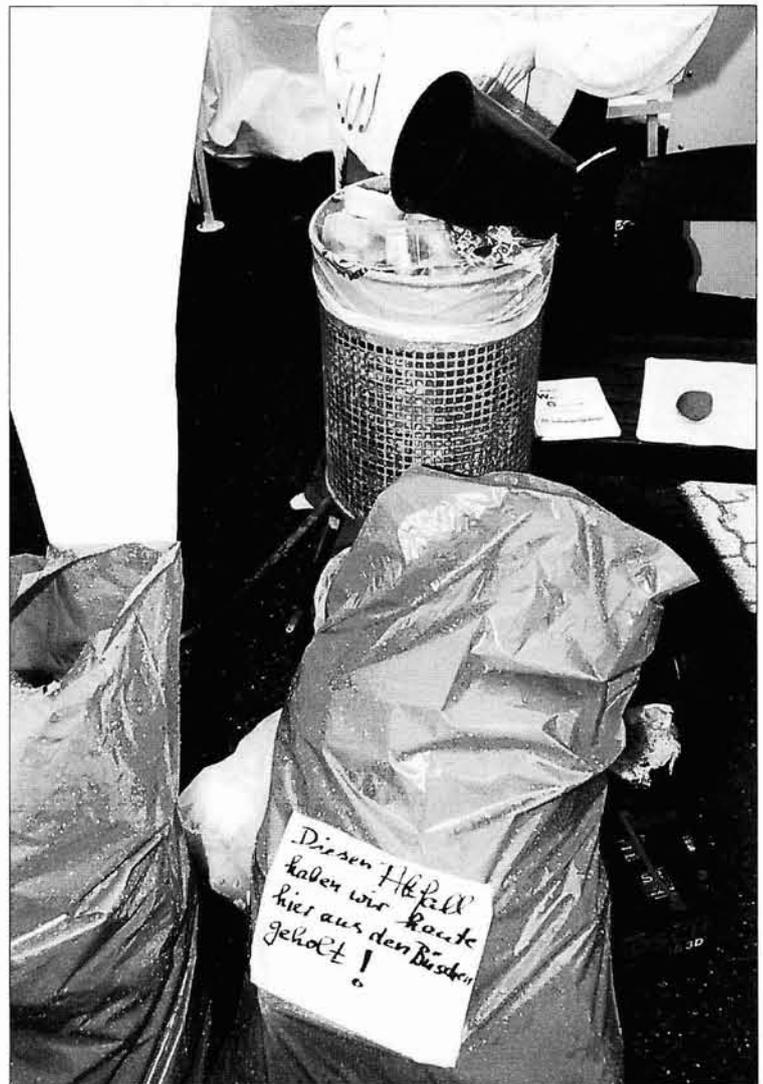


Foto: Ralf Schmitz (Leverkusen)

stattfinden? Ist es veraltet, an die Sozialpflichtigkeit des bürgerlichen Eigentums zu erinnern? Und wie steht es mit der Umsetzung des aus Artikel 20 GG abgeleiteten Sozialstaatsgebotes, das die Folie für Spitzensteuersätze im (Einkommen)Steuerrecht bietet? Hier sei nur am Rande an W. Abendroth's politischen Kampf um positive Gehalte des Grundgesetzes zu erinnern....

Ist die 150 Jahre alte Aussage des "Manifestes der Kommunisti-

schen Partei" – eine "starke Progressivsteuer" zu fordern – obsolet? Wenn ja, aus welchen für Linke nachvollziehbaren und vernünftigen Gründen? Welches Interesse können Linke daran haben, daß Löhne über niedrigere sog. Lohnnebenkosten gesenkt werden (finanziert über stark erhöhte "Energie- und Ressourcenverbrauchsteuern"), wenn gleichzeitig Großunternehmen durch legale Steuergestaltungsmöglichkeiten ihre gewaltigen

* Thomas Ewald-Wehner, Niderau-Ostheim. Der Text erreichte uns als Leserbrief zu der in spw geführten Diskussion um Ökologische Steuerreform, insb. den Crossover-Thesen dazu, vgl. spw 4/98, S. 50ff

Gewinne der Besteuerung im Inland entziehen können?

Kann politisch sinnvoll gefordert werden, daß auch die nicht lohnabhängigen Bezieher von Transfereinkommen (RentnerInnen, Arbeitslose, SozialhilfeempfängerInnen etc.) zur Absenkung sog. "Lohnnebenkosten" beitragen sollen, was immer geschieht, wenn eine Ökosteuer = "Verbrauchssteuer" erhöht wird?

Am 1.04.98 wurde der Mehrwertsteuer-Regelsatz um 1%-Punkt auf 16% erhöht, um über diese Mehreinnahmen (1998 ca. 15 Milliarden DM, 1999 ca. 20 Milliarden DM) mit einem zusätzlichen Bundeszuschuß den Rentenversicherungsbeitragssatz (Arbeitgeberanteil = Lohnnebenkosten) auf hohem Niveau konstant zu halten. Seither subventionieren die Lohnabhängigen und auch die Bezieher von Transfereinkommen (I, T. E.-W.) zusätzlich die Nichterhöhung des Beitragssatzes – bei weitestgehender Schonung unternehmerisch Tätiger! Daß zeitgleich mit der Umsatzsteuererhöhung sich die erdrückende Mehrheit des Bundestages selbst eine saftige "Diäten"-Erhöhung genehmigte, war als ein eindeutiges Signal wahrzunehmen.

Mit den "schrittweise steigenden Energie- und Ressourcenverbrauchersteuern" wird im herrschenden Steuersystem automatisch auch immer die Bemessungsgrundlage für die besonders unsoziale Mehrwertsteuer (=verbrauchsteuerähnliche Verkehrsteuer) erhöht. Daß auch Verbrauchsteuern nicht zu den "sozialen" Steuern (wie Mehrwertsteuer zählen sie zu den sog. "indirekten Steuern") zählen, war früher einmal Gemeingut der Linken. Kann der Linken daran gelegen sein, daß mit den sog. "Ökosteuern" ein weiterer Umbau von sozial-gerechteren direkten (Personen-) Steuern hin zu den in ihrer Wirkweise besonders unsozialen indirekten Steuern forciert wird? Der skizzierte Umbau ist Teil der neoliberalen Strategie der Konserverativen.

Alternativen zur Ökosteuer

Nicht nur aufgeklärte Pädagogen dürften bemerkenswert finden, daß eine Lebensweiseänderung hin zu einem sparsamen und umsichtigen Verbrauch von Energie und Ressourcen nicht durch vermehrte Bildungs- und Aufklärungsanstrengungen bewerkstelligt werden soll, sondern über eine "Erziehung durch Steuern". Zu einseitig wird m.E. auf Anreize über Preise und Kosten gesetzt.

Warum gibt es noch immer kein Unterrichtsfach "Lebensweiseänderung"? Wo spielt dies in der Erwachsenenbildung eine Rolle? – Ist die Herausbildung einer einst revolutionären Sozialdemokratie aus den Strukturen der Arbeiterbildung so wenig präsent? – Und haben nicht die Formen des irrationalen Konsums nicht direkt mit den Produktionsverhältnissen zu tun? Ist heute ohne Bedeutung, was Linke mit den Begriffen der "Entfremdung"/"Verelendung" (auch psychisch!) zu fassen suchten?

Gesetzt den Fall, daß hohe Öko-Verbrauchssteuern eingeführt werden: Können nicht dann kaufkräftige "Öko-Schweine" einen ökologisch widersinnigen energie- und ressourcen-aufwendigen Lebensstil pflegen (Raserei auf entleerten Autobahnen etc.)? Warum meinen die Befürworter sog. "Ökosteuern" auf gesetzliche und andere staatliche Auflagen, Gebote und Verbote verzichten zu können bzw. warum werden diese Instrumente (auch das Umwelt-Strafrecht!) nicht präferiert?

Warum wird ausgerechnet über Steuerregelungen, die häufig nur der "Ausplünderung" breiter Massen dienen, der Versuch unternommen, eine ökologisch und volkswirtschaftlich zu bevorzugende Lebensweise zu bewirken? Kann nicht über eine Erweiterung der sog. "Ökosteuern" hinaus z.B. durch gezielte Steuersubventionen (Zulagen, Zuschüsse, erhöhte Abschreibungen, Steuerabzugsbeträge etc.) Energieeinsparung begünstigt werden – bei Pflege einer "gerechten Besteuerung"!

Auch wird man ohne ein breites Spektrum von Härtefallregelungen nicht auskommen können, um berechnete Ängste zu nehmen und um höhere Akzeptanz zu erzeugen. Der Ausstieg aus der Autogesellschaft muß vor allem auch sozialverträglich für die Pendler, die angesichts eines im ländlichen Raum häufig völlig unzureichenden ÖPNV einem Zwang zum PKW unterliegen, organisiert werden. Dazu gehört als Sofortmaßnahme auch, daß Anreize für eine PKW-Vollauslastung geschaffen werden! Warum wird eigentlich nicht schon jetzt gefordert, daß der ÖPNV und der Erwerb von Fahrrädern (incl. Zubehör) von der Umsatzsteuer zu befreien sei?

Warum wird nicht der Rüstungs-Etat (samt der verdeckten Rüstungslasten) linear jährlich um 5% zurückgebaut und die so gewonnen Mittel

dem ökologischen Umbau (breit diskutiert!) zur Verfügung gestellt (Öko-Friedensdividende)? Mit einer solchen Maßnahme kann auch der kriegerische Hintergrund vieler Steuern aufgehellt werden. Gleichzeitig wird verdeutlicht, daß Rüstungsaufgaben volkswirtschaftlich unsinnig und ökologisch schädlich sind!

Nirgends sehe ich auch diskutiert, daß im herrschenden Steuer-System eine Zweckbindung von Steuern (Ausnahme: Teile der Kfz.-Steuer für den Autobahnbau ...) nicht vorgesehen ist und daß das Steueraufkommen auf Grund politischer Vorgaben verteilt wird. Wenn nun Ökosteuern mit entsprechender Zweckbindung erhoben werden, muß aus Transparenz- und Akzeptanzgründen eine detaillierte Abrechnung der (projektbezogenen) Ausgaben einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Genausowenig wie es eine gehaltvolle Statistik über die Reichtumsverteilung in dieser Republik gibt, gibt es auch keine aussagekräftige Statistik der steuersubjektbezogenen Erhebung der Steuer unter dem Aspekt der "Steuergerechtigkeit". – Die ökologisch und volkswirtschaftlich sinnvolle Verausgabung der Steuern und ihre unter sozialen Aspekten organisierte Erhebung entscheiden weitestgehend über die Akzeptanz des sozial-ökologischen Umbaus.

Zusammenfassende Kritik:

1. Ökosteuer-Reform-Debatten kommen ohne eine Kritik des herrschenden Steuersystems aus.
2. Ökosteuer-Konzepte vernachlässigen absolut eine Lebensweiseänderung über Bildung.
3. Ökosteuern zielen einseitig auf eine Verhaltensänderung ausschließlich über die Anreize von Preisen und Kosten im erwerbskapitalistischen Marktsystem.
4. Da Ökosteuern Verbräuche besteuern, wird das Steuer-Aufkommen noch stärker zu den besonders unsozialen indirekten Steuern umgebaut. Diese Art des Umbaus ist aber auch eine strategische Forderung der Neoliberalen!
5. Durchgerechnete Ökosteuer-Konzepte (auch mit Blick auf eine etwaige zweckgebundene Verausgabung) unter dem Aspekt der "Steuergerechtigkeit", liegen bisher nicht vor. Auch davon wird abhängen, ob große Akzeptanz bei der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung geschaffen werden kann.

spw

Ökosteuern zielen einseitig auf eine Verhaltensänderung ausschließlich über die Anreize von Preisen und Kosten im erwerbskapitalistischen Marktsystem.

Lokale Agenda 21

Zwischen Sandkasten und Systemveränderung

von Edgar Göll*

In immer mehr deutschen Städten und Gemeinden wird an einer Lokalen Agenda 21 (LA21) gearbeitet. Wie allerdings ist der Ansatz der Agenda 21 auf kommunaler Ebene und mehr noch die sich abzeichnende Praxis aus linker Perspektive einzuschätzen? Stellt "Sustainable Development" lediglich eine weitere Herrschaftsstrategie des Establishments im reichen Norden dar? Oder existieren hier Potentiale für eine linke Strategie? Wo stecken die Probleme und Gefahren, aber mehr noch die Chancen und Möglichkeiten dieses Leitbildes und der darauf zielenden Prozesse?

Agenda 21: Programmatik

Auf dem "Erdgipfel" der UN in Rio de Janeiro 1992 wurde von den Regierungen fast aller Staaten unter anderem die AGENDA 21 unterzeichnet. Sie thematisiert die existenziellen globalen Probleme der heutigen gesellschaftlichen Entwicklungspfade, die in zunehmender Weise ökologische und gesellschaftliche Belastungsgrenzen überschreiten, und stellt ein abstraktes Aktionsprogramm für den Übergang ins 21. Jahrhundert dar. Darin wird das Leitbild des "Sustainable Development" formuliert. Ziel ist, durch Berücksichtigung der langfristigen Wechselwirkungen zwischen Ökonomie, Sozialem und Ökologie unter globaler Perspektive mittels partizipativer Verfahrensweisen in allen Ländern eine nachhaltig-zukunftsfähige Entwicklung einzuleiten und voranzutreiben.

In einem der vierzig Kapitel der Agenda 21 wird die besondere Bedeutung der kommunalen Ebene für die Erzielung einer nachhaltigen Ent-



wicklung thematisiert und gefordert, daß sämtliche Kommunen bis 1996 in Konsultation mit der Bevölkerung eine "Lokale Agenda 21" ausarbeiten und umsetzen sollen. Nicht zuletzt aufgrund der Unterschiedlichkeit der konkreten gesellschaftlichen Bedingungen der einzelnen Kommunen weltweit sind sowohl die inhaltliche Bestimmung des Leitbildes "Nachhaltige Entwicklung" als auch die zu dessen Realisierung notwendigen Strategien und Schritte relativ unbestimmt und offen. Die Interpretation des genauen Auftrages und Zieles ist – wie übrigens andere gesellschaftliche Zentralbegriffe wie Demokratie, Sozialstaat, Ökologisierung – umkämpft. Ernst genommen handelt es sich bei der LA21 um eine enorme, komplexe Herausforderung, die einen ganzheitlichen, schrittweisen Prozeß der Annäherung an eine nachhaltig-zukunftsfähige Entwicklung zum Ziel hat. Der Ausgangspunkt ist ein "So geht es nicht weiter" und kann als implizites Eingeständnis der Herrschenden gewertet werden,

daß sie bisher nicht nachhaltig agiert haben.

Erfahrungen und Hemmnisse

Sowohl gemessen an dem dringenden Veränderungsbedarf als auch den Vorgaben der LA21 ist bislang in der Bundesrepublik noch viel zu wenig geschehen. Typisch sind Haltungen in Politik, Verwaltung und Wirtschaft gegenüber der LA21 wie z.B. "das machen wir doch schon lange", "das schaffen wir nicht noch zusätzlich" bzw. "dafür sind keine Kapazitäten vorhanden". Und so laviert der Umgang mit der LA21 zwischen ohnmächtigem Totalanspruch einerseits und ignorantem "Weiter so" (bzw. bloßer Verwendung als Etikett) andererseits.

Von den 16.000 bundesdeutschen Kommunen arbeiten inzwischen erst etwa 400 ernsthaft an einer LA21, meist angestoßen von zivilgesellschaftlichen Initiativen, die Tendenz ist erfreulicherweise steigend und interessante Erfahrungen liegen vor (vgl. Menning in spw 6/96 und di-

Von den 16.000 bundesdeutschen Kommunen arbeiten inzwischen erst etwa 400 ernsthaft an einer LA21, meist angestoßen von zivilgesellschaftlichen Initiativen, die Tendenz ist erfreulicherweise steigend und interessante Erfahrungen liegen vor.

* Dr. Edgar Göll, Sozialwissenschaftler, wissenschaftlicher Mitarbeiter in einem Zukunftsforschungsinstitut in Berlin

verse Veröffentlichungen von ICLEI – International Council for Local Environmental Initiatives – Freiburg, DIFU – Deutsches Institut für Urbanistik – und IZT – Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung – Berlin).

Im Zentrum der LA21-Prozesse stehen Kommunikationsprozesse zwischen den unterschiedlichen Akteursgruppen, wo Vorgehensfragen (Organisation) und inhaltliche Schwerpunktsetzungen geklärt und bislang nur selten praktische Maßnahmen realisiert werden. Neben gelegentlichen Erfolgen kämpfen die LA21-Prozesse meist mit der Spannung zwischen langfristigen, umfassenden Veränderungserfordernissen und kurzfristigem Erfolgsbedarf zur eigenen Legitimation und Motivierung.

Zu den wichtigsten Hemmnissen gehören: fehlender politischer Wille an der Spitze beteiligter Organisationen (insbesondere der Verwaltung); mangelhaftes Engagement von BürgerInnen; zu selten umgesetzte Konzepte (insbesondere für Wirtschaft, Soziales, Nord-Süd/Ost-West); schwierig erreichbare Interdisziplinarität, Ganzheitlichkeit und Langfristigkeit; Probleme der Finanzierung; Mangel an Aktiven; Bündelung sehr heterogener Interessen und Akteure;

ungeklärte Legitimation und Verbindlichkeit; Desinteresse der Medien; meist werden soziale und ökonomische Aspekte nicht berücksichtigt; wichtige Interessen- und Zielgruppen (Frauen, Jugendliche, Wirtschaft, Gewerkschaften) sind schwer zu aktivieren; konkrete, meßbare Erfolge (z.B. Reduktion von Schadstoffen oder Energieverbrauch, neue Arbeitsplätze) sind noch sehr selten. Viele dieser Hemmnisse sind Linken nicht neu, einige dieser Probleme versuchen auch SozialistInnen zu überwinden.

Anknüpfungsmöglichkeiten aus linker Perspektive

Die Agenda 21 kann als eine von Linken nutzbare Strategie gegen die Strukturkrise des Fordismus angesehen werden, als ein spezifischer (und weltweit Anerkennung findender) Modus gesellschaftlicher – eben nachhaltig-zukunftsfähiger – Entwicklung. Denn auch die LA21 setzt an Problemen in allen gesellschaftlichen Subsystemen an, thematisiert in ganzheitlicher Weise ökonomische, soziale, ökologische, politische, kulturelle, globale Dimensionen, stellt zumindest implizit Kritik dar gegen den undifferenzierten Wachstumsfetischismus, gegen die Verbetriebswirtschaftlichung der Gesellschaft (Neoli-

beralismus), gegen die Unterwerfung sämtlicher gesellschaftlicher Bereiche unter die Profitlogik, gegen den Hyperkonsum in unseren Industriestaaten, gegen die Externalisierung von Kosten und gegen die Ignoranz gegenüber anderen Völkern und folgenden Generationen, etc.

Die LA21-Prozesse bieten die Gelegenheit, sich der tatsächlichen Bedürfnisse und Interessen klarer zu werden, als dies über die Mechanismen des anonymen Marktes möglich ist. Die der kapitalistischen Entwicklung innewohnende Entkopplung des Politischen vom Ökonomischen kann durch eine Repolitisierung des Ökonomischen überwunden werden, gesellschaftliche Belange sollen in die unternehmerischen Entscheidungen eingebracht werden (wie z.B. bei stakeholder value). Letztlich muß und könnte u.a. durch ein Weitertreiben der LA21-Prozesse das kapitalismus-immanente, krisenhervorrufende und destruktive Auseinanderklaffen von Vergesellschaftung der Produktion und Privatisierung der Steuerungskompetenzen verschoben bzw. aufgehoben werden.

Gerade in diesem Zusammenhang gab und gibt es ja von linker Seite wichtige Konzepte: Wirtschaftsdemokratie, gesellschaftliches Mitbestim-

Ein besonders innovatives und vielversprechendes Element der LA21 ist ihr direkter Einbezug der Bevölkerung und wichtiger gesellschaftlicher Gruppen. Hier können Linke dazulernen und dies nutzen.

EUROPÄISCHER AUFRUF FÜR VOLLBESCHÄFTIGUNG

Ken Coates MEP | Anne Van Lancker MEP | Luigi Vinci MEP | Frieder O. Wolf MEP | EGB | ENU
Parlement Européen | Rue Wiertz | B – 1047 Bruxelles | Tel.: 0032-2-284 2680 | Fax: -284 49 69

Zweite Europäische Versammlung für Vollbeschäftigung

Brüssel, 4. und 5. Februar 1999 – Europäisches Parlament, Rue Wiertz

Die **Zweite Europäische Versammlung für Vollbeschäftigung** will zunächst die Ergebnisse des Wiener EU-Gipfels vom Dezember 1998 auswerten. Die neuen beschäftigungspolitischen Leitlinien für 1999 und die Umsetzung der Beschäftigungspolitik in den Mitgliedstaaten will man umfassend auf den Prüfstand stellen und länderübergreifend Erfahrungen austauschen. In vier Foren werden Schwerpunkte für eine neue europäische Politik der Vollbeschäftigung diskutiert:

- Wirtschaft und Beschäftigung (Euro und Beschäftigungsunion, Stabilitätspakt und Agenda 2000, makroökonomische Strategien für Vollbeschäftigung)
- Arbeitszeitverkürzung, Qualität der Arbeit und Gleichstellung (Umverteilung der Arbeit zwischen den Geschlechtern, kürzere Arbeitszeiten und beschäftigungsintensive Modelle arbeitnehmerInnenorientierter Flexibilisierung, lebenslanges Lernen, Aus- und Weiterbildung; europäische Initiativen zur Arbeitszeit)
- Beschäftigung schaffen (öffentlich geförderte Beschäftigung, „Drittes System“, präventive Arbeitsmarktpolitik, europäische Förderinstrumente)
- Zukunft der sozialen Sicherung (Charta sozialer Grundrechte, Workfare – Arbeit als Strafe?, Europäische Politik gegen soziale Ausgrenzung und Armut)

Gleichzeitig wollen die Veranstalter mit einer Brüsseler Erklärung Anforderungen an den Kölner EU-Gipfel im Juni 1999 formulieren. Eine europäische Politik für Nachhaltigkeit, Chancengleichheit und Beschäftigung soll auf den Weg gebracht werden. Außerdem will das Treffen beraten, wie die beteiligten Kräfte mit Aktionen und weiterer europäischer Vernetzung zu einem gesellschaftlichen Bündnis für Vollbeschäftigung beitragen können.

Anmeldung und weitere Informationen zu Programm, Anreise, Übernachtung etc. bei:

Frieder O. Wolf MEP, Parlement Européen, Rue Wiertz, B – 1047 Bruxelles, Tel. 0032-2-284 26 80, Fax: -284 49 69

Foto: Ralf Schmitz (Leverkusen)



mungsmodell des DGB (System von Wirtschafts- und Sozialräten auf betrieblicher, lokaler, regionaler, nationaler, europäischer, internationaler Ebene), Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche, Gemeinwirtschaft, Genossenschaften, Dritter Sektor, etc. Und gerade auf kommunaler Ebene gab es immer wieder Versuche linker Praxis (rotes Wien, Münchner Räterepublik, Greater London Council, Bologna, etc. – deren Scheitern übrigens in diesem Zusammenhang nochmal genau analysiert werden müßte!). Durch die LA21-Aktivitäten kann die bisherige linke Systemkritik zusätzliche Unterstützung erhalten: die Widersprüche und Struktur Grenzen des industriell-kapitalistischen Systems werden aus zusätzlichen, breiteren Perspektiven thematisiert.

Die Kompatibilitäten der Agenda 21 mit sozialistischen Konzepten und Ansätzen lassen sich nicht nur hinsichtlich der Programmatik sondern auch in Bezug auf Strategie und Methoden erkennen: beide verknüpfen parlamentarische und außerparlamentarische Aktivitäten ("Doppel-

strategie"), beide favorisieren direkte Demokratie, Demokratisierung, Gestaltungsansatz, Partizipation, Mitbestimmung, Selbstorganisation, kritische Öffentlichkeit und Diskurse. Ein besonders innovatives und vielversprechendes Element der LA21 ist also ihr direkter Einbezug der Bevölkerung und wichtiger gesellschaftlicher Gruppen. Hier können Linke dazulernen und dies in zwei Hinsichten nutzen. Erstens, mehr noch als bisher gilt es, auf die akuten Bedürfnisse von Bevölkerungsgruppen einzugehen und sowohl konzeptionell als auch praktisch davon auszugehen; mit neuen Zielgruppen müßte zusammengearbeitet werden (Arbeitslosen- und Obdachlosengruppen, Kirchen); unsere Aktivitäten müssen öffentlichkeitswirksamer, verständlicher, motivierender werden. Mehr noch als bisher müßte zweitens vor allem der Unternehmerbereich angegangen und konstruktiv herausgefordert werden; auch dort gibt es sozial-ökologische Innovateure (vgl. dazu D. Dehm in spw 5/98). Mit diesen gilt es zu kooperieren, wo möglich und sinnvoll.

Ein notwendiges Ziel sozial-ökologischen Umbaus besteht darin, daß sich alle Akteure über ihre spezifischen Anteile an der derzeitigen nicht-nachhaltigen Entwicklung bewußtmachen, und von diesem Bewußtsein aus die neuen Herausforderungen und Aufgaben im Zusammenhang mit dem Leitbild nachhaltig-zukunftsfähige Entwicklung definieren, ihre Gestaltungsmöglichkeiten klären und konkrete Handlungsschritte organisieren und umsetzen müssen. Das gilt auch für die Linke.

Vorwärtsweisendes und Grenzen

Was die LA21 noch bietet, ist eine Kommunikationskultur, die sehr auf Konsens orientiert. Das hat seine Vorteile, weil damit unfruchtbare Konfrontationen z.B. mit den Unternehmern teilweise überwunden werden könnten (siehe "Bündnisse für Arbeit", "Ökoprofit" Graz) und vorwärtsweisende Kompromisse erzielt werden können. Dort gilt: JedeR tut das Seine/Ihre und stellt nicht nur Forderungen an Andere, sondern läßt sich vorerst auf selbstkritische Selbstreflexion und etwaige Selbstverpflichtungen ein. Aber die Erfahrung lehrt, daß ein ausschließlicher Schmusekurs nur bis zu einem bestimmten Punkt trägt. Daher müssen gerade Linke – außerhalb der LA21-Prozesse – gesellschaftlichen Druck für weitergehende, systemüberwindende Reformen aufbauen. Konstruktive Ansätze dafür gibt es einige: Crossover, VolksUni, Erfurter Erklärung, Anti-MAI-Bündnis, etc.

Doch all dies wäre nicht besonders erfolgversprechend, wenn es nicht in sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen Innovationsprozesse gäbe, die prinzipiell in die richtige Richtung gehen bzw. dahingehend beeinflußt werden könnten. Auch hierzu mögen einige Stichworte ausreichen: Dienstleistungsgesellschaft (Dematerialisierung der Produktion), Verwaltungsreformen (Neue Steuerungsmodelle, Public Private Partnership, etc.), Umweltmanagementsysteme (Öko Audit, etc.), Bündnisse für Arbeit.

In diesen Trends stecken Momente einer Reorganisation der Lebenswelt gegen die Übermacht der Systemwelt, Gegenwehr gegen den Terror der kapitalistischen Ökonomie. Durch den Prozeß der LA21 könnte eine kritischere und konstruktivere Öffentlichkeit bzw. sogar eine neue politische Kultur hergestellt werden. Da-

Auch die LA21-Prozesse haben mit der Gratwanderung und den Ambivalenzen von Reformen innerhalb eines kapitalistischen Systems umzugehen, das heißt mit Vereinnahmung, Entradikalisierung, Spaltung der oppositionellen Kräfte...

mit verbunden könnten nachhaltig-zukunftsfähige Lebensstile verwirklicht werden. Letztlich geht es um eine bewußte Steuerung gesellschaftlicher Entwicklung, hierdurch erst würde die menschliche Geschichte beginnen (Marx).

Allerdings: Linke sollten sich bezüglich LA21 nicht hinwegtäuschen über zwei Dinge. Zum einen begrenzt (vorerst) die prekäre Lage der Kommunen und deren Bedeutung, so daß dortige Reformen nur bis zu einem bestimmten Punkt tragen. Daher wären eine Reform der Gemeindefinanzen, die Stärkung des Föderalismus, eine Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit und die Durchführung von Agenda-Prozessen auf Länder- und Bundesebene durchzusetzen. Zum zweiten ist zu berücksichtigen, daß die LA21 von den meisten Urhebern mitnichten als revolutionäres Projekt gedacht war/ist. Die Agenda 21 entstand vor 1992 aufgrund einer spezifischen, internationalen Interessenkonstellation und stellt einen Kompromiß der Eliten dar, der tendenziell herrschaftssichernd ausgerichtet ist (die einseitig negative Kritik z.B. des Bun-

deskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen/BUKO hieran scheint mir allerdings höchst kontraproduktiv).

Sozialistische Perspektiven mit der LA21

Die derzeitigen LA21-Prozesse verlaufen meist zäh und haben mit Hemmnissen und Problemen zu kämpfen, die linken Bewegungen allzu bekannt sind. Auch sie werden, wie andere Reformbewegungen auch, an Grenzen des Systems, der Kompromißfähigkeiten und der Gewohnheiten stoßen. Diese Grenzen sollten jedoch sinnvoll verändert und verschoben werden. Die Frage ist, ob die LA21-Bewegung (bzw. deren Mehrheit) durch die Hemmnisse frustriert wird oder ob die Leidenschaft existiert bzw. geschaffen werden kann, die Arbeit weiterzutreiben bis zur Umsetzung überfälliger struktureller Veränderungen.

Auch die LA21-Prozesse haben mit der Gratwanderung und den Ambivalenzen von Reformen innerhalb eines kapitalistischen Systems umzugehen, das heißt mit Vereinnahmung, Entradikalisierung, Spaltung der oppositionellen Kräfte... Hier hilft nur die

Überwindung der Dichotomie von Reform und Revolution und deren Aufhebung in einer dynamisierenden, vorwärts treibenden Dialektik (Rosa Luxemburg). Die LA21 ersetzt keine außerparlamentarische Opposition, im Gegenteil: diese wird angesichts der neuen parteipolitischen Kräfteverhältnisse in Bonn und angesichts der sich abzeichnenden Hemmnisse bei der LA21 sogar noch wichtiger. Die zivilgesellschaftlichen Ansätze, insbesondere in Gewerk- und Arbeiterschaft müssen in dieser Richtung gestärkt werden. Es gilt mit ihnen und anderen fortschrittlichen Kräften linke Hegemonie aufzubauen. Die Chancen dafür stehen heute so gut wie lange nicht.

Die Herrschenden und Ignoranten würden die LA21 gerne als Sandkastenspielchen für Idealisten betrachten. Für die Linke gilt es meines Erachtens, die diversen Aktivitäten und Prozesse in Richtung nachhaltig-zukunftsfähiger Entwicklung (LA21) als ein innovatives, chancenreiches Element einer sozialistischen Strategie, also einer entsprechenden Systemveränderung anzusehen und gezielt zu nutzen.

spw

Johannes Klotz (Hg.)
Vorbild Wehrmacht?
Wehrmachtsverbrechen, Rechtsextremismus und Bundeswehr

PapyRossa

Johannes Klotz (Hg.)
Vorbild Wehrmacht?
Wehrmachtsverbrechen, Rechtsextremismus und Bundeswehr
Broschur, 178 Seiten;
DM 24,80; SFR 23,-; ÖS 184,-
ISBN 3-89438-162-0

Wehrmachtsverbrechen in Griechenland, Italien, Weißrußland; Kontinuitäten zur Bundeswehr; Bundeswehr und Rechtsextremismus.

Wolfgang Hecker
Politik im Internet
Eine Suchhilfe

PapyRossa

W. Hecker/R. Rilling
Politik im Internet
Eine Suchhilfe mit über 1000 Internet-Adressen
Broschur, 129 Seiten mit Diskette
DM 14,80; SFR 14,-; ÖS 110,-
ISBN 3-89438-157-4

Das Buch und die Diskette präsentieren politikrelevante und länder- bzw. themenspezifische Adressenverzeichnisse.

Paul Tiefenbach
DIE GRÜNEN
oder die Verstaatlichung einer Partei

PapyRossa

Paul Tiefenbach
DIE GRÜNEN
Verstaatlichung einer Partei
Broschur, 224 Seiten
DM 28,-; SFR 26,-; ÖS 207,-
ISBN 3-89438-160-4

Tiefenbach beschreibt, wie systemoppositionelle Parteien im Parlament ihren Charakter verändern. Für grundlegende Reformen bedarf es neuer, unkonventioneller Instrumente.

Florence Hervé (Hg.)
Geschichte der deutschen Frauenbewegung
Broschur, 288 Seiten,
DM 29,80; SFR 27,50; ÖS 221,-
ISBN 3-89438-084-5

150 Jahre deutsche Frauengeschichte und Frauenbewegung im Überblick. Ein Standardwerk. Jetzt in der 6., verbesserten Auflage

Florence Hervé (Hg.)
GESCHICHTE DER DEUTSCHEN FRAUENBEWEGUNG

PAPYROSSA

Gesamtverzeichnis anfordern bei:

PapyRossa Verlag - Petersbergstr. 4 - 50939 Köln - Tel.: 0221/44 85 45 - Fax: 0221/44 43 05 - www.koeln-online.de/papyrossa

Drei Jahre wurde über das Multilaterale Investitionsabkommen (MAI) diskutiert – erst hinter verschlossenen Türen, dann in einer breiteren Öffentlichkeit. Jens Martens berichtete in spw 2/98 unter dem Titel „MAI – die dritte Säule weltwirtschaftlicher (De-)Regulierung“ über diesen Versuch der Industriestaaten, neoliberale Bedingungen in Wirtschaft und Gesellschaft weltweit nach dem Vorbild des nordamerikanischen Freihandelsvertrages NAFTA festzuschreiben. Jetzt aber steht fest: Die 29 Mitgliedstaaten der OECD können sich nicht auf den vorliegenden Vertragstext einigen. Auf Einspruch der französischen Regierung wurden die offiziellen Verhandlungen vorerst auf Eis gelegt. Neben den vielen Nichtregierungsorganisationen haben sich besonders die französischen Intellektuellen als einflußreiche politische Kraft erwiesen. Eine eigenständige französische Kulturpolitik gegen die Dominanz Hollywoods wäre nach Verabschiedung des MAI kaum noch möglich gewesen.

Der folgende Text von Sigrid Skarpelis-Sperk beruht auf ihrem Beitrag in dem kürzlich erschienenen dtv-Taschenbuch „Das MAI und die Herrschaft der Konzerne“, hrsg. von Fritz R Glunck, München 1998, DM 16,90. Sie beschreibt darin mögliche Perspektiven und Handlungsoptionen in der weiteren Auseinandersetzung um ein MAI-Vertragswerk.

Die spw-Redaktion

Optionen des MAI

von Sigrid Skarpelis-Sperk*

In seiner jetzigen Fassung war und ist das MAI nicht mehrheitsfähig, ein Neubeginn der Verhandlungen unabweisbar. Erste Signale aus der OECD zeigen den Willen zum Überdenken des bisherigen Weges.

Vor dem Neubeginn ist jedoch eine *umfassende öffentliche Diskussion* in den OECD-Staaten über Inhalte, Ausmaß und Entwicklungsrichtung eines neuen MAI unabdingbar und auch ein breiter Konsens darüber, was ein Multilaterales Investitionsabkommen regeln soll und muß, wieviel Rechte an eine neue Ebene abgetreten werden, welche Kontrollen existieren sollen und welche demokratische Repräsentanz vorgesehen ist. Die Erfahrungen aus dem Entstehen der Europäischen Union mit ihrem permanenten Demokratiedefizit zeigen, daß solche Fragen von Anfang an mitdiskutiert und eingeplant werden müssen, weil sonst ein bürokratisches Übergewicht, assistiert von den Interessen der großen Wirtschaftsverbände, unvermeidbar ist.

Eine Null-Lösung wäre nur eine Scheinlösung, weil sie die weitere Ausdehnung von bilateralen Investitionsschutzabkommen weder verhindert, noch einen Schutz für die Souveränität oder Entwicklungsmöglichkeiten kleinerer Staaten darstellen würde.

4 Optionen: Null-Lösung ...

In dieser Debatte kann ich mir vier Optionen prinzipiell vorstellen:

- *Option 1:* Die MAI-Verhandlungen werden als gescheitert erklärt und von der OECD eingestellt. (*Null-Lösung*)

- *Option 2:* Ein neues MAI faßt die bestehenden, auf den kommerziellen Bereich beschränkten bilateralen Investitionsschutzverträge (BIA) in einem einheitlichen Abkommen zusammen. (*Konsolidierungslösung*)

- *Option 3:* Ein neues MAI – innerhalb der OECD – faßt die bestehenden bilateralen Investitionsschutzabkommen (BIAs) zusammen und berücksichtigt neben kommerziellen Zielen auch Sozial- und Umweltstandards, Leitlinien für multinationale Unternehmen, eine Wettbewerbsordnung und Regeln zur Vermeidung von Steuersenkungs- und Subventionswettläufen. (*Neues MAI für Industrieländer*)

- *Option 4:* Entwicklung einer „Weltverfassung einer einheitlichen globalen Wirtschaft innerhalb der Vereinten Nationen, die auch die Interessen außerhalb der OECD und insbesondere der Entwicklungsländer berücksichtigt und die Probleme einer immer enger zusammenrückenden Weltwirtschaft und ihre wechselseitige Abhängigkeit anpackt. (*MAI als neue Weltwirtschaftsordnung*)

Die *Option 1* entspricht zwar den Forderungen vieler Bürgerinitiativen in den USA, Kanada und Europa, wäre aber nur eine *Scheinlösung*, weil sie die weitere Ausdehnung von bilateralen Investitionsschutzabkommen weder verhindert, noch einen Schutz für die Souveränität oder Entwicklungsmöglichkeiten kleinerer Staaten darstellen würde. In allen bilateralen Beziehungen – sowohl was

das *Aushandeln* wie das *Auslegen* von Verträgen angeht – sitzt das kleinere Land immer am kürzeren Hebel und der weltweite Wettlauf nach unten um die niedrigsten Unternehmenssteuern, die schlechtesten Umwelt- und Sozialbedingungen würde nur weiter fortgesetzt – zu Lasten der Entwicklungsländer. Die Unternehmensseite ist auf der anderen Seite mit den bisherigen bilateralen Investitionsschutzverträgen (BIAs) und der Unübersichtlichkeit des Patchwork zu Recht auch nicht zufrieden.

... oder Konsolidierungslösung

Die *Option 2* wäre ein neues MAI, das tatsächlich nur die bestehenden über 1.200 bilateralen Investitionsverträge in einem einheitlichen Investitionsabkommen innerhalb der OECD konsolidiert zusammenfaßt und Formulierungen findet, die aus den Erfahrungen der Vergangenheit zweideutige oder konfliktträchtige Regelungen beseitigt und die bestehenden Regelungen so vereinheitlicht, daß sie als Grundlage für internationale Abkommen – gegebenenfalls auch außerhalb des OECD-Bereichs – zustimmungsfähig wäre. Ein solches MAI würde sich wie bisher auf den *kommerziellen* Bereich und die eigentliche Investitionsphase beschränken. Es wäre technisch eine diffizile Arbeit der OECD-Experten. Politisch gesehen wäre eine *Harmonisierung* und Konsolidierung der bilateralen Investitionsschutzverträge eher unproblematisch und höbe diesen, bisher ausschließlich Insider bekannten wichtigen Bereich in ein verdientes öffentliches Rampenlicht. Eine solche kleine Lösung könnte sinnvollerweise eine Variante für Entwicklungsländer enthalten, die deren spezifischen Interessen und denkba-

* Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, MdB, ist stellv. wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Bundestag und Mitglied des SPD-Parteivorstands.

ren Konflikten besser entgegenkommt (öffentliche Auflagen, Kapitalabzug, Qualifizierung von örtlichen Fachleuten).

... oder neues MAI für Industrieländer

Option 3 – Neues MAI für Industrieländer: Berücksichtigt man die fortgeschrittene Diskussion um das MAI und die Erfahrungen, die die nordamerikanischen Staaten und Mexiko mit dem NAFTA-Abkommen gemacht haben, wäre ein MAI denkbar, das über eine Konsolidierung der BIAs hinausgeht. Um der Kritik am globalen Regelungsanspruch des bisherigen Top-Down-Ansatzes der OECD zu entgehen, wäre ein Vorgehen zu überprüfen, das auf den bisherigen Verträgen aufbaut (bottom-up), sich auf den kommerziellen Bereich beschränkt und die Existenz der bestehenden Weltwirtschaftsregionen wie die EU, NAFTA, MERCUSOR u.a. akzeptiert. Um der Kritik an der alleinigen Herrschaft kommerzieller Ziele entgegenzuwirken, müßte ein solches „MAI der Industrieländer“ unter anderem

- die Rechte der Investoren gegenüber dem vorliegenden Entwurf deutlich eingrenzen (enger Investitions- und Investorbegriff);
- die Souveränität der Staaten und ihre künftigen Handlungsmöglichkeiten nicht relevant beeinträchtigen (z.B. Vertragsdauer, Streitschlichtungsverfahren, Einengung der politischen Instrumente);
- auch Pflichten der Investoren verbindlich verankern, wie Leitlinien für multinationale Unternehmen, Verpflichtungen zur Einhaltung bzw. Umsetzung von Umweltstandards aus internationalen Verträgen bzw. der geltenden höheren Umweltgesetze der Industrieländer und der höheren Sozialstandards der Industrieländer;
- generelle Ausnahmen nicht nur für die Bereiche Verteidigung und öffentliche Ordnung, sondern auch für regionale Wirtschaftsorganisationen und den Kulturbereich gestalten;
- die Gültigkeit der Regeln für alle Vertragsstaaten festlegen (Nichtzulassung von extraterritorialer Gesetzgebung);
- verbindliche Regeln für den Wettbewerb entwickeln;
- Leitlinien für Steuern und Subventionserhebung (Bandbreiten) definieren, um Steuersenkungs- und Subventionswettläufe um ausländische Direktinvestitionen zu verhindern.

... oder Neue Weltwirtschaftsverfassung

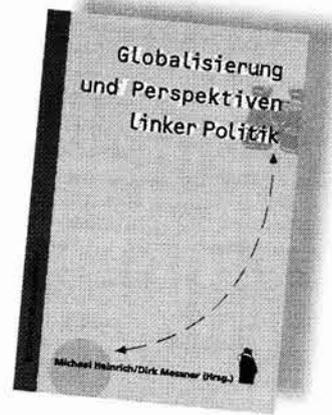
Option 4, der Entwurf der „Weltverfassung einer einheitlichen globalen Wirtschaft“ wäre ein anspruchsvolles, kühnes und notwendiges Unterfangen, in der Wirtschafts- und Währungskrisen von einer Weltregion rasch in andere übergreifen und Probleme die globalen Konsequenzen von Umweltverschmutzung und hohem Verbrauch natürlicher Ressourcen unübersehbar sind. Die Grundpfeiler müßten sein:

- die Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung und die schrittweise Umsetzung verbindlicher, sanktionierbarer Umweltabkommen;
- Stärkung eines möglichst schwankungsfreien, qualitativen Wachstums durch eine bessere Koordination und Kooperation der makroökonomischen Politik;
- Vermeidung von Währungskrisen und Reduzierung von Wechselkurschwankungen durch eine stärkere Regulierung der Weltkapitalmärkte;
- die verbindliche Verankerung von humanitären und sozialen Rechten in den Teilbereichen der Weltwirtschaftsordnung und die Verpflichtung aller Welt-Institutionen auf ihre Durchsetzung.

Ein Regelwerk für eine immer mehr zusammenwachsende Weltwirtschaft zu entwickeln, gemeinsame Ziele aufzustellen und sich auf Instrumente zu ihrer Umsetzung zu einigen, ist allerdings in der OECD allein, im „Rich Men’s Club“, nicht zu leisten: Die Entwicklungsländer müssen von Anfang an einbezogen werden und eine faire Chance bekommen, ihre Interessen wahrzunehmen. Die bisherige Aufgabenteilung, GATT/WTO ist für Handel zuständig, UNCTAD für die Entwicklungsländer und die ILO für den sozialen Appell, haben wenig gebracht. Dies wurde nicht nur von Nelson Mandela auf dem 50-Jahr-Jubiläum von GATT/WTO in Genf 1998 bitter vermerkt.

In einer solchen „Verfassung einer einheitlichen globalen Wirtschaft“ wäre es auch notwendig, Souveränitätsrechte abzutreten, um die wirksame Durchsetzung zum Beispiel von Umweltstandards möglich zu machen. Aber neue Institutionen müssen dann auch demokratisch legitimiert und kontrolliert sein, um nicht das Mißtrauen der Völker gegen verschlossene Türen und versiegelte Akten zu züchten.

spw



Michael Heinrich/Dirk Messner (Hrsg.)

Globalisierung und Perspektiven linker Politik

Festschrift für Elmar Altvater zum 60. Geburtstag

1998 - 351 S. - DM 48,00
ISBN 3-89691-443-X

Mit Beiträgen u.a. von U.Albrecht, A.Demirovic, A.G.Frank, J.Hoffmann, P.Kammerer, O.Kallscheuer, U.Müller-Plantenberg, M.Nicolic, L.Panitch, M.Waldenberg und B.Zeuner.

Ludger Volmer

Die Grünen und die Außenpolitik – ein schwieriges Verhältnis

Eine Ideen-, Programm- und Ereignisgeschichte grüner Außenpolitik

1998 - 649 S. - DM 68,00
ISBN 3-89691-438-3

Christoph Görg/Roland Roth (Hrsg.)

Kein Staat zu machen

Zur Kritik der Sozialwissenschaften

1998 - 509 S. - DM 58,00
ISBN 3-89691-444-8

Mit Beiträgen u.a. von E.Becker, A.Demirovic, J.Esser, J.Holloway, B.Jessop, T.Kunstreich, W.D.Narr, H.Nielsen, L.Panitch, J.Ritsert und H.Steinert.

Helga Cremer-Schäfer/Heinz Steinert

Straflust und Repression

Zur Kritik der populistischen Kriminologie

(einsprüche Band 8)

1998 - 286 S. - DM 39,80
ISBN 3-89691-431-6

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster
Tel. 0251/6086080 · Fax 0251/6086020
e-mail: dampfboot@login1.com
http://www.login1.com/dampfboot

spw

verschenkt 2 Bücher für 1 neues **spw**-Abo.

Bitte zwei Kennziffern auf der **spw**-Abokarte für **spw**-Buchprämien angeben.



A

Jürgen Ritsert
Soziale Klassen
(Einstiege Band 8),
171 Seiten,
Ladenpreis DM 29,80



B

Christoph Görg
**Gesellschaftliche
Naturverhältnisse**
(Einstiege Band 7),
190 Seiten,
Ladenpreis DM 29,80



C

Gilla Dölle, Sabine Hering
Lila ist Trumpf
Eine Bildergeschichte
zur deutschen Frauenbewegung,
174 Seiten, Ladenpreis DM 29,80

Wolfgang Hecker, Rainer Rilling
Politik im Internet
Eine Suchhilfe,
100 Seiten mit Diskette,
Ladenpreis DM 14,90



D



E

Reinhard Kühnl
**Der deutsche Faschismus in
Quellen und Dokumenten**
576 Seiten, Ladenpreis DM 20,-

Gisela Preuschhoff
**Komm, wir spielen
was zusammen**
100 Spiel-Tips für Leute von 0 – 99,
212 Seiten, Ladenpreis DM 19,80



F